

Die Flüchtlingspolitik der Vereinten Nationen und des Europarates

Von Dr. Werner von Schmieden

I.

Vereinte Nationen

In der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte die UNRRA¹ (*United Nations Relief and Rehabilitation Administration*) auch Hilfsmaßnahmen zu Gunsten gewisser Kategorien europäischer Flüchtlinge ergriffen. Da die Tätigkeit der UNRRA in Europa jedoch von Anfang an zeitlich begrenzt war, standen die Vereinten Nationen schon im ersten Jahre ihres Bestehens vor der Notwendigkeit, sich auch mit dem Flüchtlingsnotstand in Europa zu befassen. Dabei konnten sie an eine Tradition internationaler Flüchtlingsarbeit anknüpfen, die in den Jahren nach dem ersten Weltkriege vom Völkerbunde auf dem Gebiete des Rechtsschutzes sowie wirtschaftlicher Eingliederungs- und Ansiedlungsmaßnahmen starker Flüchtlingsgruppen geschaffen und in abgewandelter Form von dem 1938 zugunsten der zur Emigration aus Deutschland gezwungenen Juden und politisch Verfolgten gegründeten zwischenstaatlichen Ausschuß (*Intergovernmental Committee*) fortgeführt worden war.

Jedoch nahm die Flüchtlingsarbeit der Vereinten Nationen sehr bald eine eigene, durch mannigfaltige politische Rücksichten bedingte Form an, die dadurch gekennzeichnet ist, daß die Vereinten Nationen nicht, wie man annehmen könnte, eine Flüchtlingsorganisation universellen Charakters schufen, sondern daß sie es aus politischen Erwägungen vorzogen, einzelnen Flüchtlingsnotständen mit spezifischen Maßnahmen zu begegnen. Politische Gründe waren es auch, welche die Vereinten Nationen bisher daran hinderten, sich der bedeutendsten europäischen Flüchtlingsgruppe, der deutschen Heimatvertriebenen, anzunehmen. Solange kein Friedenszustand zwischen den vier Hauptmächten und Deutschland hergestellt ist, sollen deutsche Angelegenheiten nicht vor die Vereinten Nationen ge-

bracht werden. In den Schlußfolgerungen des *Walter-Berichtes*², in denen die Schaffung einer besonderen internationalen Organisation zur Eingliederung und Ansiedlung deutscher Flüchtlinge vorgeschlagen wird, erscheint dazu noch ein anderes politisches Motiv: es heißt hier ausdrücklich, die neue internationale Organisation solle „mit Rücksicht auf die bekannte Haltung der sowjetischen Satellitenstaaten und Sowjetrußlands, selbst gegenüber solchen und ähnlichen Problemen“ völlig außerhalb des Rahmens der Vereinten Nationen bleiben und in keiner Weise mit ihr verbunden sein.

Die bisherigen Maßnahmen

Die Internationale Flüchtlingsorganisation,
International Refugee Organisation, IRO.

Die erste Flüchtlingsgruppe, der die Vereinten Nationen ihre Aufmerksamkeit zuwendeten, waren die sogenannten „verschleppten Personen“ (*displaced persons*, DP), deren Mehrheit sich in Deutschland, Oesterreich, Italien und dem Vorderen Orient befand. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen nahm am 12. Februar 1946 eine Entschließung an, durch die der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC *Economic and Social Council*) mit der Schaffung einer internationalen Einrichtung zur Lösung dieses Problems beauftragt wurde. Die vom ECOSOC eingeleiteten Verhandlungen führten zur Ausarbeitung einer Verfassung³ der zu gründenden Flüchtlingsorganisation, welche von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 15. Dezember 1946 angenommen wurde. Die neue Organisation übernahm am 1. Juli 1947 sowohl die von der UNRRA auf dem Gebiete der Flüchtlingshilfe ausgeübten Funktionen wie die Funktionen des zwischenstaatlichen Flüchtlingsausschusses.

Die wichtigsten Bestimmungen aus der Verfassung der IRO sind diejenigen, die den von ihr zu betreuenden Personenkreis sowie die wahrzunehmen- den Aufgaben bestimmen. Wesentlich ist dabei, daß die IRO nicht nur für „displaced persons“, sondern auch für gewisse andere Gruppen von Flüchtlingen „zuständig“ wurde. Das IRO-Statut bezeichnet als „Flüchtlinge“ diejenigen Personen, welche außerhalb ihres Landes oder ihres früheren Aufenthaltsortes leben und die unabhängig davon, ob sie ihre Staatsangehörigkeit behalten haben oder nicht, zu den folgenden Kategorien gehören:

1. *Opfer des Nationalsozialismus oder des Faschismus oder von Regimen, die an deren Seite kämpften, oder von Quisling oder von ähnlichen Regimen, die ihnen gegen die Vereinten Nationen* beistanden, unabhängig davon, ob sie den international anerkannten Flüchtlingsstatus haben oder nicht;*
2. *Spanische Republikaner oder andere Opfer des falangistischen Regimes in Spanien, unabhängig davon, ob sie den international anerkannten Flüchtlingsstatus haben oder nicht;*
3. *Personen, die vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges aus Gründen der Rasse, der Religion, der Nationalität oder der politischen Ueberzeugung als Flüchtlinge galten;*
4. *Personen, die außerhalb ihres Heimatlandes oder Aufenthaltsortes leben und in Verfolg von Ereignissen nach Beginn des zweiten Weltkrieges nicht in der Lage oder nicht willens sind, den Schutz ihres Heimatstaates oder früheren Heimatstaates in Anspruch zu nehmen.*

Mit der in dieser Begriffsbestimmung erwähnten international anerkannten Flüchtlingeigenschaft wird auf die entsprechenden Bestimmungen der früheren, vom Völkerbunde und dem zwischenstaatlichen Flüchtlingsausschuß geschaffenen Abkommen, nämlich die Konventionen über die internationale Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Oktober 1933, über die Stellung der Flüchtlinge aus Deutschland vom 10. Februar 1938 und die ergänzenden Zusatzprotokolle hierzu zurückgegriffen. Im übrigen zeigt die Kategorisierung, daß sie aus der politischen Atmosphäre der ersten Nachkriegsjahre heraus entstanden ist.

Als Aufgaben waren der IRO die materielle Betreuung der Flüchtlinge im Aufenthaltslande, ihre Heimschaffung in das Herkunftsland oder ihre Umsiedlung in ein aufnahmeberechtigtes Land sowie die Wahrnehmung des Rechtsschutzes zugewiesen. Maßnahmen der unmittelbaren Hilfe zur Begründung

einer neuen Existenz wie Darlehensgewährung und ähnliches gehörten nicht zu der Aufgabe der IRO.

Bemerkenswert ist, daß bei Gründung der IRO der Grundsatz anerkannt worden war, daß Flüchtlinge und Verschleppte, die sich mit stichhaltigen Gründen gegen die Rückkehr in ihre Heimat aussprechen, nicht zur Heimschaffung gezwungen werden können. Die ihre Heimschaffung ablehnenden Personen wurden damit praktisch von „verschleppten Personen“ zu „echten“ Flüchtlingen. Allerdings bestand unter den Mitgliedern der Vereinten Nationen hinsichtlich dieses Grundsatzes keine Einigkeit. Die Sowjetunion und ihre Gefolgsstaaten vertraten die Auffassung, daß jeder Flüchtling oder Verschleppte in seine Heimat zurückkehren müsse, während die Westmächte an dem Prinzip der Gewissensfreiheit festhielten.

Diese Meinungsverschiedenheit führte dahin, daß die Sowjetunion und die anderen slawischen Staaten der IRO fernblieben, dagegen traten ihr im März 1949 zwei Nichtmitgliedstaaten der Vereinten Nationen, nämlich Italien und die Schweiz, bei, so daß die IRO seitdem aus 18 Mitgliedern, nämlich aus Australien, Belgien, China, der Dominikanischen Republik, Frankreich, Guatemala, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, den Niederlanden, Norwegen, der Schweiz, Venezuela, dem Vereinigten Königreich (Großbritannien) und den Vereinigten Staaten von Amerika besteht.

Als die IRO ihre Tätigkeit aufnahm, wurde die Gesamtzahl der unter ihre Zuständigkeit fallenden Flüchtlinge mit etwa 1,5 Millionen Personen beziffert. In dieser Zahl befanden sich auch Flüchtlinge aus dem Osten, die erst im Jahre 1946 nach Westeuropa gekommen waren. In den folgenden Jahren erstreckte die IRO ihre Hilfsmaßnahmen ebenfalls auf einen Teil der sogenannten Neo-Flüchtlinge, die aus den Ländern östlich des Eisernen Vorhanges, zuerst meist nach Deutschland und dann weiter in den Westen einsickerten.

Anfänglich war vorgesehen, daß die IRO ihre Aufgabe bis zum 30. Juni 1950 durchgeführt haben und an diesem Tage aufgelöst werden sollte. Jedoch haben sich die Umstände demgegenüber als stärker erwiesen, so daß schon im Sommer 1949 eine Verlängerung der Tätigkeit der IRO ins Auge gefaßt werden mußte. Zur Zeit befindet sich die IRO im Zustande der Liquidierung; die Rechtsschutzaufgaben gehen auf den Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen über (siehe Seite 3700), die im Gang befindlichen Umsiedlungsarbeiten werden bis zum 30. September 1951 noch von der IRO erledigt. Die bisher von der IRO, vor allem auf dem Gebiete der Umsiedlung von DP in die Staaten Westeuropas oder nach Uebersee, vorzuweisenden Leistungen sind sehr beachtlich: über 900 000 Personen konnten bereits umgesiedelt werden. In Westdeutschland befinden

* Anm.: Unter „Vereinte Nationen“ versteht das IRO-Statut alle Gegner Deutschlands und seiner Bundesgenossen nach dem schon seit dem Washingtoner Verträge vom 30. (31.) Dezember 1940 üblichen Sprachgebrauch.

sich gegenwärtig noch etwa 300 000 DP. Von ihnen hofft die IRO weitere 200 000 *displaced persons* in Ländern über See ansiedeln zu können. In den Zeiten ihrer angespanntesten Tätigkeit vermochte sie monatlich bis zu 30 000 Personen und mehr aus Europa abzubefördern⁴. Die von der IRO geschaffene Transportorganisation ist inzwischen im Vereinbarungswege auch dem Transport der volksdeutschen Flüchtlinge, zu deren Aufnahme sich die Vereinigten Staaten von Amerika bereit erklärt haben, nutzbar gemacht worden.

Die Arbeiten der IRO wurden mit einem umfangreichen Verwaltungsapparat und einem jährlichen Aufwand von rund 150 Millionen Dollar (aus Beiträgen der Mitgliedstaaten) durchgeführt. Der größte Teil dieser Summe wurde für die Umsiedlungsmaßnahmen (Transportkosten) verausgabt.

Für Deutschland bedeutet die Tätigkeit der IRO trotz aller Reibungen, die sich aus der im Potsdam-Statut festgelegten privilegierten Stellung der DP zwangsläufig ergeben mußten, eine große Entlastung. Es wird damit gerechnet, daß schließlich nur etwa 60 000—80 000 DP in Deutschland verbleiben werden. Die Rechtsstellung dieser Personen wird durch ein besonderes Bundesgesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer geregelt werden, das sich inhaltlich an die von Völkerbund und Vereinten Nationen ausgearbeiteten Abkommen über die Rechtsstellung von Flüchtlingen und Staatenlosen (siehe weiter unten) anlehnt.

Arabische Flüchtlinge aus Palästina

Die Wirren in Palästina hatten im Jahre 1948 zu einem neuen Flüchtlingsnotstand geführt. Insgesamt verließen über 800 000 Flüchtlinge (absolut zuverlässige Zahlen liegen auch den Instanzen der Vereinten Nationen nicht vor) ihre Wohnsitze auf dem Gebiete des israelischen Staates; ihre Wiederaufnahme war später durch die Regierung Israels abgelehnt worden. Ein Versuch, die IRO zum Eintreten für diese arabischen Flüchtlinge zu veranlassen, scheiterte einmal an den Bestimmungen des Statutes der IRO über ihre Zuständigkeit und weiter an dem Mangel an Mitteln. Auf Antrag des syrischen Vertreters faßte die Vollversammlung der Vereinten Nationen im Herbst 1948 daher den Beschluß, die Hilfe für die arabischen Flüchtlinge zu übernehmen und forderte die Mitgliedstaaten auf, Beiträge zu einem besonderen Unterstützungsfonds, der auf insgesamt 33 Millionen Dollar berechnet wurde, zu leisten. Die Vereinten Nationen wurden hierzu durch die Tatsache der eigenen Verantwortlichkeit an dem Flüchtlingsnotstand in Palästina bestimmt, der eine Folge des von den Vereinten Nationen ausgearbeiteten Teilungsplanes war.

Für die Wahrnehmung der Hilfsaktion wurde eine besondere Organisation geschaffen, die im wesent-

lichen aus dem internationalen Komitee des Roten Kreuzes, der Liga der Rot-Kreuz-Gesellschaften, dem Roten Halbmond, den Quäkern (*American Friends Service Committee*), dem Weltverband Christlicher Junger Männer sowie Sachverständigen der IRO, der Weltgesundheitsorganisation (*World Health Organisation* WHO) und der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (*United Nations Educational Scientific Cultural Organisation*, UNESCO) bestand und an deren Spitze der amerikanische Botschafter in Kairo berufen wurde. Die von dieser Organisation ausgeübte Hilfstätigkeit war rein karitativer Art: sie umfaßte Ernährung, Bekleidung, Unterbringung in Lagern, hygienische Maßnahmen und Gewährung von Schulunterricht.

Es setzte sich jedoch bald die Erkenntnis durch, daß das palästinensische Flüchtlingsproblem mit diesen Maßnahmen nicht gelöst werden könne, daß den Flüchtlingen vielmehr in ihren Aufenthaltsgebieten oder an anderen Orten eine neue Existenzgrundlage geschaffen werden müsse. So kam es dazu, daß der Versöhnungsausschuß der Vereinten Nationen für Palästina am 23. August 1949 einen wirtschaftlichen Studienausschuß (*Economic Survey Mission for the Middle East*) einsetzte, als dessen Aufgabe unter anderem die Prüfung der Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Wiedereingliederung der palästinensischen Flüchtlinge bezeichnet wurde. In dem Umstande, daß zum Vorsitzenden dieses Ausschusses der Amerikaner Gordon M. Clapp, der Begründer und Präsident der *Tennessee Valley Authority*, bestellt wurde, zeichnete sich bereits ab, daß die Hilfsmaßnahmen im Sinne der von amerikanischer Seite auch sonst für die Gebiete des Mittleren Ostens ins Auge gefaßten Ausnützung der Wasservorkommen⁵ gesucht werden sollte. Bereits am 18. Dezember 1949 war Gordon Clapp in der Lage, den ersten Teil seines Berichtes⁶ vorzulegen, der den Bau umfangreicher Bewässerungsanlagen, Aufforstungen und Straßenbauten vorsah. Die Kosten für die Durchführung des ersten 18-Monate-Programms wurden auf 54 Millionen Dollar veranschlagt, von denen die Hälfte aufzubringen sich die Vereinigten Staaten in der Erwartung verpflichteten, daß die andere Hälfte des Betrages von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen beigesteuert werde. An diesem Programm ist interessant, daß es sich auch hierbei nur um verlorene Zuschüsse handeln sollte. Die seinerzeit vom Völkerbunde bei Ansiedlung der griechischen und bulgarischen Flüchtlinge angewandte Methode des Auflegens einer garantierten internationalen Anleihe wurde, wohl wegen der Aussichtslosigkeit, hierfür Anlage suchende Kapitalien gewinnen zu können, nicht angewandt. Die Ausführung der Clappschen Vorschläge wurde einer neuen, von den Vereinten Nationen ad hoc gegründeten Behörde, dem Amt für Unterstützung und

Beschäftigung palästinensischer Flüchtlinge (*United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East*, UNRWA) übertragen, der ersten Sondereinrichtung der Vereinten Nationen für produktive Flüchtlingshilfe, die am 1. Mai 1950 an die Stelle der vorherigen Hilfsorganisationen trat und am 15. September 1950 einen Zwischenbericht⁷ vorgelegt hat. Aus dem Bericht geht zunächst hervor, daß die Verquickung der immer noch notwendigen Fürsorgetätigkeit entsprechend dem Vorgehen der aufgelösten Hilfsorganisation mit den Maßnahmen zum Arbeitseinsatz durch die gleiche Behörde sich als wenig praktisch erwiesen hat. Sodann zeigt sich, daß die unsichere Finanzlage des ganzen Unternehmens (die vorgesehenen Beiträge wurden von den Mitgliedstaaten nur ratenweise und zu willkürlich gewählten Terminen überwiesen) bisher einer Inangriffnahme der großzügigen Planungen, welche zur Gewinnung von neuem Ackerland und damit zur Selbsthaftmachung der Flüchtlinge führen sollten, nicht gestattete. Lediglich Notstandsarbeiten, darunter in erster Linie Straßenbauten, konnten bisher in Angriff genommen werden. Daneben wurden Flüchtlinge in der Verwaltung und im Handwerk in Arbeit gebracht. Die Gesamtzahl der auf solche Weise durch die UNRWA Beschäftigten belief sich am Stichtag nur auf rund 14 500 Personen.

Die unbefriedigende Entwicklung der Arbeit der UNRWA veranlaßte den politischen Sonderausschuß der Vollversammlung im November 1950 die Diskussion über Hilfsmaßnahmen für die arabischen Flüchtlinge wieder aufzunehmen. Dabei kam es während der Debatte zeitweilig zu scharfer Betonung der gegnerischen Ansichten, beispielsweise, wenn die Delegierten der arabischen Länder als Mittel zur Lösung die Wiederaufnahme der Flüchtlinge in ihre alten Wohnstätten und die Rückgabe ihres Eigentums vorschlugen, und der Delegierte Israels als Ursache des Flüchtlingsnotstandes im vorderasiatischen Raum den von den arabischen Staaten 1948 gegen Israel entfesselten Krieg bezeichnete. Trotz der politischen Meinungsverschiedenheiten gelang es jedoch, die Gewährung eines weiteren Betrages von 50 Millionen Dollar für die Fortsetzung der Arbeiten der UNRWA, zunächst bis zum 30. Juni 1952, sicherzustellen.

Griechische Flüchtlinge in Griechenland

Die Jahre des „Bürgerkrieges“ in Griechenland hatten einen Flüchtlingsnotstand herbeigeführt, der sich in drei verschiedenen Formen ausdrückte. Ein Teil der griechischen Bevölkerung in den Kampfgebieten strömte in die von den Kämpfen verschonten Teile des Landes und kehrte inzwischen in seine, meist zerstörten, alten Heimstätten zurück. Jugoslawische und albanische Staatsangehörige der Grenzregionen flohen im Zusammenhang mit den Kampf-

handlungen nach dem Innern Griechenlands. Schließlich wurden ungefähr 25 000 griechische Kinder von den Aufständischen nach Albanien, Jugoslawien und anderen Ländern des sowjetischen Machtbereiches verbracht. Mit der Flüchtlingssituation in Griechenland hat sich indessen die von den Vereinten Nationen eingesetzte Sonderkommission für den Balkan nur insoweit befaßt, als sie Berichte über die Verhältnisse an den Generalsekretär der Vereinten Nationen richtete und dafür sorgte, daß von anderen Stellen die geeigneten Hilfsmaßnahmen ergriffen wurden. Die materielle Fürsorge für die auf etwa 1 Million bezifferten griechischen Flüchtlinge war dabei in erster Linie der griechischen Regierung und den Wohlfahrtsorganisationen überlassen worden. Nach den letzten Nachrichten scheint sich das Problem durch die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre alten Wohngebiete zum Teil von selbst zu lösen, allerdings bedürfen sie finanzieller Unterstützung bei ihrer Wiederansiedlung. Die nach Griechenland gelangten fremdstaatlichen Flüchtlinge sind von der IRO zunächst nach Italien übergeführt worden, um von da, soweit sie es wünschten, heimgeschafft zu werden. Zur Heimschaffung der griechischen Kinder wurden Maßnahmen über die verschiedenen Roten-Kreuz-Gesellschaften eingeleitet, doch blieb diesen Maßnahmen bisher ein Ergebnis versagt.

Flüchtlinge in Indien

Die Teilung Indiens in die Staaten India und Pakistan brachte umfangreiche Flüchtlingsbewegungen mit sich. Die von den Vereinten Nationen nach Indien entsandte Kommission befaßte sich jedoch nur mit der politischen Seite der Auseinandersetzung um Kaschmir, während es dem Kinderhilfsfonds der UN (*United Nations International Children Emergency Fund*, UNICEF) überlassen blieb, sich der Kinder einzelner indischer Flüchtlingsgruppen in karitativer Hinsicht anzunehmen. Die Versuche zur Lösung des großen indischen Flüchtlingsproblems wurden indessen durch unmittelbare Verständigung der Regierungen von Indien und Pakistan bewußt außerhalb der Sphäre der Vereinten Nationen eingeleitet. Sowohl Indien wie Pakistan betrachten den indischen Flüchtlingsnotstand als eine innerindische Angelegenheit, zu deren Lösung nur der gute Wille der beiden in Betracht kommenden Parteien erforderlich sei. Diese Haltung der beiden Regierungen ist insofern symptomatisch für die Einstellung der Regierungen asiatischer Staaten zu den Vereinten Nationen, als sie aus der Furcht, daß auch Hilfsmaßnahmen derselben zu unerwünschten Einmischungen der westlichen Staaten führen könnten, auf solche lieber verzichten. Die indische Regierung hat daher ein besonderes, unserem Vertriebenenministerium ähnliches Ministerium für Wiedereingliederung (*Ministry of Rehabilitation*) geschaffen.

Flüchtlinge in Korea

Die in Süd-Korea entstandene Flüchtlingsnot hat von Anfang an Hilfsmaßnahmen der Vereinten Nationen und der großen Wohlfahrtsverbände zur Folge gehabt, die sich unter den gegebenen Umständen zunächst auf karitative Maßnahmen beschränkten. Mit Einsetzung der Kommission der Vereinten Nationen für die Vereinigung und Wiederherstellung Koreas (*United Nations Commission for the Unification and Rehabilitation of Korea*, UNCURK) begann man sich der Planung konstruktiver Maßnahmen zuzuwenden und erkannte bald, daß für deren Durchführung die Schaffung einer technischen Hilfsorganisation, ähnlich der für die palästinensischen Flüchtlinge, notwendig werden würde. Ein vom ECOSOC auf Verlangen der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 30. Oktober 1950 vorgelegter Bericht schlägt für diesen Zweck die Bildung einer koreanischen Wiederaufbaubehörde der Vereinten Nationen (*United Nations Korean Reconstruction Agency*, UNKRA) vor. Die Schätzung der für den Wiederaufbau Koreas einschließlich einer produktiven Flüchtlingshilfe während des Jahres 1951 benötigten Summen⁸ schwankt zwischen 250 und 394 Millionen Dollar. Die seit Ende vorigen Jahres veränderte militärische Lage in Korea hat es noch nicht zu einer Arbeitsaufnahme der UNKRA kommen lassen.

Neue Maßnahmen des Flüchtlingsschutzes

Der ursprünglich auf den 30. Juni 1950 festgesetzte Termin für die Auflösung der IRO nötigte die Vereinten Nationen dazu, sich vom Frühjahr 1949 ab Gedanken über die Zweckmäßigkeit einer Fortführung der Hilfstätigkeit für Flüchtlinge und über deren Organisationsform zu machen. Sowohl vom Generaldirektor der IRO wie vom Generalsekretär der Vereinten Nationen und einigen Mitgliedstaaten wurden hierzu Vorschläge gemacht. Dabei zeigte sich wiederum das Vorherrschen des schon in den Völkerbündkonventionen über die Stellung der Flüchtlinge zum Ausdruck kommenden Rechtsdenkens. Die Entwicklung führte dahin, daß die Frage des Flüchtlingsschutzes mit der Frage des Rechtsschutzes für Staatenlose schlechthin verbunden wurde und daß dahinter die eigentlichen Sorgen des Flüchtlings, nämlich die der materiellen Hilfe beim Existenzaufbau, die in dem IRO-Statut insoweit ihre Anerkennung gefunden hatten, als die Maßnahmen zur Umsiedlung der DP in den Vordergrund der IRO-Tätigkeit gerückt waren, zurücktraten. Die vom Wirtschafts- und Sozialrat in Angriff genommenen Vorarbeiten führten zur Fertigstellung eines „Konventionsentwurfes über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“. Auf eine von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 6. Dezember 1949 angenommene EntschlieÙung hin wurde außerdem ein Organisationsstatut für den nach Auflösung der IRO

von den Vereinten Nationen einzusetzenden Flüchtlingskommissar (*United Nations High Commissioner for Refugees*) ausgearbeitet.

Entwurf eines Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge⁹

Der von einem vom Wirtschafts- und Sozialrat eingesetzten ad-hoc-Ausschuß abgefaßte und am 4. Dezember 1950 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen nach einigen Modifikationen angenommene Konventionsentwurf stellt eine neue Kodifizierung des modernen Flüchtlingsrechtes dar. Die Grundtendenz ist die schon in den Konventionen des Völkerbundes und des zwischenstaatlichen Ausschusses enthaltene, die Flüchtlinge und Staatenlosen in den Aufenthaltsländern soweit wie möglich in den Genuß der Meistbegünstigung oder Inländerbehandlung zu setzen. Neben einer Definition des Flüchtlingsbegriffes handeln die Bestimmungen der Konvention von der Stellung des Flüchtlings im Recht, seiner Berufsausübung, seiner Stellung innerhalb der Gemeinschaft und seiner Stellung gegenüber der Verwaltung. Der Inhalt dieses Konventionsentwurfes deckt sich im wesentlichen mit dem Inhalt des gegenwärtig dem Bundestag vorliegenden Entwurfs eines Gesetzes über die Rechtsstellung der heimatlosen Ausländer in Deutschland.

Die unterschiedliche Benennung der beiden Instrumente drückt schon den ihrer Konzeption zugrunde liegenden Unterschied der prinzipiellen Auffassung der Situation des Flüchtlings aus. Das deutsche Gesetz verzichtet bewußt darauf, eine ins einzelne gehende Bestimmung des Flüchtlingsbegriffes zu geben. Für den deutschen Gesetzgeber ist das Kriterium der Heimatlosigkeit das Entscheidende, welches den Flüchtling ausmacht. In der Zugrundelegung dieses Kriteriums kommt zugleich zum Ausdruck, daß als vordringlichstes Bedürfnis des Flüchtlings die Beschaffung einer neuen Existenzgrundlage anerkannt wird. Anders bei dem Konventionsentwurf der Vereinten Nationen. Er beginnt mit einer Katalogisierung der Personengruppen, welche im Sinne des zu schließenden Abkommens als Flüchtlinge anzusehen sind, nämlich:

1. die Personen, die zwischen 1914 und 1946 auf Grund der verschiedenen geltenden Flüchtlingskonventionen als Flüchtlinge angesehen wurden;
2. die von der IRO als Flüchtlinge aufgenommenen Personen;
3. diejenigen Personen, welche auf Grund ihrer Rasse, Religion oder Staatsangehörigkeit oder wegen ihrer politischen Meinung und aus ähnlichen, nicht persönlichen Motiven ihre Heimat bis zum 1. Januar 1951 verlassen mußten oder nicht dahin zurückkehren konnten;

jedoch sämtliche nur, soweit sie nicht im Genuß des Schutzes einer Regierung stehen.

Diese Begrenzung des Begriffes und damit des Abkommens auf diejenigen Flüchtlinge, die eines Rechtsschutzes bedürfen, weil sie entweder ihre Staatsangehörigkeit verloren haben oder die von ihnen besessene nicht geltend machen wollen, führt automatisch dahin, daß die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Deutschland, die entweder deutsche Staatsangehörige sind oder auf Grund der in den einzelnen Ländern der Bundesrepublik in Kraft befindlichen Flüchtlingsgesetze den deutschen Staatsangehörigen gleich behandelt werden, und ebenso die griechischen Flüchtlinge der Gegenwart und die Flüchtlinge in ähnlicher rechtlicher Lage nicht unter die Begriffsbestimmung fallen, wohl aber die als staatenlos geltenden volksdeutschen Flüchtlinge in Oesterreich. Als Erfolg der deutschen Politik ist zu buchen, daß die noch im ECOSOC-Entwurf enthaltene Klausel, welche die Volksdeutschen in Deutschland ausdrücklich von der Begriffsbestimmung ausnahm, während der Verhandlungen in Lake Success durch einen den Sachverhalt generell deckenden neuen Wortlaut (Lit. D des Artikels I, s. die Uebers. im Dokumententeil einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs) ersetzt wurde. Damit ist eine expressis verbis Diskriminierung Deutscher aus dem Entwurf verschwunden. Im übrigen ist die Katalogisierung so kasuistisch abgefaßt, daß sie die verschiedenen Flüchtlingsgruppen des Vorderen, Mittleren und Fernen Ostens nicht einschließt, ein Umstand, der von den Vertretern asiatischer Staaten mit Recht getadelt wurde. Um Rechtskraft zu erlangen, bedarf dieser Entwurf noch des formalen Vertragsabschlusses zwischen den interessierten Regierungen. Die diplomatische Konferenz hierfür findet demnächst in Genf statt.

Statut des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen

Das vom Wirtschafts- und Sozialrat ausgearbeitete Statut (*Statute of the High Commissioner's Office for Refugees*) wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen nach Vornahme erheblicher Aenderungen in formaler Hinsicht am 5. Dezember 1950 mit 36:5 (Sowjetblock-) Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen. Sein Inhalt gliedert sich in drei große Kapitel: I. Allgemeine Bestimmungen, II. Aufgaben, III. Organisation und Finanzen. Hauptaufgaben der neuen Institution sind: Wahrnehmung des Rechtsschutzes und Fortsetzung der Umsiedlungstätigkeit. Die Einzelheiten ergeben sich aus der im Dokumententeil der nächsten Nummer des Europa-Archivs veröffentlichten Uebersetzung. Der ursprüngliche Entwurf war vom ECOSOC mit neun gegen null Stimmen bei sechs Enthaltungen (Belgien, Dänemark, Indien, Iran, Pakistan und Vereinigtes Königreich) angenommen worden. Die Stimmenthaltungen

waren damit motiviert, daß den beteiligten Regierungen der Entwurf den wirklichen Interessen der Flüchtlinge nicht genügend zu entsprechen schien.

Am heißesten umstritten waren die Bestimmungen, die den Zuständigkeitsbereich des Flüchtlingskommissariats betreffen. Wie es bereits gelegentlich der Diskussion des Abkommensentwurfs über die Rechtsstellung der Flüchtlinge geschehen war, so verlangten auch hier Großbritannien, Belgien und Dänemark, energisch von den Delegierten der asiatischen Länder unterstützt, für die Definition des Begriffes „Flüchtling“ im Sinne des Statuts eine möglichst allgemeine Fassung, damit grundsätzlich jede Person, welche irgendwo auf der Erde nicht des Schutzes einer Regierung teilhaftig sei, unter die Obhut des Flüchtlingskommissars zu stehen käme. Die Mehrheit sprach sich indessen dafür aus, diese Frage für das Flüchtlingskommissariat nicht gesondert zu regeln, sondern dessen Zuständigkeit auf den im Abkommensentwurf über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und Staatenlosen umrissenen Personenkreis zu beschränken. Nur insofern wurde ein Kompromiß zugestanden, als das Statut des Flüchtlingskommissars ausdrücklich vorsieht, daß unter seinen Schutz „auch solche Personen fallen, welche die UN-Vollversammlung von Zeit zu Zeit bestimmen könnte“. Ferner ist der Flüchtlingskommissar ermächtigt, nach freiem Ermessen bei den Regierungen zugunsten weiterer Flüchtlingskategorien zu intervenieren, bis die Vollversammlung die Frage geprüft hat, ob dieselben unter sein Mandat fallen oder nicht.

Daneben ist es auch die Sorge vor allzugroßen finanziellen Verpflichtungen gewesen, welche die Vereinten Nationen davon abhielt, ihren Flüchtlingskommissar mit weltweiten Aufgaben zu betrauen. Die hohen Betriebskosten der IRO sollen dabei mitgesprochen haben, wobei der Vertreter der Vereinigten Staaten, die den größten Teil der IRO-Kosten aufzubringen haben, der Wortführer war. Folglich wurde dem Flüchtlingskommissar zwar gestattet, Fonds, welche ihm etwa aus öffentlichen und privaten Quellen für Zwecke der Flüchtlingsbetreuung zugehen sollen, zu verwalten; aber das Statut untersagte dem Kommissar ausdrücklich, aus eigener Initiative ohne vorherige Genehmigung der Vollversammlung zwecks Beschaffung von Geldern an die Regierungen oder an die breite Öffentlichkeit heranzutreten.

Das Mandat des Flüchtlingskommissars ist vom 1. Januar 1951 ab auf die Dauer von drei Jahren festgesetzt, die Dienststelle wird in Genf ihren Sitz haben. Zum Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen wurde der Holländer *van Heuven Goedhart* bestellt, der während der letzten Vollversammlung als Vorsitzender der III. Kommission (soziale, humanitäre und kulturelle Angelegenheiten) fungierte.

Die Begrenzung der Aufgaben des Flüchtlings-

kommissars der Vereinten Nationen im wesentlichen auf die Wahrnehmung des Rechtsschutzes der Personen, die nach dem Abkommensentwurf als Flüchtlinge anzusprechen sind, nimmt der neuen Einrichtung der Vereinten Nationen den größten Teil der Bedeutung, die man nach ihrer Benennung von ihr erwartet. Die materielle Hilfe zum Existenzaufbau für Flüchtlinge ist gänzlich außerhalb der Betrachtung geblieben. Die verschiedenen Tendenzen, die im vorbereitenden Stadium dahin strebten, aus der neuen Institution eine Organisation mit weltweiten Befugnissen zu machen, die in der Lage sein sollte, auch jedem etwa neu aufkommenden Flüchtlingsnotstand mit entschlossenen Maßnahmen gegenüberzutreten, wirkten sich nicht aus.

Nicht-karitative Maßnahmen anderer Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

Mit diesem begrenzten Ergebnis der 6. Vollversammlung der Vereinten Nationen ist jedoch der Bericht über die Tätigkeiten und Möglichkeiten der Vereinten Nationen auf dem Gebiete der Flüchtlingshilfe noch nicht erschöpft, da eine Anzahl der in ihrem Rahmen wirkenden ständigen Sonderbehörden sich, wenn auch nicht ausschließlich, mit verschiedenen Aspekten des Flüchtlingsproblems zu befassen Gelegenheit hatte. Die rein karitative Tätigkeit des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF), dem auch die Bundesrepublik Deutschland angehört und das ebenso Flüchtlingskindern in Deutschland wie in vielen anderen Ländern zugute kam, soll hier nur registriert werden. Es wurde schon erwähnt, daß die UNESCO (*United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization*) und die Weltgesundheitsorganisation an den Maßnahmen zugunsten der palästinensischen Flüchtlinge mitgewirkt haben. Zwei der großen Sonderorganisationen, nämlich das Internationale Arbeitsamt (*International Labour Organisation*, ILO) und die UNESCO haben die Flüchtlingsarbeit aber auch in allgemeiner Hinsicht, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Ueberbevölkerung und Wanderung, in Angriff genommen.

Die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes

Innerhalb der Internationalen Arbeitsorganisation war es die in Genf im April und Mai 1950 abgehaltene Konferenz über Aus- und Einwanderungsfragen, die das Flüchtlingsproblem in ihre Erörterungen einbezogen hat. Bemerkenswert ist, daß die von der Konferenz angenommenen Berichte und Empfehlungen dahin geführt haben, daß das Internationale Arbeitsamt auf dem Gebiete der Aus- und Einwanderung über die Vornahme der im Zusammenhang mit derartigen Problemen üblichen Erhebungen hinaus in den in Frage kommenden Ländern operativ tätig werden will. Delegierte Dienststellen hierfür sind bereits in einigen Ländern, unter anderem in

der Bundesrepublik, eingerichtet worden. Ueber die Einzelheiten unterrichtet ein Aufsatz hierzu in Nr. 20 das Europa-Archiv von 1950¹⁰.

Die Tätigkeit der UNESCO

Auf der Tagesordnung verschiedener Arbeitsgruppen der UNESCO figuriert bereits seit längerer Zeit das Studium der Spannungszustände, welche Ueberbevölkerung, Beschränkung der Freizügigkeit und Bevölkerungsverschiebungen im nationalen und internationalen Rahmen hervorgerufen haben. In der Gruppe der hiernach zu studierenden sozialen Erscheinungen gehört auch das Flüchtlingsproblem als größte zwangsweise Wanderungsbewegung der Geschichte überhaupt, die ein von sozialen Spannungen geladenes Assimilierungsproblem geschaffen hat¹¹. Daß man bei Aufnahme dieser Studien das Flüchtlingsproblem nicht mit seinem Namen nannte, mag auf außenpolitische Rücksichten zurückzuführen sein. Indessen hat auch hier der Zeitablauf eine Wandlung zum Besseren geschaffen, nicht zuletzt dank der Tätigkeit, die Odd Nansen, der Sohn des ersten Flüchtlingskommissars des Völkerbundes, Fridjof Nansen, als sachverständiger Berater der UNESCO in Fragen der deutschen Jugendarbeit ausgeübt hat. Odd Nansen legte der in Florenz im Sommer 1950 abgehaltenen 5. Generalversammlung der UNESCO einen von ihm verfaßten Generalplan gegen die Not vor, welcher von der durch die Anwesenheit von 12 Millionen deutschen Flüchtlingen in den vier Besatzungszonen geschaffenen Lage ausging. Damit war das deutsche Flüchtlingsproblem erstmalig innerhalb der UNESCO zur Diskussion gestellt. Man muß sich darüber klar sein, daß auf Grund der bereits eingangs erwähnten prinzipiellen Haltung der Vereinten Nationen gegenüber Deutschland dieses bisher von den verschiedenen UNESCO-Gremien nur als Objekt behandelt werden durfte. Symptomatisch hierfür ist die Tatsache, daß der einzige auf der Tagung des UNESCO-Sachverständigenausschusses für deutsche Angelegenheiten im August 1950 anwesende Deutsche, der Vizepräsident der deutschen vorläufigen Kommission für UNESCO (Dr. Dolf Sternberger), dem Ausschuß lediglich als Beobachter angehörte. So lange Deutschland noch nicht Mitglied der UNESCO ist, wird hierin keine Aenderung erfolgen. Eine Annahme des Ende 1950 gestellten deutschen Gesuches um Aufnahme in die UNESCO ist aber nicht vor der nächsten Generalversammlung möglich. Das schließt jedoch nicht aus, daß die in Verfolg der Nansenschen Initiative beschlossenen Projekte schon in Angriff genommen werden.

Soweit das Flüchtlingsproblem von ihr berührt wird, ist dies einmal die besondere von Nansen angeregte Jugendarbeit, der die Errichtung eines Zentrums Internationaler Jugendarbeit in Deutschland

dienen soll, und sodann die von dem Exekutiv Ausschuß der UNESCO empfohlene Förderung der in verschiedenen Ländern unternommenen soziologischen Studien des deutschen Flüchtlingsproblems. Diese Empfehlung geht in erster Linie auf die entsprechende Tätigkeit des holländischen Komitees zum Studium des deutschen Flüchtlingsproblems¹² zurück. Im Zusammenhang damit verdient erwähnt zu werden, daß in Verfolg einer von dem Weltkongreß für Soziologie in Zürich im September 1950 ausgehenden Anregung Anfang Dezember in Wiesbaden ein inter-

nationales Treffen europäischer Soziologen zum Studium der Flüchtlingsfragen abgehalten wurde, das zur Gründung einer internationalen Arbeitsgemeinschaft führte, deren Sitz Straßburg, der Sitz des Europarates sein soll. Die von der UNESCO aufgenommenen Förderungs- und Koordinierungsbestrebungen der wissenschaftlichen Arbeit auf diesem Gebiete können zu einem nützlichen Ergebnis führen, wenn es gelingt, sie mit der vom Europarat im Jahre 1950 aufgenommenen Flüchtlingsarbeit zu verbinden.

II.

Die Flüchtlingspolitik des Europarates

Die Straßburger Anträge

Die Flüchtlingshilfe des Europarates hat andere Bahnen eingeschlagen als die der Vereinten Nationen. Zwar stand, ausgehend von den Bemühungen vornehmlich der exilierten Intelligenz osteuropäischer Staaten im Sommer 1949, als die Konsultativversammlung des Europarates zum ersten Male zusammentrat, auch hier der Flüchtling als Rechtsproblem im Vordergrund der Diskussion. Ebenso hatte die Europäische Bewegung, die auf der für den Sommer 1950 geplanten Sozialkonferenz auch das Flüchtlingsproblem behandeln wollte, zunächst einen unter rein juristischen Gesichtspunkten aufgebauten Bericht entworfen, aber die deutsche Beteiligung an den Vorbereitungsarbeiten der römischen Konferenz vermochte das Problem in den richtigen Blickpunkt zu rücken, das heißt, die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit der Existenzbeschaffung zu lenken. So kam es dazu, daß auf der Römischen Konferenz schließlich ein an die Konsultativversammlung des Europarates gerichteter Appell angenommen wurde, welcher nicht nur Maßnahmen des Rechtsschutzes, sondern insbesondere Maßnahmen ökonomischer Art zur Wiedereingliederung der Flüchtlinge forderte und hierfür schon ins einzelne gehende Vorschläge machte.

Diese Beschlüsse einer Konferenz der Europäischen Bewegung waren die Grundlage, von der aus das deutsche Mitglied der Konsultativversammlung, der Bundestagsabgeordnete (CDU) Dr. Eugen Gerstenmaier, am 19. August 1950 in der Konsultativversammlung den Antrag auf Errichtung eines Europäischen Flüchtlingsamtes stellen konnte. Zur Behandlung seines Antrages setzte die Konsultativversammlung einen besonderen, aus Mitgliedern ihres Rechts- und Sozialausschusses gebildeten Sonderausschuß für Flüchtlingsfragen ein, dem deutscherseits als Mitglieder die Abgeordneten Hans Schütz (CDU), Dr. Kurt Kiesinger (CDU) und als Ersatzmann Dr. Hubertus von Gollitschek (FDP) angehörten. Der von diesem Sonderausschuß am 25. August 1950 vorgelegte Bericht¹³ zeigt, daß sich eine den wirklichen

Erfordernissen einer internationalen Flüchtlingshilfe Rechnung tragende Ansicht durchgesetzt hatte. In ihm heißt es einleitend, der Ausschuß sei der Meinung, daß das europäische Flüchtlingsproblem als ein einheitliches angesehen werden sollte, das heißt, daß die Gesamtheit aller Flüchtlinge, was auch immer ihre Nationalität, Religion oder Rasse sein möge, in Betracht gezogen werden müsse. Sodann unterstreicht der Bericht die Tatsache, daß ein großer Teil der Flüchtlinge in Europa, und zwar insbesondere die deutschen und volksdeutschen Flüchtlinge aus der Zuständigkeit der IRO ausgenommen seien, und betont schließlich, daß das Problem der Wiedereingliederung der Flüchtlinge eine geographische Neuverteilung derselben unter dem Gesichtspunkte der Vermeidung eines gefährlichen Druckes auf gewisse Grenzen in sich schlosse. Damit war das europäische Flüchtlingsproblem, welches in der Anwesenheit deutscher und volksdeutscher Flüchtlinge in Deutschland und Oesterreich, sogenannter DP in Deutschland, Oesterreich, Italien, England, Frankreich und den Benelux-Ländern, sogenannter Neo-Flüchtlinge aus den Ostblockstaaten in Skandinavien, Deutschland, Oesterreich und Italien, in den Benelux-Staaten und Frankreich, griechischer Flüchtlinge in Griechenland und turkobulgarischer Flüchtlinge in der Türkei besteht, in seiner Gesamtheit erfaßt worden. Gleichzeitig hatte der Ausschuß die aus dieser dem Umfang nach in der Geschichte beispiellosen Zwangswanderung von Massen die Folgerung gezogen, indem er die Schaffung eines europäischen Flüchtlingsamtes im Rahmen des Europarates vorschlug, dessen besondere Aufgabe sein sollten:

1. den rechtlichen und politischen Schutz der Flüchtlinge zu sichern;
2. die großen Linien einer Politik der Wiedereingliederung und Vollbeschäftigung zu bestimmen;
3. endgültige Pläne für die Wiedereingliederung beziehungsweise Neuverteilung zu entwerfen und die notwendigen Mittel für die Finanzierung dieser Pläne aufzubringen.

Da erfahrungsgemäß die Errichtung eines derart gedachten europäischen Flüchtlingsamtes längere Zeit in Anspruch nehmen würde, schlug der Flüchtlingssonderausschuß dem Ministerausschuß außerdem als Sofortmaßnahme die Errichtung einer vorläufigen Flüchtlingsabteilung innerhalb des Generalsekretariats des Europarats vor, die unverzüglich die vorrangigsten Maßnahmen, vor allem zugunsten derjenigen Flüchtlingsgruppen, die bisher nicht im Genuß internationaler Hilfsmaßnahmen stünden, ergreifen soll.

Der gegenwärtige Stand der Arbeiten

Die schwerfällige Prozedur des Europarates brachte es mit sich, daß die am 26. August 1950 von der Konsultativversammlung angenommenen Entschlüsse¹⁴ erst am 3. November 1950 vom Ministerausschuß auf seiner Tagung in Rom beraten werden konnten. Hierbei wurden, ohne daß es zu einer Entscheidung darüber gekommen wäre, Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit der Schaffung eines europäischen Flüchtlingsamtes laut, jedoch veranlaßte der Ministerausschuß folgende Maßnahmen: Die Regierungen der Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, über die Flüchtlingssituation auf ihrem Gebiete unter Berücksichtigung der Zusammenhänge mit dem Problem der Uebervölkerung und Auswanderung Unterlagen vorzulegen. Der Generalsekretär des Europarates wurde ermächtigt, das für Bearbeitung der angeforderten Unterlagen erforderliche Personal einzustellen und im Anschluß hieran Vorschläge über die zur Lösung des Problems erforderlichen Maßnahmen unter Angabe ihrer finanziellen Auswirkungen zu machen. Die doppelte Entscheidung des Ministerrates ermöglicht eine Inangriffnahme der Arbeiten im Sinne der im Bericht des Sonderausschusses für Flüchtlinge enthaltenen Richtlinien. Man nimmt an, daß die von den Regierungen angeforderten Berichte bis Ende Februar vorliegen, so daß für die nächste Sitzungsperiode der Konsultativversammlung im Frühjahr schon eine Anzahl ausführungsfähiger Einzelprojekte ausgearbeitet sein können.

Auch die Arbeiten zur Schaffung eines europäischen Flüchtlingsamtes sind in den vergangenen Monaten gefördert worden. Dem Sonderausschuß liegen zwei Entwürfe hierzu vor, einer des belgischen Delegierten *de la Vallée-Poussin*, der die rechtliche Seite des Problems behandelt, sowie ein weiterer der deutschen Delegierten Dr. Eugen *Gerstenmaier* und Hans *Schütz*, der das Problem in seiner Gesamtheit anfaßt, die beide ebenfalls noch vor Wiederzusammentritt der Konsultativversammlung beraten werden sollen. Der deutsche Vorschlag liegt in der Richtung der allgemein von der Konsultativversammlung verfolgten Idee, für besondere gemeinsame Aufgaben innerhalb des Europarates Sonderbehörden zu schaffen.

Die hierfür im einzelnen gemachten Vorschläge passen sich den Statuten früherer, vom Völkerbunde und von den Vereinten Nationen geschaffener Sonderbehörden in verfassungsmäßiger Hinsicht an. Wichtig ist, daß in dem deutschen Vorschlag besondere Einrichtungen zur Durchführung der erforderlichen Finanzierungen vorgesehen sind. Weiterhin kann man sich die Arbeit des europäischen Flüchtlingsamtes deutscherseits nicht ohne konsultative Beteiligung der anerkannten Vertretungsorganisationen der verschiedenen Flüchtlingsgruppen in Europa sowie der religiösen und weltlichen Wohlfahrtsorganisationen vorstellen, die auf dem Gebiete der internationalen Flüchtlingshilfe, wenn auch überwiegend nur auf karitativer Basis, schon viel geleistet haben, und hat daher entsprechende Bestimmungen vorgesehen.

Ein auffallender Unterschied zwischen dem Vorgehen der Vereinten Nationen und des Europarates ist darin zu sehen, daß der letztere seine Vorarbeiten in Angriff genommen hat, ohne sich zuerst auf eine Bestimmung des Flüchtlingsbegriffes festzulegen. Man geht vielmehr in Straßburg davon aus, daß man den gesamten Flüchtlingsnotstand erfassen und sich seinen praktischen Bedürfnissen anpassen will. Die Folge hiervon wird bei den Straßburger Arbeiten eine viel weitere Fassung des Flüchtlingsbegriffes sein, als sie in der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und Staatenlosen enthalten ist. Im großen würde es die Aufgabe des Straßburger Flüchtlingsamtes sein, als Anwalt der Flüchtlinge und Vertriebenen deren besondere Interessen unmittelbar wahrzunehmen oder, soweit es dazu nicht in der Lage ist, dieselben gegenüber all den Stellen zu vertreten, deren Arbeitsgebiet mit den Bedürfnissen der Flüchtlinge und insbesondere denen ihrer ökonomischen Wiedereingliederung in Berührung kommen, wie die Verwaltung für Europäische Wirtschaft und Zusammenarbeit (OEEC), das Internationale Arbeitsamt und andere Sonderbehörden der Vereinten Nationen. Dabei werden die verschiedenen, unter Umständen kollidierenden Interessen gegeneinander abgewogen werden müssen. Es gilt beispielsweise einen Ausgleich zu finden zwischen der strukturellen Veränderung, die die Anwesenheit der Flüchtlingsmassen in einzelnen Ländern hervorgerufen hat, sowie der Uebervölkerung, die durch einen natürlichen Bevölkerungszuwachs in anderen Ländern entstanden ist. Es gilt für Vollbeschäftigung zu sorgen und die Freizügigkeit des Arbeitsuchenden über staatliche Grenzen hinaus zu ermöglichen. Es gilt in den Aufnahmeländern Industrie und Landwirtschaft zu intensivieren. Für den größeren Teil dieser Aufgaben werden Kapitalien benötigt, die nur dann in dem erforderlichen Umfange aufgebracht werden können, wenn sie nicht als verlorene Zuschüsse verwendet werden, sondern auf privatwirtschaftlicher Grund-

lage zu einer zinsentragenden Anlage ausgestaltet werden können. Solche Maßnahmen sind ohne Mitwirkung kapitalkräftiger Länder nicht möglich.

Die Gesamtheit dieser Maßnahmen fällt unter den von deutscher Seite geprägten Begriff der „Internationalisierung der Flüchtlingshilfe“. Hiermit wollte man sagen, daß die Flüchtlingshilfe angesichts der Unmöglichkeit einer Lösung des Flüchtlingsproblems im nationalen Rahmen aus dem bisherigen Stande vielfach zusammenhangloser und zu einem großen Teile karitativer Einzelmaßnahmen hinausgeführt

werden sollte in das Gebiet methodischer internationaler Zusammenarbeit auf produktiv-wirtschaftlicher Grundlage, wie es der von den Vereinten Nationen angestrebten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Weltordnung entspricht, sowie durch die Ursachen, die die einzelnen Flüchtlingsnotstände hervorriefen, gerechtfertigt ist. Solange solche Maßnahmen nicht universal von den Vereinten Nationen aus unternommen werden können, ist der Europarat die Organisation, welche sie, soweit Europa in Frage kommt, unternehmen sollte und unternehmen kann.

Anmerkungen

¹⁾ Vgl. hierzu den Beitrag: „UNRRA, das Amt für Hilfsmaßnahmen und Wiederaufbau“, in Europa-Archiv, September 1946, S. 135 ff.

²⁾ 81. Kongreß, 2. Sitzungsperiode, Bericht Nr. 1841 „Vertriebene und Flüchtlinge volksdeutschen Ursprungs“, Bericht eines Sonder-Unterkomitees des Rechtsausschusses des Abgeordnetenhauses („Expellees and Refugees of German Ethnic Origin“, Report of a Special Subcommittee of the Committee on the Judiciary, House of Representatives, Report No. 1841, March 34, 1950) in Ausführung von H. Res. 238, einer Entschließung, die den Rechtsausschuß autorisiert, eine Untersuchung der Einwanderung und Nationalitätenprobleme vorzunehmen. (Präsident Francis E. Walter.)

³⁾ „Constitution of the International Refugee Organisation and Agreement of Interim Measures“.

⁴⁾ Vgl. „Report of the Military Governor, Statistical Annex“, July 1949, No. 49, S. 23 ff.

⁵⁾ Vgl. den Aufsatz „Bewässerungs- und Energieprojekte im Mittleren Osten“ von Feliks Bochenski und William Diamond, Europa-Archiv 13 1950, S. 3159—3166 u. 15/1950, S. 3237—3248.

⁶⁾ „United Nations Conciliation Commission for Palestine“, Final Report of the United Nations Economic Survey Mission for the Middle East, an Approach to Economic Development in the Middle East, Lake Success — New York, 28. Dezember 1949, United Nations Publications, Sales No. 1949 II B. 5., Part I and II.

⁷⁾ „Interim Report of the Director of the United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near

East“, October 19, 1950, zitiert nach *United Nations Bulletin*, Vol. IX No. 10, S. 569 ff.

⁸⁾ S. *United Nations Bulletin* IX, No. 10, S. 535 ff.

⁹⁾ „Report of the Ad Hoc Committee of Refugees and Stateless Persons“, United Nations Economic and Social Council, General E/AC. 32. 8, 25. August 1950.

¹⁰⁾ „Europäische Auswanderung und Binnenwanderung in der Nachkriegszeit“ (Bericht über die vorbereitende Auswanderungskonferenz des Internationalen Arbeitsamtes in Genf) von Professor Dr. Hugo Grothe in Europa-Archiv, 20/1950, S. 3441—3448.

¹¹⁾ Vgl. den Beitrag von Bruno Kiesewetter: „Europäische Wanderungsbilanz der Weltkriege“, in Europa-Archiv 10/1950, S. 3044—3050, 11/1950, S. 3083—3090, 12/1950, S. 3123—3126, der auf den Büchern „The Displacement of Population in Europe“ und „Europe on the Move. War and Population“ von Eugene M. Kulischer beruht.

¹²⁾ Commissie Tot Bestudering Van Het Duitse Vluchtelingenvraagstuk, s'Gravenhage. Vorsitzende: Frau Dr. Hilda Verwey-Jonker. Vgl. hierzu: H. Verwey-Jonker: „Het internationale Vluchtelingen-Vraagstuk.“ Leiden, uitgegeven voor het Nederlandsch Genootschap voor Internationale Zaken door A. W. Sijthoffs, Uitgeversmij N. V.; 1947.

¹³⁾ AS (2) 102, Assemblée Consultative, Session ordinaire, 25 août 1950. Rapport présenté, au nom de la Commission spéciale pour les questions des Réfugiés.

¹⁴⁾ Vgl. „Empfehlung über die dringende Notwendigkeit der Unterstützung von Flüchtlingen“ in Europa-Archiv 2/1951, S. 3685, 86.

Erhaltung und Nutzung der Hilfsquellen der Erde

Von Dr. Erwin Weghorn

Vom wirtschaftlichen Standpunkt betrachtet ist eine Nation nichts anderes als eine Gemeinschaft von Produzenten. Das wertvollste Gut, das eine Nation besitzt und dem besondere Beachtung gewidmet werden muß, ist ihr Menschenmaterial, weil von diesem alle zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten abhängen.

J. C. Dorsainvil.

Eine Konferenz ohne Beispiel

Es war das erstmal in der Geschichte der Menschheit, daß sich Wissenschaftler aus allen Teilen der Welt zusammenfanden, um die Möglichkeiten zur Entdeckung, Erhaltung und Nutzung der Rohstoffquellen der Erde mit dem Ziele einer für die gesamte Menschheit wirksam werdenden Erhöhung des Lebensstandards zu prüfen: Dies geschah in der *United Nations Scientific Conference on the Conservation and Utilisation of Resources* (UNSCCUCUR), die in der Zeit vom 17. August bis 6. September 1949 in Lake Success, New York, stattfand.

Drei Jahre Vorarbeiten

Wenn wir feststellen, daß die UNSCCUCUR eine Konferenz ohne Beispiel war, so nicht nur deshalb, weil es in der Geschichte der internationalen Zusammenarbeit zum ersten Male geschah, daß sich auf weltweiter Grundlage bedeutende Wissenschaftler und Forschungsgesellschaften zusammenfanden, sondern weil sie auch in ihrer Vorbereitung einmalig blieb. Im Gegensatz zu vielen internationalen Konferenzen, deren Wirksamkeit allein schon dadurch von vorneherein begrenzt wird, daß sie keine genügend vorbereitete Grundlage besitzen, wurde für die UNSCCUCUR wahrhaft ganze Arbeit geleistet. Drei Jahre vergingen, bis die Vorbereitungen abgeschlossen waren und die Konferenz einberufen werden konnte. Und ein weiteres Jahr dauerte es, bis — im September 1950 — der erste Teil einer erschöpfenden Berichterstattung über die UNSCCUCUR der Öffentlichkeit übergeben wurde.

Die Konferenz selbst ging auf einen Vorschlag Präsident Harry S. Trumans zurück, der in einem Schreiben vom 4. September 1946 die amerikanische Delegation beim Wirtschafts- und Sozialrat der Ver-

einten Nationen anwies, eine Konferenz der Wissenschaftler anzuregen. Truman verlieh damals der Hoffnung Ausdruck, daß die Konferenz im Herbst 1947 in den Vereinigten Staaten durchgeführt werden möchte. Am 5. Dezember 1946 trat der Generalsekretär der Vereinten Nationen an alle Mitgliedstaaten mit dem Vorschlag heran, Wissenschaftler für die Konferenz zu benennen, in deren Mittelpunkt die Möglichkeiten zur allgemeinen Hebung des Lebensstandards der Menschheit stehen sollte. Im März 1947 wurden die Vorarbeiten aufgenommen. Ein Vorbereitungskomitee wurde ins Leben gerufen, dem unter anderem die *Food and Agriculture Organization* (FAO, Organisation für Ernährung und Landwirtschaft), *United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization* (UNESCO, Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur), *World Health Organization* (WHO, Weltgesundheitsorganisation) und *International Labour Organization* (ILO, Internationales Arbeitsamt) zur Seite standen. Im August 1948 lag der Tagungsplan in allen Einzelheiten fest und im März 1949 wurden schließlich die Einladungen verschickt.

Starkes Uebergewicht der Vereinigten Staaten

706 Wissenschaftler aus 52 Staaten¹⁾ nahmen an dieser Konferenz teil. Die Ostblockstaaten hatten keine Delegierten entsandt, obwohl sich Polen und die Tschechoslowakei an den Vorbereitungen zur Konferenz beteiligt hatten. Diese beiden Länder hatten der Konferenz sogar einige wissenschaftliche Pläne unterbreitet und die Einladung zur Konferenz offiziell angenommen. Zur Konferenz ist dann jedoch kein Delegierter dieser Staaten erschienen. Jugoslawien nahm als einziger osteuropäischer Staat an der Konferenz teil. Auch Japan und Oesterreich hatten einige Wissenschaftler entsandt, während

¹⁾ Teilnehmerstaaten waren: Aegypten, Argentinien, Australien, Belgien, Bolivien, Brasilien, Burma, Chile, China, Dänemark, Ekuador, El Salvador, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Guatemala, Haiti, Indien, Indonesien, Iran, Irak, Israel, Italien, Japan, Jugoslawien, Kanada, Korea,

Kolumbien, Kostarika, Kuba, Libanon, Liberia, Mexiko, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Pakistan, Panama, Peru, Philippinen, Portugal, Schweden, Schweiz, Südafrika, Thailand, Türkei, Uruguay, Venezuela, Vereinigte Staaten.

Deutschland bedauerlicherweise nicht einmal durch einen Beobachter vertreten war.

Besonders augenscheinlich war bei dieser Konferenz das Uebergewicht der Vereinigten Staaten. Von ihnen nahmen nicht weniger als 441 Wissenschaftler — also mehr als die Hälfte aller Delegierten — an der UNSCCUR teil. Außerdem waren stark vertreten: Großbritannien mit 78, Frankreich mit 73, Kanada mit 48 und Indien mit 31 Delegierten.

Daneben hatten 174 wissenschaftliche Forschungsgesellschaften und Institute ihre führenden Mitarbeiter entsandt².

Konferenzaufgabe

Die Konferenz hatte sich die Aufgabe gestellt, alle Wege zur Mobilisierung der in der Welt vorhandenen umfassenden wissenschaftlichen Erkenntnisse und praktischen Erfahrungen auf dem Gebiet der Nutzung der natürlichen Hilfsquellen zu prüfen. Aus allen der Konferenz vorgelegten Dokumenten und aus allen Referaten und Diskussionen sprach das Bestreben, durch Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit und durch Förderung der internationalen Verständigung zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage auf weltweiter Grundlage zu gelangen.

Die UNSCCUR hatte ihre Arbeit in sechs Sachgebiete aufgeteilt: Bodenschätze, Energieversorgung, Wasser, Land, Wälder, Jagd- und Fischereiwesen. Ihre Ergebnisse sollen der Welt in einem umfangreichen achtbändigen Werk zugänglich gemacht werden. Der erste Band, der die Berichte über die Plenarsitzungen enthält, liegt nun nach einjähriger Vorbereitungszeit vor³.

Dieser erste Band gibt einen Ueberblick über die folgenden in den Plenarsitzungen behandelten Probleme: Weltrohstofflage, Rohstoffmangel, Landnutzung, Erschließung und Erhaltung der Rohstoffquellen, Schutz der Wasserkraft, Technik der Steigerung des Bodenertes, Möglichkeiten zur Deckung des künftigen Energiebedarfes, Verbesserung der technischen Ausbildung und Erschließung der rückständigen Gebiete.

Bewußt hat die UNSCCUR davon Abstand genommen, am Ende ihrer Arbeit Resolutionen zu fassen, die Empfehlungen für die verschiedenen zuständigen internationalen Organisationen und für die einzelnen Regierungen enthalten hätten. Es herrschte Einstimmigkeit darüber, daß allein die Verbreitung der in der

Konferenz vorgelegten wissenschaftlichen Dokumente die Revision zahlreicher fehlerhafter Praktiken nach sich ziehen und daß die Berichte über die Konferenz für Industrie, Forschungs- und Erschließungsprogramme vieler Länder von bleibendem Wert sein werden.

Allgemein wurde erkannt, daß kein Land ein Monopol für die besten wissenschaftlichen Arbeitsmethoden besitzt. Jeder Teil der Welt ist in der Lage, wertvolle wissenschaftliche Beiträge zu leisten und gleichzeitig von den Praktiken in anderen Teilen der Erde zu lernen. Zur Bewältigung der Aufgabe der Sicherung und Hebung des allgemeinen Lebensstandards der Völker müssen alle Kenntnisse und Erkenntnisse mobilisiert werden. Zu dieser Mobilisierung wollte die UNSCCUR einen Beitrag leisten.

Das Beispiel Europa

Am Beispiel Europas wurde die Notwendigkeit der regionalen Wirtschaftszusammenarbeit aufgezeigt. Dabei wurde auf die ungleichmäßige Verteilung der Rohstoffquellen verwiesen und betont, daß gerade diese Ungleichmäßigkeit die beste Voraussetzung zum Ausbau der internationalen regionalen Zusammenarbeit sei, weil diese Zusammenarbeit die bessere Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten gestattet. Unter dem Hinweis auf den Stahl-Kohle-Komplex Frankreichs, Deutschlands und der Benelux-Staaten wurde eine regionale Zusammenarbeit empfohlen, die rund ein Jahr später im „Schuman-Plan“ ihren Niederschlag finden sollte. Dieser Plan, der am 9. Mai 1950 als offizieller Vorschlag der französischen Regierung der Öffentlichkeit unterbreitet wurde, sieht vor, die gesamte französisch-deutsche Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Verwaltung zu stellen. Gleichzeitig wurde anderen westeuropäischen Staaten empfohlen, sich an dieser Zusammenarbeit zu beteiligen. Während sich die Benelux-Staaten und Italien an den Erörterungen des Schuman-Planes beteiligten, war es nicht möglich, die Bedenken Großbritanniens gegen eine übernationale Behörde zur Verwaltung der Schwerindustrie zu zerstreuen, so daß Großbritannien abseits stehen blieb. Die Realisierung des Schuman-Planes wurde überdies durch die auf die Korea-Krise folgenden Erwägungen zur Verstärkung des atlantischen Verteidigungssystems zunächst gehemmt. Außenminister *Schuman* konnte jedoch am 15. Dezember 1950 mitteilen, daß der Ent-

²) Unter anderem waren vertreten: *Economic Society of Australia and New Zealand*, Melbourne; *Académie des sciences coloniales*, Paris; *Institut de France*, Paris; *South African Council for Scientific and Industrial Research*, Pretoria; *American Academie of Political and Social Science*, Philadelphia; *American Association for the Advancement of Science*, Washington; *National Research Council*, Washington; *International Chamber of Commerce*; *Carnegie Endowment for International Peace*.

³) „United Nations Scientific Conference on the Conservation and Utilisation of Resources“, Volume I, Plenary Meetings. Herausgegeben von der Sales and Circulation Section — Department of Public Information, United Nations, Lake Success, N. Y., USA.

Die übrigen Bände, die zu einem späteren Zeitpunkt erscheinen werden, enthalten: Band II Bodenschätze, Band III Energieversorgung, Band IV Wasser, Band V Wälder, Band VI Land, Band VII Jagd- und Fischereiwesen, Band VIII Register.

wurf des nach ihm benannten Planes endgültig fertiggestellt sei.

Die UNSCCUR verwies weiter auf die Notwendigkeit des intereuropäischen Handels und der überstaatlichen Wasserstraßenverwaltung (Rhein-Main-Donau).

Es wurde festgestellt, daß sich die „technologischen Hilfsquellen“ Westeuropas und die natürlichen Hilfsquellen Osteuropas ergänzen. Durch Nutzbarmachung dieser Erkenntnis würde es dem Westen möglich werden, die Preise der industriellen Erzeugnisse zu senken, während der Osten zu einer gesteigerten Produktion gelangen könnte. Sowohl in Osteuropa als auch in Westeuropa sind noch beträchtliche wirtschaftliche Möglichkeiten ungenutzt. Dies ist zum großen Teil auf den Mangel einer ausreichenden Zusammenarbeit zurückzuführen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa wurden als allzu gering bezeichnet, und es wurde betont, daß ihr Ausbau für beide Teile von Vorteil sein würde. Gegenwärtig befinden sich die europäische Produktion und der intereuropäische Handel in einer scheinbar ausweglosen Krisenlage. Erschwert wird die Lage der alten Welt dabei dadurch, daß sie sich Problemen gegenüber sieht, die in den weiten Gebieten der neuen Welt nur sehr schwer verstanden werden können. Es sind dies vor allem die Probleme der bestmöglichen Nutzung der stark begrenzten Bodenflächen. Die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten in der Versorgung der sehr großen Bevölkerung werden überdies noch dadurch erschwert, daß weite Bodenflächen der alten Welt schon vor vielen Jahrhunderten kultiviert und seit dieser Zeit genutzt werden, so daß heute eine Aenderung in der Landnutzung äußerst schwierig ist.

Sind die natürlichen Hilfsquellen der Erde ausreichend?

Der Frage nach dem Umfang der natürlichen Hilfsquellen der Erde und der Deckung des stetig wachsenden Bedarfes — bedingt durch die Industrialisierung und die Tatsache, daß sich die Erdbevölkerung in den letzten vier Generationen verdoppelte — widmete die UNSCCUR besondere Beachtung. Dabei wurde unter anderem festgestellt, daß — auf der Grundlage der gegenwärtigen Erdbevölkerung — die Produktion an Obst und Gemüse um 163 Prozent, an Milch um 100 Prozent, an Fleisch um 46 Prozent, an Fett um 34 Prozent, an Getreide um 21 Prozent und an Zucker um 12 Prozent gesteigert werden müßte, falls allen Menschen ein Lebensstandard gesichert werden sollte, der demjenigen der hochentwickelten Staaten entspricht.

Im allgemeinen stimmten alle Konferenzteilnehmer darin überein, daß bei einer weniger verschwenderischen Ausbeutung der natürlichen Hilfsquellen, bei voller Ausnutzung der bereits erprobten Produk-

tionsmethoden und bei zweckmäßiger Anwendung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse eine um vieles größere Erdbevölkerung in ausreichendem Maße versorgt werden kann. Zur gleichen Zeit wurde jedoch eingeräumt, daß die Ausnutzung der Kenntnisse zur Konservierung und Entwicklung der Reichtümer der Erde von der Lösung zahlreicher politischer, sozialer und wirtschaftlicher Probleme abhängig ist. Mehr als einmal wurde von Konferenzteilnehmern festgestellt, es sei die Pflicht der Fachleute, sich auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet aktiver als bisher zu betätigen, um eine Lage zu schaffen, die die Durchführung von Maßnahmen gestattet, die auf der Nutzung ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse beruhen.

Der amerikanische Innenminister, Julius A. Krug, faßte das zentrale Problem der wirtschaftlichen Seite der Weltentwicklung in mathematischer Form wie folgt zusammen:

Rohstoffquellen plus Kapitalinvestitionen = wirtschaftlicher Fortschritt.

Dabei betonte er, daß die natürlichen Hilfsquellen in so starkem Maße voneinander abhängig sind, daß sie miteinander und gleichzeitig entwickelt werden müssen. (Beispiel: Staudambau zur Wasserregulierung bei gleichzeitiger Nutzung der Wasserkraft für die Energieversorgung.) Krug betonte unter dem Hinweis auf die Hemmungen der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa, daß wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt durch den gleichzeitigen Ausbau von Industrien, der natürlichen Hilfsquellen und des Verkehrswesens beschleunigt und durch regionale Zusammenarbeit intensiviert werden könnten. Da die Rohstoffquellen die Grundlage des Wohlstandes und die Voraussetzung der Fortentwicklung einer jeden Gesellschaft sind, dürfe es privaten Eigentümern dieser Quellen nicht gestattet werden, durch kurzfristige Ausbeutung dieser Quellen die Zukunft der Gesellschaft zu gefährden. Gerade in dieser Hinsicht erscheint es notwendig, verhängnisvolle Fehler der Vergangenheit zu bereinigen. Gleichgültigkeit und Besitzlosigkeit der weiten Bevölkerungsschichten waren zum großen Teil der Anlaß für den Mißbrauch der natürlichen Hilfsquellen. Gewinnsucht und Machtstreben auf der Seite der Besitzenden haben ebenso verhängnisvoll gewirkt. Diese Erkenntnis veranlaßte die Konferenzteilnehmer zur Aufstellung der Forderung nach einer universellen Mobilisierung der Bevölkerung für den Gedanken der Erwachsenenbildung, weil nur eine grundlegende Verbesserung des Erziehungswesens, das Einsicht in die Gesetze der Wirtschaftlichkeit vermittelt, zur Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen führen könne.

In den Gebieten, deren wirtschaftliche Entwicklung noch rückständig ist oder noch gar nicht zur Entfaltung kam, wird überdies ein starker Anstoß, der eventuell von außen kommen muß, als notwendig

erachtet, denn ohne steigende Produktion ist keine Vergrößerung des allgemeinen Wohlstandes möglich. Ebenso wird es ohne kluge Gewinnbeschränkung in Zukunft keinen wirklichen Wirtschaftsfortschritt mehr geben. Dabei muß auch eingesehen werden, daß dieser Fortschritt nur dann konstant bleiben kann, wenn das Risiko der Kapitalinvestitionen und eine enge Begrenzung der Verzinsung von den „Besitzenden“ hingenommen wird.

Es ist in diesem Zusammenhang bedeutsam, daß — vor allem von amerikanischen Wissenschaftlern — immer wieder betont wurde, daß „die Hilfsquellen der Erde an sich unwichtig sind. Entscheidend ist, wie sie verwendet und wie ihre Produkte verteilt werden“.

Die Produktionskapazität der Erde ist, vom theoretischen Standpunkt aus betrachtet, so groß, daß alle bisher aufgetretenen Knappheitskrisen der Welt eigentlich hätten vermieden werden können. Es genügt eben nicht, nur die Produktion zu steigern und auf diese Weise an gewissen Stellen der Erde riesige Vorräte aufzuspeichern, ohne zur gleichen Zeit dafür zu sorgen, daß diese Vorräte auch dorthin gelangen können, wo sie benötigt werden.

Jedes Land der Erde kennt Hunger

In den Diskussionen über die Versorgung der Erdbevölkerung mit Lebensmitteln warf Sir Herbert Broadley den Satz in die Debatte: „Es wäre nur wahr, zu sagen, daß gegenwärtig in keinem Land der Erde jedermann in ausreichendem Maße mit Lebensmitteln versorgt wird. Es wäre ebenso zutreffend, zu sagen, daß in den meisten Staaten der Welt ein Teil der Bevölkerung tatsächlich Hunger leidet. In vielen Ländern sind es viele Tausende, ja sogar Millionen Menschen, die nur selten satt werden.“

Nachdem festgestellt wurde, daß die Erde in der Lage wäre, hier eine Wandlung zu schaffen, kam die Forderung zur Sprache, daß die Steigerung der Lebensmittelproduktion Teil einer umfassenden allgemeinen Wirtschaftsentwicklung in allen Gebieten der Welt sein müsse. Zur gleichen Zeit wurde die Forderung nach einem freien Welthandel erhoben und der Satz geprägt: „Eine Weltwirtschaft, die nicht dafür sorgt, daß die landwirtschaftlichen und industriellen Produzenten auf freier Grundlage ihre Erzeugnisse austauschen können, wird auch die stärksten Bemühungen um die Steigerung der Produktion der dringend benötigten Lebensmittel zum Scheitern bringen. Eine Welt frei von Not ist möglich. Dieses Ziel soll aber nicht erreicht werden durch eine Herabminderung der Bedürfnisse, sondern durch die Vermehrung der Konsumgüter.“

Krisengebiet Wald

Alle Bestrebungen zur Konservierung der Wasservorräte der Erde, zur Steigerung des Bodenertrages

und zum Klimaschutz der Erde werden vergeblich sein, wenn dem Raubbau an den Waldbeständen der Welt nicht Einhalt geboten wird. Darin waren sich alle Sachverständigen einig, die darauf hinwiesen, daß eine Schematisierung des Holzeinschlages den Wald ebensowenig vor Ausbeutung schützt, wie es auch nicht möglich sei, durch „Abschuß-Quoten“ etwa die Wale oder das Wild vor der Ausrottung zu bewahren.

Marcel Leloup (Frankreich) legte dar, daß der gegenwärtigen Erdbevölkerung von 2,3 Milliarden Menschen 4 Milliarden Hektar Waldgebiet (das sind rund 27 Prozent der Landmasse der Erde) zur Verfügung stehen. Von diesem Waldbestand seien gegenwärtig jedoch nur 2,6 Milliarden Hektar produktiv, während 1,4 Milliarden Hektar als „ausgebeutet“ bezeichnet werden müßten. Während der gegenwärtige Jahresverbrauch an Holz in aller Welt auf fast 500 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung geschätzt wird, sind Angaben über die Holzzahresproduktion kaum möglich. Als sicher wird angenommen, daß die „Ausbeutung“ der Waldbestände, die in den letzten Jahren durch Raubbau, Brände und Kriegsverwüstungen besonders starke Ausmaße angenommen hat, gegenwärtig noch viel größer ist als die „natürliche Produktion“. Aus diesem Grunde werden folgende Maßnahmen als erforderlich angesehen:

1. Bessere Nutzung der Produkte des Waldes;
2. Verbesserung der Forstverwaltung;
3. Pflege und Erhaltung der Waldbestände;
4. Umfangreiche Wiederaufforstungen;
5. Verwendung von „Ersatzstoffen“, etwa zur Papiererzeugung, zwecks Herabsetzung des Holzverbrauches.

Rekordverbrauch an Metallen

Der Weltkonsum an Metallen war zwischen 1900 und 1949 weit größer als derjenige der gesamten vorhergegangenen Menschheitsepoche. Obwohl die Menschheit noch nicht von einer ernsten Metallknappheit bedroht ist, erscheint es maßgebenden Wissenschaftlern angesichts der Tatsache, daß der Weltvorrat an Metallen nur sehr schwer abschätzbar ist, doch notwendig, jede Verschwendung der Grundstoffe zu vermeiden. Ein Vergleich der Weltproduktion wichtiger Metalle der Jahre 1901 und 1948 läßt die Steigerung und die damit verbundene Tendenz zur Verschwendung besonders deutlich werden:

	1901	1948
Eisenerz:	50 060 000 Tonnen	108 862 000 Tonnen
Kupfer:	690 000 „	3 358 000 „
Aluminium:	18 000 „	1 542 000 „
Zink:	667 000 „	1 724 000 „
Blei:	996 000 „	1 700 000 „
Nickel:	16 000 „	145 000 „
Zinn:	103 000 „	136 000 „

Zur Sicherung der künftigen Bedarfsdeckung wird daher als notwendig erachtet:

1. Entdeckung neuer Metallvorkommen;
2. Verbesserung der Schürftechnik;
3. Erweiterung der Wiederverwendungsmöglichkeiten von Metallschrott;
4. Ausbau der Ersatzstoffproduktion.

Kein Mangel an Kohle, Oel und Elektrizität

Obwohl auf allen Gebieten der Energieversorgung in den letzten Jahren eine beträchtliche Produktionsausweitung erfolgte, wird angenommen, daß Kohle, Oel, Naturgas und Elektrizität in ausreichendem Maße vorhanden sind, beziehungsweise produziert werden können, um den gesteigerten Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Ausgehend von der Annahme, daß die Produktion auf diesem Gebiet im Jahre 1937 100 Einheiten betrug, wurden im Jahre 1948 in der Treibstoffproduktion 125, in der Elektrizitätserzeugung 183, bei der Rohölförderung 171 und bei der Kohlenförderung 104 Einheiten erreicht.

Zu wenig Land

Obwohl es unbekannt ist, wieviel des noch nicht kultivierten Landes der Erde für Produktionszwecke nutzbar gemacht werden kann, vermuten Fachleute, daß nicht genügend Land vorhanden ist, um im Falle der Beibehaltung der gegenwärtig angewendeten Nutzungsmethoden die jährlich um 20 Millionen Menschen wachsende Erdbevölkerung auf unbestimmte Zeit ernähren zu können. Die größte Hoffnung liegt daher in der Aenderung der Nutzungsweise und der Bearbeitung des Bodens. Modernisierung der Landbearbeitung und Durchführung wissenschaftlicher Maßnahmen zur Landerhaltung erscheinen als die beste Garantie für eine ausreichende zukünftige Produktion. Die moderne Landkonservierung darf jedoch nicht nur der Aufrechterhaltung des status quo dienen, sondern sie muß dynamisch und progressiv sein.

Es wurde überdies empfohlen:

1. Intensivere Forschung auf dem Gebiet der Landkonservierung;
2. Steigerung der Technisierung der Landwirtschaft;
3. Aufforstung zum Schutze des Bodens;
4. Verbesserung der Bodenbearbeitung;
5. Wasserkonservierung (Hochwasserschutz und Bewässerung).

Nationale Pläne als Beispiel für internationale Maßnahmen

Zahlreiche nationale Wirtschafts- und Erschließungspläne (wie unter anderem die Tennessee-Tal-Behörde (TVA)⁴, die Pläne der britischen Stadt- und

Landplanungskommission, ein kanadischer Regionalplan) wurden von der UNSCCUR als Beispiele für die erfolgreiche Nutzung moderner Forschungsergebnisse zum Zwecke der allgemeinen Verbesserung der Wirtschaftslage aufgezeigt.

Außerdem wurde auf die Bedeutung der chemischen Industrie für die moderne Wirtschaftsentwicklung, auf die Bedeutung der Statistik für die Forschung und auf die Wichtigkeit experimenteller Versuche für die Industrieplanung verwiesen.

Ausbildung und Lenkung der Arbeitskraft

Das Internationale Arbeitsamt (ILO) legte der UNSCCUR ein Programm über die „Rekrutierung“ und Ausbildung von Arbeitskräften im Interesse der Erschließung und Nutzung der Rohstoffquellen der Erde vor, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß gut ausgebildete Arbeitskräfte ein wesentlicher Bestandteil aller Projekte zur wirtschaftlichen Fortentwicklung sind. Ohne Arbeitskräfte und ohne gute Ausbildung ist es unmöglich, den natürlichen Hilfsquellen der Erde einen wirtschaftlichen und sozialen Wert zu verleihen. Aus diesem Grunde müssen in den Gebieten, wo ihre Dienste vonnöten sind, auch ausreichende Arbeitskräfte mobilisiert werden. Die Frage nach dem Vorhandensein von genügend geeigneten Arbeitskräften ist besonders kritisch und akut in den wirtschaftlich rückständigen Gebieten Lateinamerikas, des Nahen, Mittleren und Fernen Ostens sowie Afrikas. Die meisten dieser Gebiete besitzen riesige natürliche Rohstoffvorkommen, die nur darauf warten, zum Wohle der Menschheit erschlossen zu werden. Der Mangel an Facharbeitern, fehlende verkehrstechnische Erschließung und andere Faktoren haben dort jedoch bisher konstant sowohl die landwirtschaftliche als auch die industrielle Entwicklung gehemmt. Gerade in den rückständigen Gebieten dürfte es daher nach Ansicht des ILO notwendig werden, eine gewisse „Umschichtung“ der Bevölkerung vorzunehmen, um eine aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen notwendig erscheinende richtige Verteilung der Arbeitskräfte zu erzielen.

Es kann nicht behauptet werden, daß bisher in der Welt die wirtschaftliche Entwicklung systematisch geplant wurde. Abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen machte sich fast überall gerade der Mangel einer koordinierten wirtschaftlichen Erschließung in fast allen Gebieten der Welt nachteilig bemerkbar. Erst in den letzten zehn Jahren hat sich hier einiges geändert. Viele Staaten haben langfristige Entwicklungsprojekte ausgearbeitet, und nahezu jeder dieser Pläne sah Maßnahmen zur Wasserregulierung, Wasserkraftprojekte, Maßnahmen zur verkehrstechnischen Verbesserung und den Ausbau des Bergbaues und

⁴ Vgl. den Beitrag von H. W. Roehrig: „Die Tennessee Valley Authority als regionales Planungsexperiment“ in Europa-Archiv, 9/1949, S. 2121—2128; ferner: Feliks Bochenski

u. William Diamond: „Bewässerungs- und Energieprojekte im Mittleren Osten“ in Europa-Archiv 13/1950, S. 3159—3166 u. 15/1950, S. 3237—3248.

anderer Grundindustrien vor. Die Mechanisierung der Industrie und der Landwirtschaft stand und steht im Mittelpunkt aller dieser Pläne. Viele dieser Projekte sind aus dem Stadium der reinen Planung auch tatsächlich herausgetreten und wurden zum Teil sogar erfolgreich durchgeführt. Dies trifft sowohl auf gewisse wirtschaftlich rückständige als auch auf industriell hoch entwickelte Gebiete zu. Erfolg und Mißerfolg aller dieser Projekte war jedoch weitgehend von der Lösung des Arbeitskraftproblems abhängig, das in jedem Gebiet der Erde andere Schwierigkeiten aufwies. In einigen Gebieten, zum Beispiel in großen Teilen Lateinamerikas, können in den kommenden Jahren zahlreiche Entwicklungsprojekte mit den gegenwärtig zur Verfügung stehenden Arbeitskräften kaum durchgeführt werden. Gleichgültig, in welchem Maße die innerhalb der einzelnen Länder vorhandenen Arbeitskräfte mobilisiert werden, sie werden auf jeden Fall zu gering sein. In anderen Gebieten — so zum Beispiel in großen Teilen Asiens — sind demgegenüber so viele Arbeitskräfte vorhanden, daß es praktisch unmöglich erscheint, sie alle sinnvoll zu verwenden. Daneben dürfen vor allem zwei Faktoren nicht übersehen werden:

1. Während in den meisten wirtschaftlich rückständigen Gebieten zahlenmäßig mehr als genügend Arbeitskräfte vorhanden sind, sind diese physisch zu meist nicht in der Lage, den Anforderungen moderner Erschließungspläne zu genügen (Krankheiten, Unterernährung, schlechte Wohnverhältnisse usw.).

2. Die erfolgreiche Durchführung von Projekten zur Erschließung natürlicher Hilfsquellen erfordert von allen Arbeitskräften den Arbeitswillen, Arbeitsdisziplin und die Bereitschaft, regelmäßig zu arbeiten.

Unter Berücksichtigung aller dieser Schwierigkeiten gelangte das Internationale Arbeitsamt zu folgenden Empfehlungen:

1. Sicherstellung eines erschöpfenden Informationsaustausches über Ausbildung von Facharbeitern und über die Anforderungen, die Erschließungsprojekte an die Arbeitskräfte stellen.

2. Vermeidung jeder Ausbeutung der Arbeitskräfte.

3. „Rekrutierung“ von Arbeitskräften durch öffentliche Arbeitsvermittlungsstellen, deren Beamte mit allen Problemen der zweckmäßigen Verwendung der menschlichen Arbeitskraft vertraut sein müssen.

4. Verbesserung der Berufsausbildung der Jugendlichen und Eingliederung der Jugend in den wirtschaftlichen Arbeitsprozeß nach den Gesichtspunkten der Eignung.

5. Intensivierung der Erwachsenenbildung.

6. Verbesserung des Ausbildungssystems für Facharbeitskräfte.

7. Verwirklichung eines ständigen internationalen Arbeitskräfteaustausches zwecks Nivellierung von Arbeitskräfteüberschuß und -mangel.

8. Verbesserung der sozialen Betreuung der Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit.

Lebensstandard — nicht Problem der Soziologen

Die UNSCCUR erbrachte den Beweis, daß der Lebensstandard nicht das Problem der Soziologen oder der Gesetzgeber ist, obwohl erstere soziale Krankheiten diagnostizieren können, während letztere die sozialen Fortschritte zu sichern vermögen. Der Lebensstandard selbst ist vielmehr ein „Nebenprodukt“ gesunder und ungehemmter regionaler Wirtschaften, denen nicht durch politische Grenzen schädigende Fesseln auferlegt werden.

Die Konferenz bewies ferner, daß es kaum einen wirklichen Rohstoffmangel auf der Welt gibt. Es bedarf nur der richtigen Verwertung der von Wissenschaftlern und Technikern erarbeiteten Kenntnisse. Dann wird die Erde in der Lage sein, einer um vieles größeren Menschheit als der gegenwärtig lebenden einen um vieles höheren Lebensstandard zu garantieren. Es wird die Aufgabe der Politiker und Wissenschaftler sein, für die richtige Anwendung der gesammelten Erkenntnisse der UNSCCUR zu sorgen. Im Lichte der gemachten Erfahrung wird die Konservierung und zweckmäßige Nutzung der natürlichen Hilfsquellen der Erde zum Problem der Politik, der Verwaltung, der Erziehung, der Sozialpolitik, der Kultur und der Ethik.

Im Mittelpunkt: Der Mensch

Dabei darf nicht übersehen werden, daß im Mittelpunkt aller Erwägungen dieser Art der Mensch stehen muß. Die Fragen, wie der Mensch am Leben erhalten werden kann, wie er glücklich zu werden vermag, wie er ausreichend zu ernähren ist, wie er sich kleidet und wie er wohnt, bedürfen einer realistischen Eingliederung in alle Pläne, mit denen sich die UNSCCUR befaßt.

Hierbei entstehen Wechselbeziehungen: Die richtige Nutzung der natürlichen Hilfsquellen der Erde wird das Wohlbefinden der Menschen fördern. Menschen, die einen ausgewogenen Wohlstand besitzen, werden ihrerseits am besten geeignet sein, die natürlichen Hilfsquellen vor einer sinnlosen Ausbeutung zu bewahren. Daher wurde von den Delegierten der UNSCCUR auch immer wieder betont, daß der Schutz des Menschen vor der Unbill des Klimas, vor Krankheit und Seuchen sowie gegen Raubbau an den physischen und geistigen Kräften ebenso bedeutsam sind wie die Konservierung der Rohstoffquellen der Erde. Nur durch ausreichenden Schutz der Menschen und der Rohstoffquellen ist der Wohlstand der Menschheit zu sichern. Die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg dieser Bemühungen jedoch ist eine möglichst störungsfreie Entwicklung. Daher kann gar kein Zweifel bestehen, daß die Straße zum Wohlstand auch die Straße zum Frieden ist.

Der Notenwechsel zwischen der Sowjetunion und den Westmächten über die Einberufung einer Viererkonferenz

Sowjetische Einladung an die Westmächte zu Besprechungen über Deutschland vom 3. November 1950

„Im Auftrage der Sowjetregierung hat das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion die Ehre, folgendes zu erklären:

Am 19. September dieses Jahres wurde ein Kommuniqué über die New Yorker Konferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs über Fragen bezüglich Deutschlands veröffentlicht. Aus dem Kommuniqué ist ersichtlich, daß die Hauptfrage der Konferenz der drei Minister die Frage der Schaffung einer deutschen Armee, die Frage der Remilitarisierung Westdeutschlands war.

Vom 20. bis 21. Oktober fand in Prag eine Konferenz der Außenminister der Sowjetunion, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik statt, als deren Ergebnis eine Erklärung veröffentlicht wurde, die Vorschläge enthält, die in Uebereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen auf eine sofortige friedliche Regelung für Deutschland und auf eine Verwirklichung der Entmilitarisierung Deutschlands hinielen. Die Sowjetregierung billigt voll und ganz die genannten Vorschläge wie auch die Prager Erklärung im ganzen, deren Text beigefügt ist.

Die Sowjetregierung ist der Auffassung, daß die Fragen, die im Kommuniqué der Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs vom 19. September sowie auch in der Prager Erklärung erwähnt werden und die von größter Bedeutung für die Sache der Gewährleistung von internationalem Frieden und Sicherheit sind, die grundlegenden nationalen Interessen der Völker berühren, vor allem derjenigen Völker, die unter der Hitler-Aggression gelitten haben.

In Anbetracht der großen Bedeutung der Frage der Erfüllung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz über die Entmilitarisierung Deutschlands sowie der in dieser Frage bestehenden unterschiedlichen Auffassung der vier Besatzungsmächte Deutschlands, erachtet es die Sowjetregierung für notwendig, diese Fragen unverzüglich zu besprechen. Zu diesem Zweck unterbreitet die Sowjetregierung den Vorschlag, den Rat der Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion einzuberufen, um die Frage der Erfüllung des Potsdamer Abkommens hinsichtlich der Entmilitarisierung Deutschlands zu prüfen.“

Abschließend drückt die Sowjetregierung die Hoffnung auf baldige Antwort aus.

Quelle: *New York Times* vom 5. November 1950. Uebersetzung des Europa-Archivs.

*Antwortnote der drei Westmächte vom
22. Dezember 1950*

Die Botschaft Seiner Majestät beehrt sich, den Empfang der Note des Außenministers der Sowjetunion vom 3. November 1950 zu bestätigen. In dieser Note, der der Text einer am 22. Oktober 1950 in Prag veröffentlichten Erklärung beigefügt war, wurde eine Zusammenkunft des Rats der Außenminister der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und der Sowjetunion vorgeschlagen, in der die Frage der Durchführung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über die Entmilitarisierung Deutschlands beraten werden sollte.

Die Regierung Seiner Majestät hat stets an dem in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsatz festgehalten, daß internationale Probleme durch friedliche Verhandlungen gelöst werden sollten. Die Regierung Seiner Majestät benützt diese Gelegenheit, um ihr Festhalten an diesem Grundsatz erneut zu betonen. Dies steht völlig im Einklang mit der kürzlich von der Vollversammlung der Vereinten Nationen angenommenen und von ihr unterstützten Entschlieung, in der darauf hingewiesen wurde, daß Beratungen zum Zweck der Beseitigung bestehender internationaler Spannungen zu begrüßen seien. Sie hegt nicht nur keinerlei aggressive Absichten gegenüber der Sowjetunion, sondern ist darüber hinaus von dem ehrlichen Wunsch beseelt, die bestehenden internationalen Spannungen zu beseitigen. Sie wird nichts unversucht lassen, um ein so erstrebenswertes Ziel zu erreichen. Auf der im folgenden dargelegten Grundlage und im Einklange hiermit ist sie bereit, mit der Regierung der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und Frankreichs die Möglichkeiten zu erkunden, eine für alle Beteiligten annehmbare Basis für eine Zusammenkunft der Außenminister der vier Länder zu finden.

Die Regierung Seiner Majestät hat die Note der Regierung der Sowjetunion vom 3. November 1950 sorgfältig geprüft. Zu ihrem Bedauern mußte sie feststellen, daß die in dieser Note vorgeschlagene Grundlage nicht solcher Art ist, daß sie eine Aussicht für eine echte

Lösung der Probleme bieten würde. Eine Prüfung der Frage der Entmilitarisierung Deutschlands, wie sie in der sowjetischen Note vorgeschlagen ist, würde zur Beseitigung der Ursachen der gegenwärtigen Spannung nicht genügen. Die einzige derzeit bestehende deutsche Militärmacht ist diejenige, welche seit vielen Monaten in der Sowjetzone aufgestellt wurde und nach militärischen Gesichtspunkten mit Artillerie und Panzern ausgebildet wird. Wenn die Beteiligung deutscher Einheiten an der Verteidigung Westdeutschlands erwogen wird, so einzig und allein deshalb, weil die Politik und die Maßnahmen der Sowjetunion die anderen Nationen zwingen, alle Möglichkeiten zur Stärkung ihrer eigenen Sicherheit zu prüfen. Im Gegensatz zu den im Prager Kommuniqué enthaltenen völlig falschen Behauptungen ist die Regierung Seiner Majestät im Einvernehmen mit den Regierungen Frankreichs und der Vereinigten Staaten entschlossen, Westdeutschland niemals, zu keiner Zeit, und unter keinen Umständen zu einer Angriffsbasis werden zu lassen. Angesichts der oben erwähnten, in Ostdeutschland betriebenen Wiederaufrüstung hat die Regierung Seiner Majestät jedoch nicht das Vertrauen, daß das gleiche für den unter sowjetischer Besatzung stehenden Teil Deutschlands gilt.

Es ist des weiteren unmöglich, eine gerechte Lösung der deutschen Probleme auf der Grundlage des Prager Kommuniqués ins Auge zu fassen. Dieses Kommuniqué enthält weder neue noch konstruktive Aspekte, und die darin vorgeschlagenen Lösungen werden von der Mehrheit des deutschen Volkes abgelehnt. Es enthält im wesentlichen nicht mehr als eine Wiederholung bereits früher gemachter Vorschläge, die, wie sich nach eingehender Prüfung herausstellte, keine Grundlage für eine konstruktive Lösung des deutschen Problems enthielten. Um die jetzige Spaltung Deutschlands zu beenden, hat die Regierung Seiner Majestät gemeinsam mit den Regierungen Frankreichs und der Vereinigten Staaten mehr als einmal Vorschläge zur Wiederherstellung der deutschen Einheit durch freie Wahlen unter internationaler Ueberwachung gemacht. Diese Vorschläge wurden dem Vorsitzenden der sowjetischen Kontrollkommission durch Schreiben der drei Hochkommissare am 25. Mai 1950 und am 29. Oktober 1950 übermittelt. Diese Schreiben sind nicht beantwortet worden.

Weder die Frage der deutschen Remilitarisierung noch das deutsche Problem als ganzes ist die Wurzel der derzeitigen ernsten Spannung. Sie ist vielmehr in erster Linie die Folge der gesamten Haltung der Regierung der Sowjetunion seit Kriegsende und der daraus sich ergebenden internationalen Entwicklung der letzten Monate. Die Regierungen der vier Mächte würden ihrer Verantwortlichkeit nicht gerecht werden, wenn sie sich in ihren Verhandlungen auf die von der Regierung der Sowjetunion vorgeschlagene enge Grundlage beschränken würden. Deutschland und Oesterreich betreffende Fragen sollten offensichtlich erörtert werden. Die Regierung Seiner Majestät ist jedoch der Ansicht, daß jede Erörterung sich ebenfalls auf die hauptsächlichen Probleme erstrecken sollte, deren Lösung eine echte und dauerhafte Besserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich sowie die Beseitigung der Ursachen der derzeitigen

internationalen Spannung in der ganzen Welt ermöglichen würde.

Die Regierung Seiner Majestät ist bereit, einen Vertreter zu bestimmen, um die im vorhergehenden Absatz erwähnten Probleme zusammen mit Vertretern der Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu prüfen zu dem Zweck, eine für alle Teile annehmbare Grundlage für eine Zusammenkunft der Außenminister der vier Staaten zu finden und ihren Regierungen eine geeignete Tagesordnung vorzuschlagen. Die Anwesenheit von Vertretern der vier Regierungen am Sitz der Vereinten Nationen in New York scheint die zweckmäßigste Gelegenheit zu solch vorbereitenden Besprechungen zu bieten.

Die Regierung Seiner Majestät würde es begrüßen, die Ansicht der Regierung der Sowjetunion über die in dieser Note gemachten Vorschläge entgegenzunehmen.

Quelle: *The Times* vom 23. Dezember 1950. Uebersetzung des Europa-Archivs.

Anmerkung: Der Text der amerikanischen sowie der französischen Note ist mit dem dieser Uebersetzung zugrunde liegenden Text der englischen Note identisch.

Sowjetische Antwort an die Westmächte vom 30. Dezember 1950 (Note an Frankreich)

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bestätigt den Empfang der Note der Regierung Frankreichs vom 22. Dezember, die eine Antwort auf die Note der Sowjetregierung vom 3. November dieses Jahres zur Frage der Einberufung des Rates der Außenminister darstellt, und hat im Auftrage der Sowjetregierung die Ehre, folgendes zu erklären:

1. Die Sowjetregierung hat in der Note vom 3. November vorgeschlagen, den Rat der Außenminister Frankreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und der Sowjetunion einzuberufen, um die Frage der Durchführung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz über die Entmilitarisierung Deutschlands zu erörtern. Bei diesem Vorschlag ging die Sowjetregierung von der Notwendigkeit aus, nicht einfach eine Beratung von vier Ministern nur mit dem Zweck der Konsultation über diese oder andere Fragen durchzuführen, sondern von der Notwendigkeit, den Rat der Außenminister gerade zur Erörterung jener Fragen einzuberufen, die zur Kompetenz des Außenministerrats in der gegenwärtigen Zusammensetzung gehören. Dabei hielt es die Sowjetregierung für notwendig, vor allem die Frage der Entmilitarisierung Deutschlands als die brennendste Frage für Europa zu erörtern.

Die Sowjetregierung ist nach wie vor der Ansicht, daß die Frage der Entmilitarisierung Deutschlands das wichtigste Problem für die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit ist und die ureigensten Interessen der Völker Europas und vor allem jener Völker berührt, die die Opfer der Hitleraggression waren. Die Sowjetregierung erklärt sich damit einverstanden, auch andere Deutschland betreffende Fragen zu erörtern, was der in der Note vom 3. November dargelegten Haltung der sowjetischen Regierung und der Prager Erklärung der acht Länder entspricht.

Die Sowjetregierung erhebt keine Einwendungen gegen

den Vorschlag, eine Vorberatung der Vertreter Frankreichs, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion einzuberufen, um eine Tagesordnung für die Tagung des Außenministerrates auszuarbeiten. Es versteht sich von selbst, daß es nicht zu den Aufgaben einer solchen Vorberatung gehört, die Fragen zu erörtern, die auf der Beratung der vier Außenminister selbst behandelt werden sollen.

Was den Tagungsort einer Vorberatung betrifft, so schlägt die Sowjetregierung vor, daß eine solche Beratung nicht in New York, sondern in Moskau, Paris oder London stattfindet, da die Durchführung einer solchen Beratung in einer der angeführten Hauptstädte zweifellos praktisch manche Bequemlichkeiten für die Mehrzahl ihrer Teilnehmer bietet.

2. Die Behauptung der Regierung Frankreichs, daß die in der Prager Erklärung dargelegten Vorschläge nicht als Grundlage für eine positive Lösung des deutschen Problems dienen können, ruft berechtigtes Befremden hervor, da diese Behauptung vor der Erörterung der erwähnten Vorschläge durch die vier Mächte aufgestellt wurde. Die Behauptung der französischen Note aber, daß diese Vorschläge angeblich von der Mehrheit des deutschen Volkes abgelehnt wurden, sind zum mindesten unmotiviert und entsprechen in keiner Weise der wirklichen Lage. Auf jeden Fall kann man sich leicht davon überzeugen, daß die Vorschläge der Prager Beratung in breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung, darunter auch der Bevölkerung Westdeutschlands, große Sympathien gefunden haben.

Was jedoch die in der Note der Regierung Frankreichs enthaltene Bemerkung bezüglich der Schreiben der Hohen Kommissare an den Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission zur Frage der Durchführung gesamtdeutscher Wahlen betrifft, so sind diese Schreiben eine nichtssagende Äußerung zu einem Problem, das für das deutsche Volk große Bedeutung hat. Diese Frage war Gegenstand wiederholter Erörterungen durch die Regierungen der vier Mächte. Die Haltung der Sowjetunion in dieser Frage ist gut bekannt.

3. Aus den veröffentlichten Angaben ist ersichtlich, daß die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs in Westdeutschland eine reguläre deutsche Armee aufstellen, wobei sie nicht irgendwelche Polizeiaeinheiten formieren, wie die Außenminister der drei Westmächte offiziell erklärten, sondern ganze Divisionen. Bekannt ist auch, daß in letzter Zeit die Vertreter der Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs mit der Adenauer-Regierung Verhandlungen über die Anzahl der in Aufstellung begriffenen deutschen Divisionen sowie über ihre Bewaffnung bis zu Panzern und schwerer Artillerie und über die Eingliederung dieser Divisionen in die sogenannten „Vereinigten Streitkräfte“ führen.

Die Versuche, diese Maßnahmen mit Hinweisen auf die Notwendigkeit der Festigung der Sicherheit der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und anderer Staaten Europas zu bemänteln, sind offensichtlich haltlos, da niemand diese Staaten bedrohte oder bedroht. Um so haltloser sind die in der Note der französischen Regierung unternommenen Versuche, die Pläne über die Remilitarisierung Westdeutschlands mit dem Hinweis auf eine angeblich in Ostdeutschland vor sich gehende

Wiederaufrüstung zu rechtfertigen. Alles, was in bezug auf diese Frage in der Note der Regierung Frankreichs angeführt wird, ist von A bis Z erfunden und entspricht in keiner Weise der Wirklichkeit. In der Note der Sowjetregierung vom 19. Oktober wurde bereits darauf hingewiesen, daß solche Erklärungen der Regierungen der drei Mächte jeglicher Begründung entbehren.

4. Die Note der französischen Regierung vom 22. Dezember läßt annehmen, daß sie mit dem Vorschlag der Sowjetregierung über eine gemeinsame Erörterung der Frage der Entmilitarisierung Deutschlands durch die vier Mächte einverstanden ist. Die Sowjetregierung mißt dieser Frage große Bedeutung bei, da die Durchführung der Entmilitarisierung Deutschlands nicht nur im Potsdamer Abkommen vorgesehen ist, sondern auch eine wichtige Voraussetzung zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa bleibt und auch den nationalen Interessen des deutschen Volkes selbst entspricht.

Es ist indessen allgemein bekannt, daß in letzter Zeit gerade die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs alle möglichen Maßnahmen zur Wiederaufstellung der regulären deutschen Armee und zur Wiederherstellung der Rüstungsindustrie in Westdeutschland treffen und bereits offiziell Verhandlungen in diesen Fragen mit der Adenauer-Regierung führen, wodurch die Bestrebungen gewisser aggressiver Kreise zum Ausdruck gebracht werden, die Völker Europas vor vollendete Tatsachen zu stellen. Es besteht keine Notwendigkeit, nachzuweisen, daß dieses Verhalten der Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens in offensichtlichem Widerspruch zu den Verpflichtungen steht, die diese Regierungen in bezug auf die Notwendigkeit der Durchführung einer Entmilitarisierung Deutschlands übernommen haben und daß es ernsthafte Hindernisse bei der Lösung jener Fragen schaffen muß, die vom Außenministerrat, dessen Einberufung aus irgendeinem Grunde immer weiter und weiter hinausgezögert wird, erörtert werden sollen.

Gleichlautende Noten wurden an die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten gesandt.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 3. Januar 1951.

*Antwortnote der drei Westmächte vom
23. Januar 1951 (Text der amerikanischen Note)*

Der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten hat die Ehre, den Empfang der Note des sowjetrussischen Außenministeriums vom 30. Dezember 1950 zu bestätigen, und ist von seiner Regierung angewiesen, folgende Antwort zu übermitteln:

Es ist die Absicht der Regierung der Vereinigten Staaten, einen Weg zur Lösung der bestehenden internationalen Spannungen zu suchen und durch Besprechung aller Probleme, die den Weltfrieden gefährden können, die grundlegenden Differenzen zwischen den Nationen zu beseitigen. Die Regierung der Vereinigten Staaten beschränkt sich daher in dieser Antwort darauf, noch einmal die Frage zu behandeln, auf welcher Grundlage solche Verhandlungen stattfinden können. Sie sieht davon ab, im einzelnen die Behauptungen zu widerlegen, die in der sowjetischen Note über verschiedene Punkte — vor allem im Zusammenhang mit Deutschland — aufgestellt wurden. Wie die Regierung der Vereinigten Staaten schon

verschiedentlich dargelegt hat, besonders in ihrer Note vom 22. Dezember 1950, sind diese Behauptungen vollständig grundlos.

Was den Hauptteil der Note der Sowjetregierung betrifft, nimmt die Regierung der Vereinigten Staaten zur Kenntnis, daß die Sowjetregierung keine Einwände gegen eine vorbereitende Konferenz von Vertretern der vier Regierungen erhebt. Im Hinblick auf andere in der sowjetischen Note enthaltenen Stellen erachtet es die Regierung der Vereinigten Staaten jedoch für notwendig, die Sowjetregierung um eine Klarstellung zu ersuchen, damit Mißverständnisse vermieden werden und die vorbereitende Konferenz zweckvolle Arbeit leisten kann.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erklärte in ihrer Note vom 22. Dezember 1950, daß der sowjetische Vorschlag für eine Außenministerkonferenz, die sich auf eine Diskussion der Demilitarisierung Deutschlands im Zusammenhang mit den sogenannten Prager Beschlüssen beschränken sollte, nicht annehmbar ist, und zwar aus Gründen, die in der Note dargelegt waren. Die amerikanische Note machte insbesondere den Vorschlag, daß die Konferenz der Außenminister nicht nur deutsche und österreichische Fragen behandeln solle, sondern auch jene grundsätzlichen Probleme, deren Lösung eine wirkliche und dauerhafte Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich ermöglichen und die Ursachen der gegenwärtigen internationalen Spannungen in der ganzen Welt beseitigen würde.

In ihrer Antwort beschränkte sich die Sowjetregierung darauf, sich zu einer Diskussion der Deutschlandfragen bereit zu erklären. In diesem Zusammenhang bezieht sich die Note der Sowjetregierung wiederum auf die sogenannten Prager Beschlüsse, obwohl die Regierungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens eindeutig erklärt hatten, daß sie unter keinen Umständen diese Beschlüsse als Beschränkung oder als Diskussionsgrundlage anerkennen könnten.

Die Note der Sowjetregierung läßt daher nicht erkennen, ob diese sich damit einverstanden erklärt, daß die Konferenz der Außenminister der vier Staaten sich mit den anderen Fragen beschäftigen soll, die in der Note der Vereinigten Staaten dargelegt wurden. Die Regierung der Vereinigten Staaten betont, wie schon in ihrer Note vom 22. Dezember 1950 erklärt wurde, daß die Spannung, die heute in der Welt besteht, nicht von dem deutschen Problem herrührt. Eine Diskussion, die sich auf die von der Sowjetregierung vorgeschlagenen Fragen beschränken würde, wäre daher ungenügend und unrealistisch.

Die Regierung der Vereinigten Staaten würde es daher begrüßen, wenn sich die Sowjetregierung damit einverstanden erklärt, daß die Außenminister auch die anderen oben erwähnten Fragen und Probleme besprechen.

In ihrer Note vom 22. Dezember 1950 machte die Regierung der Vereinigten Staaten außerdem den Vorschlag, daß Vertreter der vier Regierungen ernannt werden sollen, um diese Probleme gemeinsam zu untersuchen, eine für alle Beteiligten annehmbare Grundlage für eine Außenministerkonferenz zu finden und ihren Regierungen eine geeignete Tagesordnung vorzuschlagen.

Es ist die Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten, daß diese Vertreter sich auch mit allen in diesem

Zusammenhang auftauchenden Problemen und Fragen befassen sollten, damit eine geeignete Formulierung und Reihenfolge für die Tagesordnung und für die schon erwähnte allseitig annehmbare Grundlage gefunden werden kann. Es sollte nicht die Aufgabe der Vertreter sein, den Versuch zu einer Lösung dieser Probleme zu machen. Diese Aufgabe soll den Ministern vorbehalten bleiben.

Obwohl die Note der Sowjetregierung erklärt, daß die Sowjetunion keine Einwände gegen die vorbereitende Konferenz der Vertreter der vier Regierungen erhebt, bleibt es doch ungeklärt, besonders in Hinsicht auf andere Stellen der Note, ob die Sowjetregierung damit einverstanden ist, daß eine solche vorbereitende Konferenz die oben definierte Aufgabe haben soll. Die Regierung der Vereinigten Staaten würde es daher begrüßen, zu erfahren, ob die Ansicht der Sowjetregierung in dieser Angelegenheit dieselbe ist wie die der Regierung der Vereinigten Staaten.

Was den Tagungsort der vorbereitenden Konferenz anbelangt, ist die Regierung der Vereinigten Staaten bereit, sich mit Paris einverstanden zu erklären.

Die Regierung der Vereinigten Staaten wiederholt ihren Vorschlag vom 22. Dezember und hofft, daß die Sowjetregierung bereit ist, über die Beseitigung der hauptsächlichsten Ursachen für die gegenwärtigen internationalen Spannungen zu verhandeln, und daß sie dementsprechend ihre Zustimmung zu den oben erwähnten Punkten gibt. Sollte dies wirklich der Fall sein, ist die Regierung der Vereinigten Staaten bereit, zusammen mit den Regierungen von Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion das Datum für die vorbereitende Konferenz der Vertreter festzulegen.

Quelle: *Die Neue Zeitung* vom 25. Januar 1951

Note der Sowjetunion an die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens vom 15. Dezember 1950

In der Note vom 3. November dieses Jahres hat sich die Sowjetregierung an die Regierung Frankreichs sowie an die Regierung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten mit dem Vorschlag gewandt, den Rat der Außenminister der vier Großmächte zur Behandlung der Frage der Einhaltung des Potsdamer Abkommens hinsichtlich der Entmilitarisierung Deutschlands einzuberufen.

Da die Frage der Entmilitarisierung Deutschlands im direkten Zusammenhang mit dem französisch-sowjetischen Freundschafts- und Beistandsvertrag steht, erachtet es die Sowjetregierung für notwendig, die französische Regierung auf folgendes aufmerksam zu machen:

Im Verlaufe der letzten Monate wurden zwischen den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten unter Beteiligung einiger anderer Regierungen Verhandlungen über die Einbeziehung Westdeutschlands und seiner bewaffneten Kräfte sowohl in die westeuropäische als auch in die nordatlantische Mächtegruppierung geführt, über deren aggressiven Charakter die Regierung der Sowjetunion ihren Standpunkt bereits bekanntgegeben hat. Zu diesem Zweck wurde, wie allgemein bekannt, eine ganze Reihe von Beratungen der Außenminister und ihrer Stellvertreter sowie der Kriegsminister und der Generalstabschefs der erwähnten Mächte abgehalten.

Die vorhandenen Unterlagen lassen die Behauptung

zu, daß die Regierung Frankreichs mit den anderen Regierungen über die Wiederherstellung einer deutschen Armee in Westdeutschland, über die Einstellung vieler Hitlergenerale und -offiziere in diese Armee sowie über Maßnahmen zur Wiederherstellung der Kriegsindustrie, darunter der Kriegsindustrie des Ruhrgebietes, die mehrmals die Grundlage für die Wiedergeburt des deutschen Militarismus und der deutschen Aggression gewesen ist, bereits ein Uebereinkommen getroffen hat. Gegenwärtig ist man bereits dazu übergegangen, Einzelheiten dieses Abkommens zu erörtern.

Unter anderen Fragen wird die Festsetzung der Gesamtstärke der Armee in Westdeutschland erörtert. Wie aus veröffentlichten Berichten bekannt ist, gehen die Generalstabschefs der Mitgliedstaaten des Nordatlantikpaktes davon aus, daß die westdeutsche Armee zunächst ein Fünftel aller Streitkräfte der nordatlantischen Mächtegruppierung ausmachen wird, was der westdeutschen Armee Tür und Tor öffnet, unter den Streitkräften der westeuropäischen Länder eine dominierende Stellung einzunehmen. Dabei werden auch die Stärke der deutschen Divisionen und Brigaden, ihre Ausrüstung mit schweren Waffen einschließlich Panzern und auch andere konkrete Fragen der Neuaufstellung der deutschen Armee erörtert.

Gleichzeitig ist bekannt, daß sich solche Leute wie *Adenauer* und *Schumacher* bereits offen gegen die Potsdamer Beschlüsse zur Entmilitarisierung Deutschlands wenden und unter dem Vorwand der Gleichberechtigung mit den anderen Teilnehmern der nordatlantischen Mächtegruppierung schwere Waffen aller Art für die westdeutsche Armee, die Wiederherstellung des deutschen Generalstabes und der Kriegsindustrie in Westdeutschland fordern, ohne sich im geringsten davor zu scheuen, von Vorbereitungen zu einem neuen Krieg in Europa zu sprechen. Dabei drängt *Adenauer* auf den sogenannten „Aufbau einer europäischen Armee“ und erklärt, daß das „eine Stärkung der Westmächte auf einer etwaigen Viernächte-Konferenz unter Beteiligung der Sowjetunion bedeuten würde!“

Die angeführten Tatsachen zeigen, daß von der Regierung Frankreichs gemeinsam mit den Regierungen der oben erwähnten Mächte ein direktes Militärbündnis mit der Regierung *Adenauer* in Westdeutschland vorbereitet wird. Es ist klar, daß dieser Umstand eine ernste Bedrohung des Friedens darstellt. Diesen Weg zu gehen, heißt, die Lehren der jüngsten Vergangenheit vergessen, die Lehren aus der Geschichte des deutschen Militarismus vergessen und eine Wiederherstellung des deutschen Militarismus zu erreichen suchen, womit sich die Sowjetunion nicht abfinden kann und womit sich die Völker Europas, die die Last der deutschen Aggression und der langen Besetzung während des ersten und des zweiten Weltkrieges getragen haben, nicht abfinden können.

Die Sowjetregierung erachtet es jetzt für notwendig, zu erklären, daß eine solche Haltung der Regierung Frankreichs nicht nur den Potsdamer Beschlüssen über die Entmilitarisierung Deutschlands, denen sich Frankreich angeschlossen hat, widerspricht, sondern auch zu dem Französisch-Sowjetischen Vertrag vom 10. Dezember 1944 in offensichtlichem Widerspruch steht. Das ist schon aus dem Text des „Bündnis- und Beistandsvertrages zwischen

der Sowjetunion und der Französischen Republik“ ersichtlich.

Artikel 3 dieses Vertrages lautet: „Die hohen vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, auch nach Beendigung des jetzigen Krieges mit Deutschland gemeinsam alle notwendigen Maßnahmen zur Beseitigung jeder neuen Gefahr, die von Deutschland ausgeht, zu treffen und solche Handlungen, die irgendeinen neuen Aggressionsversuch von dessen Seite möglich machen würden, zu verhindern“.

Die jetzt in Vorbereitung begriffene Wiederherstellung der westdeutschen Armee mit Hitlergeneralen an der Spitze führt indessen zur Wiedergeburt des deutschen Militarismus und zu dessen unausbleiblichen neuen Aggressionsversuchen, was die Nachbarländer und die anderen friedliebenden Staaten Europas nicht außer acht lassen können.

Man darf auch nicht den Artikel 5 des Französisch-Sowjetischen Vertrages vergessen, der lautet:

„Jede der hohen vertragsschließenden Parteien verpflichtet sich, keinerlei Bündnisse einzugehen und sich an keiner Koalition zu beteiligen, die gegen eine der hohen vertragsschließenden Parteien gerichtet sind.“

Entgegen dem Wortlaut und dem Sinn des Französisch-Sowjetischen Vertrages und insbesondere entgegen dem oben angeführten Artikel 5 des Vertrages ist Frankreich der sogenannten Westunion und der nordatlantischen Mächtegruppierung beigetreten, die gegen die Sowjetunion und die anderen friedliebenden Staaten gerichtet sind. Jetzt wird der aggressive Charakter dieser beiden Gruppierungen durch die Tatsache der Einbeziehung Westdeutschlands mit dem Revanchepolitiker *Adenauer* an der Spitze sowohl in die Westunion als auch in die von den Vereinigten Staaten von Amerika geführte nordatlantische Gruppierung unterstrichen.

Es ist vollkommen klar, daß die oben erwähnte Haltung der Regierung Frankreichs hinsichtlich der Wiederherstellung der deutschen Armee im westlichen Teil Deutschlands mit dem Französisch-Sowjetischen Vertrag unvereinbar ist und seine Grundlagen und seine Bedeutung unterhöhlt.

Die Sowjetregierung hat bereits darauf aufmerksam gemacht, daß die Regierung Frankreichs schon früher den Weg der Verletzung und der Unterminierung des Französisch-Sowjetischen Vertrages beschritten hat.

Die Sowjetregierung erachtet es jetzt für notwendig, mit Nachdruck zu erklären, daß die gesamte Verantwortung für die dadurch entstandene Lage auf die Regierung Frankreichs fällt.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 19. Dezember 1950.

Eine Note ähnlichen Wortlauts, in der auf den britisch-sowjetischen Vertrag vom 26. Mai 1942 Bezug genommen wird, wurde auch der britischen Regierung zugesandt. Frankreich und Großbritannien haben die sowjetischen Noten am 5. Januar 1951 getrennt beantwortet und in ihren Noten die Behauptung der sowjetischen Regierung, unter Bezugnahme auf die Vorschläge der drei Westmächte vom 22. Dezember 1950 und die britische Note vom 12. April 1949, zurückgewiesen. Der Wortlaut der britischen und französischen Antwortnoten ist in der *New York Times* vom 8. Januar 1951 und in *Le Monde* vom 9. Januar 1951 wiedergegeben.

Der Brief Grotewohls und die Erklärung Dr. Adenauers zur Frage gesamtdeutscher Besprechungen

An die

Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland
z. H. von Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer

Durch die Spaltung Deutschlands wurde ein nationaler Notstand herbeigeführt, der durch die Remilitarisierung und Einbeziehung Westdeutschlands in die Pläne der Kriegsvorbereitungen verschärft wurde. Das deutsche Volk ist tief beunruhigt über die Bedrohung seiner nationalen Interessen durch die imperialistischen Kräfte.

Angesichts dieser Lage ist die Erhaltung des Friedens, der Abschluß eines Friedensvertrages sowie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vor allem von der Verständigung der Deutschen selbst abhängig. Wir halten eine solche Verständigung für möglich, da das ganze deutsche Volk eine friedliche Regelung wünscht. Es würde den Wünschen aller friedliebenden Deutschen entsprechen, wenn ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands gebildet würde, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden Provisorischen Regierung vorzubereiten hätte und den Regierungen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung unterbreiten würde. Gleichzeitig würde er die genannten Regierungen bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages konsultieren. Ueber diesen Vorschlag kann unter Umständen eine Befragung des deutschen Volkes durchgeführt werden.

Wir glauben, daß der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung übernehmen könnte. So würde die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates sofort die Voraussetzung für die unverzügliche Aufnahme der Beratungen zum Abschluß eines Friedensvertrages schaffen, und gleichzeitig könnte der Rat die Vorbereitungen zur Regierungsbildung treffen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, im Geiste ehrlicher Verständigung über alle Fragen zu verhandeln, die mit der Bildung und den Aufgaben eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates verbunden sind.

Weite Kreise der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland sind der Meinung, daß der nächste Schritt zur Lösung der nationalen Lebensfragen unseres Volkes sein müßte, den vier Besatzungsmächten einen gemeinsamen deutschen Vorschlag zu unterbreiten. Von diesem Willen der friedliebenden Bevölkerung ausgehend, unterbreitet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Bundesrepublik den Vorschlag, Besprechungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zwischen den beiden Regierungen aufzunehmen. Wir schlagen vor, daß dazu von jeder Regierung sechs Vertreter ernannt werden. Ueber Ort und

Zeit könnte zwischen den Staatssekretären der Ministerpräsidenten eine Verständigung erfolgen.

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
O. Grotewohl, Ministerpräsident.

Berlin, den 30. November 1950.

Quelle: „Aktstücke zur Beurteilung des Grotewohlbriefes.“ Veröffentlicht im Auftrage der Bundesregierung. Bonn, Deutscher Bundes-Verlag 1951.

Anm.: Zu diesem Brief bringt das gleiche Weißbuch die folgende Bemerkung:

„Der Wortlaut des vorstehenden Briefes ist in den amtlichen Veröffentlichungen der sowjetzonalen Presse und insbesondere in den in Massen verbreiteten Flugblättern nicht wörtlich wiedergegeben worden. Der erste Satz des dritten Absatzes des Briefes an den Bundeskanzler lautet im Original wie folgt:

„Wir glauben, daß der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung übernehmen könnte.“

In der Veröffentlichung der sowjetzonalen Presse, auch noch in der Neujahrsnummer der Zeitung *Neues Deutschland*, lautet dieser Satz wie folgt:

„Wir glauben, daß der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung einer gesamtdeutschen Wahl für eine Nationalversammlung übernehmen könnte.“

Erklärung des Bundeskanzlers Dr. Adenauer auf einer Pressekonferenz in Bonn am 15. Januar 1951

I. Seit Bildung der Bundesrepublik war das ganze Streben der Bundesregierung auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit und Frieden gerichtet. Die Bundesregierung hat als erste sich zur deutschen Einheit in Freiheit bekannt und konkrete friedliche Wege zur Erreichung dieses Zieles gewiesen. Um nur einen der wichtigsten Schritte zu erwähnen, sei an die Erklärung der Bundesregierung über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen vom 22. März 1950 erinnert. Hierin heißt es:

„Die deutsche Bundesregierung kennt seit ihrem Bestehen keine verpflichtendere Aufgabe als die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Sie ist sich bewußt, daß die erstrebte, ganz Deutschland umfassende staatliche Ordnung aus dem freien Entscheid des gesamten deutschen Volkes kommen muß... Die Bundesregierung richtet aus der Verantwortung heraus, die ihr Präambel und Schlußartikel des Grundgesetzes auferlegen, einen Appell an alle Deutschen, an sämtliche Besatzungsmächte und darüber hinaus an die gesamte Weltöffentlichkeit, dem deutschen Volk bei seiner Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu helfen.“

Der wesentlichste Punkt der Erklärung vom 22. März 1950 besagt: „Nach Erlaß eines Wahlgesetzes durch die vier Besatzungsmächte werden gesamtdeutsche Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung ausgeschrieben.“ Die Voraussetzungen für solche Wahlen sind in der Erklärung wie folgt dargestellt:

- „1. Betätigungsfreiheit für alle Parteien in ganz Deutschland und Verzicht aller Besatzungsmächte, die Bildung und Betätigung politischer Parteien zu beeinflussen.
2. Die persönliche Sicherheit und der Schutz vor wirtschaftlichen Benachteiligungen aller für politische Parteien tätigen Personen muß von allen Besatzungsmächten und deutschen Behörden vor und nach der Wahl gewährleistet sein.
3. Zulassung und Vertriebsfreiheit für alle Zeitungen in ganz Deutschland.
4. Freiheit des Personenverkehrs innerhalb ganz Deutschlands und Fortfall des Interzonenpasses.“

Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung in ihrem Bestreben, die deutsche Einheit wiederherzustellen, stets unterstützt und sie am 14. September 1950 wiederum ersucht, „die Besatzungsmächte in aller Form zu bitten, in allen vier Besatzungszonen freie, allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen zu einem gesamtdeutschen Parlament unter internationaler Kontrolle vornehmen zu lassen.“ Diese Vorschläge waren am 1. Oktober an die Alliierte Hohe Kommission, von dieser am 9. Oktober 1950 an den Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, General *Tschuikow*, weitergeleitet worden. Die Bundesregierung stellt fest, daß von sowjetischer Seite bis heute eine Antwort hierauf nicht erfolgt ist.

- II. Wenn die Behörden der Sowjetzone in dem Schreiben vom 30. November 1950 nunmehr die Wiedervereinigung Deutschlands anzustreben erklären, so ist demgegenüber festzustellen, daß diejenigen, die auf das deutsche Gebiet östlich der Oder und Neiße im Warschauer Abkommen Verzicht geleistet haben, nicht legitimiert erscheinen, von einer Wiedervereinigung Deutschlands zu sprechen.

Für freie, gesamtdeutsche Wahlen sind nach Ansicht der Bundesregierung die folgenden Voraussetzungen unabdingbar:

1. Den in der Sowjetzone lebenden deutschen Staatsbürgern muß das in einem Rechtsstaat unerläßliche Maß an persönlicher Freiheit und Sicherheit gewährleistet werden.
2. Den in der Sowjetzone lebenden Deutschen und ihren Organisationen müssen die in einem demokratischen Staatswesen üblichen politischen Freiheiten, wie die Freiheit der Versammlung, der Organisation und der politischen Betätigung gewährleistet werden. Hiermit läßt sich das in der Sowjetzone am 16. Dezember 1950 in Kraft getretene sogenannte „Gesetz zum Schutze des Friedens“ nicht vereinbaren; denn wenn auch der Wortlaut dieses Gesetzes sich

gegen „Kriegshetze“ und ähnliche Delikte richtet, so zeigt seine Kommentierung durch die SED-Organen deutlich, daß damit in Wirklichkeit jede freie Meinungsäußerung, insbesondere jede Kritik an den in dem sowjetischen Machtbereich herrschenden Verhältnissen unterdrückt werden soll.

3. Die in der Sowjetzone seit längerem bestehende ständig wachsende Volkspolizeitruppe militärischen Charakters stellt nach Auffassung der Bundesregierung vor allem auf Grund der Tatsache, daß sie Werkzeug eines fremden Willens ist, eine Bedrohung der deutschen Bevölkerung dar. Auf dem Gebiet der Bundesrepublik besteht eine solche Volkspolizeitruppe nicht. Bei einer freiheitlichen gesamtdeutschen Lösung ist kein Platz für ein von einer fremden Macht gesteuertes Parteiinstrument.

- III. Die Bundesregierung ist sich mit allen Deutschen darin einig, daß nichts unversucht bleiben darf, die deutsche Einheit in Freiheit und Frieden wiederherzustellen. Die Bundesregierung kann aber nur mit denjenigen in Besprechungen über die deutsche Wiedervereinigung eintreten, die willens sind, eine rechtsstaatliche Ordnung, eine freiheitliche Regierungsform, den Schutz der Menschenrechte und die Wahrung des Friedens vorbehaltlos anzuerkennen und zu garantieren.

- IV. Zu den in der Einleitung des Schreibens vom 30. November aufgestellten Behauptungen, daß „die Remilitarisierung und Einbeziehung Westdeutschlands in die Pläne der Kriegsvorbereitung die Spaltung Deutschlands verschärft habe“, stellt die Bundesregierung mit Nachdruck fest: Die unselige Spaltung Deutschlands ist auf das in der Sowjetzone eingeführte der deutschen Tradition und dem deutschen Charakter widersprechende Regierungssystem zurückzuführen, durch das der Bevölkerung dieser Zone jede Möglichkeit einer freien Gestaltung ihres politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens genommen und sie von dem freien Verkehr mit den Brüdern im Westen abgeschnitten ist. Auf diese Weise ist ein Zusammenwachsen Deutschlands auf freiheitlicher Grundlage gewaltsam verhindert. Diese Spaltung wurde durch die Aufstellung einer starken Volkspolizeitruppe verschärft, die um so schwerwiegender ist, als sie einen Teil der außerordentlichen militärischen Machtentfaltung der sowjetrussischen Besatzungsmacht darstellt. Demgegenüber hat sich die Bundesregierung, wie den Behörden der Sowjetzone nicht unbekannt geblieben sein kann, bis jetzt jeder militärischen Maßnahmen enthalten.

Bonn, den 15. Januar 1951.

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Mitteilung an die Presse Nr. 38/51.

Der Christ zwischen Ost und West

Von Helmut Gollwitzer

In unserer Darstellung der Diskussion über den deutschen Verteidigungsbeitrag, die in der letzten Folge des vorigen Jahres erschienen ist, haben wir uns bewußt auf die Darlegung der politischen Problematik beschränkt. Im Anschluß daran erscheint uns der nachstehende Beitrag¹, den wir mit freundlicher Genehmigung des Verlages Christian Kaiser aus der Zeitschrift *Evangelische Theologie*, Oktober 1950, abdrucken, von besonderer Bedeutung. Er arbeitet mit seltener Klarheit den Unterschied heraus, der zwischen der im konkreten Einzelfall notwendigen politischen Entscheidung und dem auf das Absolute gerichteten Glauben besteht, ohne dabei den wesensmäßigen Zusammenhang beider Bereiche zu verwischen.

Der Verfasser hat sein persönliches Urteil über die Aufstellung militärischer deutscher Einheiten im Nachwort klar ausgesprochen. Uns geht es an dieser Stelle — das sei ebenso klar gesagt — nicht um die Beurteilung dieser Einzelfrage, die, wie alles in der Politik, der Zeit unterworfen ist, sondern um die Grundhaltung des Beitrages. Sie entspricht so weitgehend den Grundsätzen, aus denen unsere Zeitschrift lebt und gestaltet wird, daß es dem Herausgeber zum persönlichen Bedürfnis wurde, unseren Lesern davon Kenntnis zu geben. Co.

Wir wollen das Thema streng festhalten. Wir wollen vom Christen sprechen, das heißt von uns Einzelnen, von jedem von uns. Wir wollen also nicht eigentlich sprechen von der Kirche und ihrer Stellung zu dem aufwühlenden Problem unserer Tage, zum Ost-West-Problem. Die Kirche wie jeder Einzelne von uns steht unter den Anrufen von beiden Seiten. Beide Seiten verlangen nach der Kirche als Bundesgenossen und erkennen damit auffallenderweise an, daß sie noch ein Institut mit erheblichem Einfluß auf die Massen sei. Der Westen versucht der Kirche klarzumachen, daß die Abwehr des Ostens in ihrem eigenen Interesse liege, ja eine Lebensfrage für sie sei, und daß das Abendland ihr Werk sei, mit dem sie selbst stehe und falle. Der zum Marxismus sich bekennende Osten ruft nicht weniger; seine Taktik ist ja keineswegs so, daß er der Kirche die Liquidierung ankündigt; auch er sucht sie vielmehr zu gewinnen: er preist sich ihr an als das Lager des Fortschritts, als der Weg auf eine gerechte Menschheitsordnung hin, er erinnert deshalb die Kirche an ihre Aufgabe, für den gedrückten Menschen einzutreten, er hält ihr ihr bisheriges Versagen gegenüber dieser Aufgabe vor und ruft sie auf, nun endlich damit zu brechen; er sucht in ihr die „reaktionären“ Kräfte von den „fortschrittlichen“ zu spalten und die kirchlich gebundenen Massen mit sich zu versöhnen. Wir müssen uns klar sein: beide suchen das Unrige, nicht uns; sie

haben ihr Interesse im Auge, wenn sie nach der Kirche rufen.

Ueber solchen Anruf ist unter uns selbst eine heftige Debatte entstanden, welchen Weg die Kirche zu gehen habe. Die Entscheidung des Vatikans auf der einen und des Moskauer Patriarchats auf der anderen Seite geben die beiden gegensätzlichen Möglichkeiten an. Von den unter sich selbst uneinigsten „Religiösen Sozialisten“ über die weithin mißverstandenen Stellungnahmen von Martin Niemöller und Karl Barth bis etwa zu der dezidierten Entscheidung Emil Brunners sind auch im Bereich des evangelischen Teils der Christenheit große Verschiedenheiten und unterschiedliche Kombinationsversuche sichtbar geworden. Es ist sicher nötig, daß wir alle uns überlegen, welche Stellung die Kirche als Gesamtheit einnehmen sollte, zu welcher Stellungnahme wir ihrer Leitung und offiziellen Vertretung raten und von welcher wir sie abhalten sollten. Aber das darf die andere Ueberlegung nicht verdrängen und ersetzen, wie nämlich diese Frage für jeden Einzelnen von uns sich stelle und was jeder Einzelne von uns in dieser Sache tun könne.

Die Frage wird uns vorgestellt als ein schroffer Gegensatz, als ein hartes Entweder — Oder, wobei natürlich ihr geographischer Titel Ost-West eine Abbeviatur ist, die nicht verführen darf, den Gegensatz für einen geographisch bedingten zu halten, wie es in mancherlei geschichtsphilosophischen Spekulationen zu unserem Thema, die sich dann immer um einen angeblich ewigen Kampf des Ostens

¹) Vortrag, gehalten im August 1950 auf dem Kongreß des „Christlichen Friedensdienstes“ in Nürnberg-Stein und in der Evangelischen Akademie in Tutzing/Obbay.

und des Westens bewegen, geschieht. Es sind vielmehr Fronten, die gleichzeitig in einer geographisch erkennbaren und nur an einigen Stellen noch umkämpften Grenzlinie zwischen zwei Imperien und zugleich als weltanschauliche Fronten quer durch alle Völker gehen. Soweit es der Gegensatz zweier Imperien ist, drückte *Stalins* Formel von der möglichen Koexistenz der beiden Systeme eine Hoffnung aus, die heute vielen überholt zu sein scheint. Sie setzt ein Vertrauen und ein gegenseitiges Sich-in-Ruhe-Lassen voraus, für das heute auf beiden Seiten die Bereitschaft fehlt. Auch die historische Erfahrung macht skeptisch gegen die Möglichkeit, daß es ein Dualismus des Friedens und nicht nur eines befristeten Waffenstillstandes sein könne. Muß er nicht durch das Gefälle der unvermeidlichen Macht Tendenzen aus einem kalten in einen heißen Krieg über kurz oder lang umschlagen? Das droht um so mehr, als eben der imperialistische Gegensatz zugleich auch ein ideologischer ist, der je die andere Welthälfte für die eine Seite zum Missionsgebiet macht. So ist die schwere Frage, die sich schon 1939 uns stellte, heute noch viel schwerer zu beantworten; ob es sich nämlich im Grunde um einen Machtkampf handle, in dem die Weltanschauung nur zynisch als Propagandainstrument eingesetzt wird, oder umgekehrt um einen Religionskrieg, in dem die Macht der Durchsetzung der Ideen dient — eine Frage, die wahrscheinlich grundsätzlich gar nicht klar entschieden werden kann.

Der Christ steht dem heute noch kalten, hoffentlich morgen nicht heißen Kampf dieser beiden Giganten gegenüber, von ihnen zur Parteigängerschaft aufgerufen, und fragt sich, wie er sich hierbei verhalten soll. Was ist das aber für ein Mensch: ein Christ?

Nach dem Neuen Testament dürfen wir eine einfache Definition wagen: Ein Christ ist ein Sklave, der in andere Hände übergegangen ist. Er ist losgekauft, so daß er frei ist von den Herren, denen er bisher samt allen Menschen untertan war, und er ist angekauft von einem neuen, guten Herrn, dem er nun ganz gehört, so daß einerseits keiner von den alten Herren — also keine Macht der Erde, weder Menschen noch Tod noch seine eigene Sünde — mehr die Hand an ihn und auf ihn legen kann, andererseits seine Aufgaben nun ganz von diesem neuen Herrn gestellt werden und die Ausrüstung für sie ebenso. Dies beides, sein Losgekauftsein und sein Angekauftsein muß nun deutlich werden in der Art, wie er im Konflikt der großen Weltmächte steht.

Zwei Freiheiten ergeben sich aus diesem Christsein: 1. Weil wir auf Gedeih und Verderb mit unserem neuen Herrn, Christus, verbunden sind, sind wir nicht mehr auf Gedeih und Verderb mit einer der beiden Weltmächte verbunden. Wir sind frei vom

Zwang des Interesses. Ein Fabrikbesitzer oder ein Großbauer mag von vornherein durch sein Interesse in das eine Lager gewiesen sein, und einem Proletarier preist sich das andere Lager als das Lager seiner Interessen an. Ein Christ aber, mag er von Aktien oder von Tagelohn leben, ist frei von der Zwangsläufigkeit, mit der unser materielles Interesse unsere Entscheidungen bestimmen möchte. 2. Damit hängt sofort zusammen: Ein Christ ist frei vom Zwang der Angst. Solange wir noch Angst haben, wehrt sich unser Fleisch und es verwendet in seiner Angst auch das Evangelium als Waffe zur Selbstverteidigung; denn der Angst ist jedes Mittel recht. Der losgekaufte Sklave aber muß wissen: die alten Mächte können mir nichts tun, sie können mir weder wirklich helfen noch mich vernichten. Solange das Interesse ihn band und die Angst ihn trieb, sah er den Kampf der beiden Weltmächte von vornherein als Parteigänger der einen oder anderen Seite. Er war darum bereit, den Gegensatz als einen letzten Gegensatz zu sehen, einen Gegensatz von absoluter Schärfe, in dem Recht gegen Unrecht, Gut gegen Böse, Licht gegen Finsternis kämpfte.

Nun ist er dazu nicht mehr imstande. Nun gibt es für ihn nur noch einen letzten Gegensatz, und der ist nicht lokalisiert in Washington und Moskau, so wenig wie in Wittenberg und Rom, den trägt er vielmehr in sich. Es ist der Gegensatz zwischen dem Sünder und Gott, ein Gegensatz, der überwunden ist durch das Wunder der Versöhnung. Was können alle anderen Gegensätze, die ihn umgeben, dann noch sein? Es sind entweder, gerade wenn sie mit absoluter Schärfe auftreten, Gegensätze der unerlösten Menschheit, die sich im Haß ihrer Religionen, ihrer Ideologien, ihrer Nationalismen usw. austoben. Als solche sind sie nichts anderes als verschiedene Formen, in denen der unerlöste Mensch sich als gerecht gebärdet, anmaßliche Kreuzzüge der Selbstvergötterung und Selbsterlösung; sie sind sich untereinander viel ähnlicher, als sie ahnen, und es gilt für sie alle, daß hier kein Unterschied ist und wir in ihnen allen des Ruhms mangeln, den wir vor Gott haben sollen (Röm. 3, 3). Es ist ein Spiel, in dem der Christ nicht mehr mitspielen kann, dem er grundsätzlich fremd und interesselos gegenübersteht. Oder es sind Gegensätze, die von der Versöhnung nicht aufgehoben sind, die Christus so hat stehen lassen wie er nach der Auferstehung noch die alte Erde stehen ließ, und die auch in die Gemeinde hereinreichen. Daß in der Gemeinde nicht mehr der Gegensatz Griechen—Barbar, Herr—Sklave, Judenchrist—Heidenchrist gilt (Kol. 3, 11) und doch noch weiterbesteht, heißt, daß diese Gegensätze entschärft sind; sie können nicht mehr letztlich trennen, die Bruderschaft nicht mehr hindern, sondern diese entzündet sich vielmehr gerade an ihnen. Wir sprechen dabei mit Bedacht nicht einfach von noch

bestehenden Unterschieden, sondern von Gegensätzen; denn wir wollen ihre reale Härte nicht verharmlosen. Sie gehören zur wahrhaft drückenden Last der Erde, die der Christ noch zu tragen hat, und wirken sich immer wieder als Gegensätze aus — so gewiß zwischen *Onesimus* und *Philemon* nicht nur ein Unterschied, sondern wahrhaftig ein Gegensatz der Interessen bestand, der immerhin den Onesimus zur Flucht trieb und die Fürsprache des *Paulus* bei *Philemon* nötig machte. Der Christ steht nicht einfach über diesen Gegensätzen, er steht in ihnen, immer auch er selbst schon festgelegt auf einer der beiden Seiten. Entscheidend aber ist, wie er in ihnen steht:

1. Er sieht den Gegensatz entschärft. Er gehört je schon zu einer der streitenden Parteien, er vertritt ihre Sache und ihr Interesse mit, er bedenkt ihr Recht mit und sucht es zur Geltung zu bringen. Er erfüllt aber die Ansprüche, die seine Partei an ihn stellt, nicht bedingungslos und nicht total. Er gehört ihr nicht mit Leib und Seele. Er hat seine Brüder auch auf der anderen Seite, und das läßt ihn auch die andere Seite immer wieder neu sehen, das Recht auf der anderen Seite immer mitbedenken. Er denkt also nicht unter der Herrschaft der Freund-Feind-Kategorie, wie sie Carl Schmitt als die Grundkategorie des politischen Kampfes herausanalysiert hat. Das Verhängnisvolle an Carl Schmitts Konzeption, mit der er das Handeln des nationalsozialistischen Staates theoretisch rechtfertigte, war, daß seine Analyse des politischen Verhaltens, das sicher immer vom Freund-Feind-Verhältnis bestimmt ist, ihm unter der Hand zur Norm des politischen Verhaltens wurde, daß also die Sachlichkeit des politischen Handelns von der uneingeschränkten, absoluten Geltung der Freund-Feind-Kategorie abhängig war. Er hat damit in faschistischer Terminologie nur legitimiert, was der Leninismus im Lobpreis der „Unversöhnlichkeit“ und des Kampfes gegen jedes „Versöhnertum“ schon längst praktizierte. Hier entsprang aus dem Gegensatz der Parteien und Programme die wichtigste, die erste und letzte Einteilung der Menschen — für den Christen ergibt sich hier nur eine sehr vorletzte und sekundäre Einteilung. Für ihn saugt der Gegensatz nie die Gemeinsamkeiten auf, für ihn verschwindet auf der Gegenseite nicht der Mensch im Feind, für ihn hebt der Gegensatz nicht alle sonstigen Bindungen und Verpflichtungen gegen den anderen auf, sondern sie bestehen für ihn fort. Er kann und muß immer wieder auch davon absehen, daß der andere der Gegner ist, und in der Art, wie er den Gegensatz austrägt, ist er nicht dem

Diktat des Interesses ausgeliefert, das jedes Mittel heiligt, sondern dem Gebot seines neuen Herrn unterworfen, das immer wieder auch gegen sein Interesse sich richten kann. Die Freund-Feind-Kategorie ist eine Urwaldkategorie. Das Christentum hat im Laufe der abendländischen Entwicklung ihre Geltung eingedämmt, und alle traditionellen Regeln ritterlicher Kriegführung, Institutionen wie Rotes Kreuz und Haager Konvention sind von diesem Damm abhängig. Im Kommunismus wie im Faschismus ist die Menschheit heute eifrig damit beschäftigt, diesen Damm abzutragen: Christsein heißt sofort: ein Stein in diesem Damm gegen den wiederheraufziehenden Urwald zu sein.

2. Der Christ sieht den Gegensatz ernüchtert. Er weiß, daß hier nicht selbstlos für den Sieg des Guten gekämpft wird, sondern daß es sich hier schlicht und nüchtern um einen Kampf der Selbstbehauptung, der Egoismen handelt. Er sieht hinter den großen Worten der Ideen die materiellen Interessen sich verbergen. Ihm ist der moralische Nebel ärgerlich, er wünscht auch von seiner eigenen Partei das klare Eingeständnis, daß es in diesem Kampf jedem um sich selbst geht, und daß es also nicht ein Kampf der Liebe ist².

3. Er steht unbefangen in diesen Gegensätzen. Befangen nennen wir einen Richter, der von vornherein der einen Partei das ganze Recht zuschreibt. Der Christ aber ist nun frei, zu sehen und auszusprechen, was auf der Gegenseite an Wahrheit und Recht vorhanden ist, ebenso wie das Unrecht auf der eigenen Seite. Er steht nicht unter dem Terror der propagandistischen Rücksichten. Er muß nicht die andere Seite verteufeln und die eigene verhimmeln. Er kann anerkennen, was drüben Gutes geschieht; er kann sich daran freuen, wenn sich zeigt, daß auch die drüben nicht so schlecht sind, wie man sie macht. Er wird das Unrecht auf der eigenen Seite nicht aus falscher Solidarität decken; ihm läßt der Schmutz im eigenen Nest weniger Ruhe als der Schmutz im fremden. Er kann den Streitpunkt immer wieder auch von der anderen Seite ansehen, er kann also das üben, was zur wahren Sachlichkeit des politischen Kampfes gehört und was von Carl Schmitt und seinen praktischen Anhängern in allen Lagern immer wieder vergessen wird: er kann Billigkeit üben, das heißt, fragen nach dem, was von beiden Seiten her recht und billig ist.

Das hat im politischen Handeln zweierlei Folgen:

1. Weil der Christ nicht mit Haut und Haaren sich seiner Partei verschreibt, weil seine Partei nicht seine Religion ist, weil er ihr also nur bedingt an-

²) Schon deshalb sollten Christen es sorgsam vermeiden, von der „Verteidigung des christlichen Abendlandes“ zu sprechen. Mag für Nicht-Christen die Christlichkeit des Abendlandes zu den hohen Kulturwerten gehören, die sie mit Waffen verteidigen wollen, — Christen müssen wissen, daß Christliches

nie als Besitz verteidigt, sondern immer nur in selbstlosem Opfer bezeugt werden kann. Darum kann die Christlichkeit des Abendlandes überhaupt nicht verteidigt, sondern nur gelebt werden. Videant Christiani ...!

hängt und nicht bedingungslos recht gibt, weil er also nie Fanatiker sein kann, wird er bei den Eigenen immer wieder als unsicherer Kantonist gelten, er wird bei ihnen anstoßen und unbequem sein. H. J. Jwands Ruf: „Die bekennende Kirche steht immer in der Opposition“ umschreibt ein wesentliches Gesetz für das politische Handeln des Christen.

2. Der Christ ist auch im politischen Handeln ein Mensch der Versöhnung. Das heißt nicht, daß er ein Mensch des faulen Friedens und des grundsätzlichen Nachgebens wäre. Er wird stets den wichtigen Unterschied zwischen Vergeben und Nachgeben bedenken müssen. Er ist keineswegs unfähig zu klarer Abgrenzung und hartem Widerstand. Es kann ihm geboten sein, unnachgiebig zu kämpfen, Krieg zu führen und keinen Schritt zu weichen. Wenn der Bericht wahr ist, daß *Chamberlain* und *Halifax* bei dem Münchner Abkommen 1938 stark von christlichen Motiven bewegt gewesen seien, so wäre bei ihnen zu fragen, ob es die rechte christliche Einsicht war, in der sie damals den Frieden um jeden Preis erhalten zu müssen glaubten. Entscheidend aber ist, daß für den Christen auch der härteste Kampf, wie *Augustin* so schön gezeigt hat, immer den Frieden zum Ziel hat, und daß heißt: weder die Vernichtung des anderen noch auch nur seine bedingungslose Unterwerfung, sondern sein Geneigtwerden zu einem Ausgleich nach Billigkeit. Wir diskutieren häufig die Frage nach der Bedeutung der Moral für die Politik viel zu kasuistisch (ob ein Staatsmann lügen, Verträge brechen darf usw.). In Wirklichkeit entscheidet sich das alles an der Grundfrage, was der Kampf für ihn ist: der Weg zum Frieden mit dem Gegner oder zum Auslöschen der Existenz oder mindestens des Willens des Gegners — und was der Gegner für ihn ist: nichts als der Feind, der Austilgungswerte, der, gegen den jedes Mittel recht ist, oder der, mit dem ich zusammenleben soll und will, dem gegenüber ich also heute nur Mittel anwenden darf, die unser morgiges Zusammenleben nicht von vornherein unmöglich machen — einer, der ebenfalls mit relativem Recht und mit nur relativem Unrecht kämpft, genau so wie ich. Das gilt überall, wo der Christ am politischen Handeln beteiligt ist, und wir sind es ja alle, ob wir nun an leitender Stelle stehen oder als kleine Staubkörner zu der Masse gehören, mit der die Politiker ständig agieren.

Wie konkret diese scheinbar sehr allgemeinen Bestimmungen, die wir uns bisher klargemacht haben, in Wirklichkeit sind, können wir sofort sehen, wenn wir nur bedenken, in welchen Gegensatz zu den offiziellen Forderungen heute ein Christ in den Oststaaten gerät, wenn er sich in der geschilderten Weise christlich zum Ost-West-Problem verhält. Es sind aber genug Anzeichen dafür vorhanden, daß ein Christ im Westen in eine nicht weniger lebensgefährliche Lage geraten kann, wenn er heute und morgen

auf solche Weise im politischen Leben Christ ist. Zugleich hätte ein solches Handeln aber unmittelbare und vielleicht folgenreiche politische Bedeutung. Die Psychologie des kalten Krieges ist nur dem verständlich, der auf beiden Seiten die Dämonie der Angst bei der Führung nicht weniger als bei den Geführten wirksam sieht. Eine Christenheit, die sich christlich verhält, schafft Barrieren gegen den Präventivkrieg, hindert die Zwangsläufigkeit der Entwicklung vom kalten zum heißen Krieg, zerstört die beiderseitige Kreuzzugsheuchelei, fördert die Ausnützung aller Chancen zur Beseitigung von Gefahrenpunkten, wehrt der bedenklichen Macht der Prestigeegründe, die immer durch angebliches „Nicht-mehr-Zurückkönnen“ die Ausgleichschancen versäumen lassen. Wenn aber Gott in seinem gerechten Gericht den Umschlag vom kalten zum heißen Krieg zuläßt, dann wird es für ungezählte Opfer dieses Krieges von rettender Bedeutung sein, ob sie im feindlichen Lager auf Menschen stoßen, die in solcher Weise sich christlich verhalten.

Wir haben bisher den Christen gesehen, wie er „zwischen“ Ost und West steht, das heißt, angesichts der beiden Lager als Fremdling und Pilgrim (1. Petr. 2, 11), in keinem beheimatet und doch an ihrem Gegensatz beteiligt ihnen gegenübersteht. Wir stehen nicht „zwischen“ Ost und West in einer gleichgültigen Neutralität; unsere „Bürgerschaft im Himmel“ (Phil. 3, 20) heißt nicht, daß wir dem zusehen könnten wie die Bürger eines anderen Sterns. Wir leben alle je schon im Osten oder im Westen. Diese Gebundenheit durch unseren jeweiligen Standort ist eine Grenze, die von uns nicht genug bedacht werden kann. Weil sie vielfach ungenügend bedacht wird, stehen sich die Christen der beiden Welthälften oft verständnislos und mißtrauisch gegenüber und vermögen ihre oft so gegensätzlichen Entscheidungen nicht als christliche zu erkennen und anzuerkennen. Der Idealismus steckt uns allen tief im Blute. Immer wieder verwechseln wir den christlichen Gehorsam mit der Realisierung einer Idee, in unserem Falle also einer christlichen Staatsidee, und halten deshalb Entscheidungen des anderen, die sich nicht als Dienst an der Verwirklichung unserer gemeinsamen Idee verstehen lassen, für Versagen und Bruch unserer Gemeinschaft, obwohl es sein könnte, daß sie gerade seine Weise des konkreten Gehorsams sind. Der Christ im Osten ist von unserem gemeinsamen Herrn anders gefordert, seine ihm nicht abgenommene politische Verantwortung konkretisiert sich ganz anders als die des Christen im Westen. Ob ein totalitäres Regime erst zur Diskussion steht oder schon herrscht, schafft einen tiefgreifenden Unterschied in der Art, wie wir nach unserem christlichen Gehorsam gefragt sind und wie wir ihn praktizieren. Wir werden nicht ablassen dürfen, uns gegenseitig ernst zu fragen; wir werden aber

nur sehr vorsichtig und zurückhaltend uns gegenseitig beurteilen dürfen. Vergessen wir das, so werden wir uns nicht wundern dürfen, wenn der Bruder im anderen Lager in unseren Vorwürfen, Forderungen und Zumutungen nicht die Stimme unseres gemeinsamen Herrn, sondern nur die Stimme unserer Partei erkennen kann. Darum schildern wir im Folgenden getrennt die Lage des Christen im Osten und im Westen und erwägen die politische Verantwortung des Christen im Westen so, daß daraus nicht unmittelbare Schlüsse auf das, was der Christ im Osten tun soll, gezogen werden dürfen.

Was heißt es, heute als Christ im Osten zu leben? Wir versuchen das durch Hervorhebung einiger Punkte zu bestimmen³:

1. Der Christ existiert im Osten als ein Mensch, der die Sünden der Kirche büßt. Sie werden ihm vorgehalten; alles, was sie je versäumt oder an Unrecht gedeckt hat, wird ihm vorgerechnet. Es sind welche aufgestanden, die angeben, daß sie mit dem Unrecht der Welt sich nicht abfinden, wie die Kirche immer wieder sich mit ihm abgefunden hat. Er kann ihnen nicht bestreiten, daß in vielen von ihnen eine Empörung über die Unmenschlichkeit der Gesellschaft lebt, die in der Kirche zuerst lebendig sein sollte. Er kann ihnen gegenüber die Kirche nicht einfach verteidigen. Er sieht sich selbst in einen Aufbruch gerufen, in dem er die alte, belastete Kirche hinter sich lassen und zu einer erneuerten Kirche vorstoßen will. Er kann sich darum als Christ nicht einfach aus dem Osten nach dem Westen sehnen. Er steht vielmehr mit tiefem Mißtrauen gerade auch gegen den „christlichen“ Westen. Er will nicht die Fünfte Kolonne des Westens im Osten sein. Wir im Westen werden uns sehr hüten müssen, ihm das zumuten zu wollen. Wir werden vielmehr zu bedenken haben, daß jede Bundesgenossenschaft mit westlichem Unrecht, in die wir uns hier einlassen, ihm dort die Last der Sünde der Kirche, die er zu tragen hat, vermehrt.

2. Der Christ im Osten ist ein Mensch, dem die Freiheit als Unverbindlichkeit genommen ist und der nur noch in der Freiheit der Entscheidung existiert. Er ist ganz auf Christus geworfen. Er lebt davon, daß er seinem Wort traut. Seine Freiheit besteht darin, daß er es sich nicht nehmen läßt, der Sklave seines neuen Herrn zu sein. Die Freiheit der Persönlichkeit, deren der Westen sich gegen den Osten rühmt, ist die Freiheit der Unverbindlichkeit, die Freiheit des Käufers im Kaufhaus, der den Genuß der Auswahl hat. Wir können täglich ungehindert wählen unter dem reichlichen Angebot von Welt-

anschauungen und Lebensweisen, und wir freuen uns dieser Wahlfreiheit so, daß viele gerade in der Unverbindlichkeit die eigentliche Menschenwürde verteidigen zu müssen meinen. Es war bezeichnend, daß kürzlich auf dem großen Intellektuellenkongreß in Berlin, wo in jeder Stunde dutzende Male das Wort Freiheit fiel, fast nur der Katholik Eugen Kogon und der Protestant Denis *de Rougemont* daran erinnert haben, daß der eigentliche Sinn der persönlichen Freiheit in der Selbstverantwortung liegt. Die Freiheit der Wahl, die der Westen tatsächlich heute zu verteidigen hat, ist schlicht zu umschreiben als die Unabhängigkeit von der Willkür eines anderen Menschen. Keineswegs schlechthin frei, sondern vielmehr unter dem Gesetz des Staates wie unter allen möglichen Beeinflussungen und Abhängigkeiten stehend, bin ich doch frei von dem willkürlichen Eingriff eines anderen mächtigeren Menschen in mein Leben⁴. Diese Freiheit ist dem Menschen im Osten genommen. Um so entschiedener ist er geworfen auf die Freiheit, die Christus seinem angekauften Sklaven gibt und die ihm keiner nehmen kann. Er ist also — und das ist sein existentieller Vorzug gegenüber dem Menschen im Westen — frei nicht im ängstlichen Schutz seiner Ungebundenheit, sondern frei allein in seiner Bindung an Christus.

3. Der Christ im Osten ist der Mensch, dem allein noch die Gemeinde Christi wirklicher Lebensraum ist. Er kann außerhalb und ohne die Gemeinde nicht mehr sein; allein in der Gemeinde findet er noch den Raum, in dem der Mensch nicht überfahren wird, in dem seine Würde geachtet wird, in dem es noch Vertrauen von Mensch zu Mensch gibt, ein offenes Wort noch gewagt werden kann, das Beichtgeheimnis lebenswichtig geworden ist, in dem er noch Verständnis und vor allem Vergebung findet. Denn er lebt in realer Weise nur noch von der Vergebung, da er ja nicht mehr in der Täuschung seiner Anständigkeit leben kann; denn auch er, der Christ, lügt, wird täglich zu Lügen, Schleichwegen, Vortäuschungen gezwungen und kann Mensch sein nur noch, wenn es Vergebung gibt.

4. Der Christ im Osten ist der Mensch, der das Wunder der reinigenden Macht der Wahrheit erfährt. In einer Welt, in der die Lüge staatliches Gebot ist und immer wieder auch ihn ergreift, ist er eingeladen, es immer wieder mit der Wahrheit zu wagen. Er erlebt Zeichen und Wunder, wenn er es mit ihr wagt, und erfährt den tiefen Trost Christi, wenn er für sie leidet.

5. Der Christ im Osten „sucht der Stadt Bestes“.

³) Wir sind uns auch hier der eben erwähnten Grenze des Standorts sehr bewußt: die Bestimmung erfolgt aus der Sicht vom Westen her und könnte vom Osten her sicher sehr wesentlich ergänzt werden.

⁴) Genauer: staatsrechtlich geschützt vor der willkürlichen

Anwendung staatlicher Machtmittel durch andere Menschen, die über sie verfügen. Es handelt sich um das, was der Engländer — sprachlich glücklicher als wir durch den Besitz von zwei verschiedenen Worten für unser Wort „Freiheit“ — unter *liberty* im Unterschied zu *freedom* versteht. Vgl. dazu Herbert Read in: *Der Monat*, 1950, S. 373.

Diese Mahnung, die der Prophet *Jeremias* den exilierten Juden in Babylon schreibt (Jer. 29, 7), gilt auch für ihn. Er tut seine staatsbürgerliche Pflicht, er beteiligt sich am gesellschaftlichen Aufbau. Er sieht sich freilich ständig der beunruhigenden Frage ausgesetzt, worin denn nun eigentlich „der Stadt Bestes“ bestehe, ob es nicht vor allem andern in einem Sturz des gegenwärtigen Systems bestehe, ob er an diesem Sturz nicht mitarbeiten müsse, ob er also mit seiner Pflichterfüllung nicht gerade das Falsche tue, nämlich zur Stabilisierung des gegenwärtigen, antichristlichen Systems beitrage. Er sieht sich die Pflicht zur Resistenz und zur Sabotage vorgehalten. Er weiß auch, daß der Grenzfall tatsächlich eintreten kann, daß der Stadt Bestes nur noch in einem totalen Widerspruch gegen das herrschende Regime, nur noch in Illegalität und Resistenz gesucht werden kann (20. Juli 1944). Aber er ist durch Christus dem Diktat der logischen Konsequenz entnommen. Zwischen Röm. 13 und Apok. 13 stehend, kann er heute dem System, das Gott über ihn hat kommen lassen, Treue und Gehorsam leisten und die angebliche Pflicht zum Widerstand ablehnen, die ihm morgen, im Grenzfall, doch zur Pflicht werden kann. Kann der Christ im Westen das Aufkommen des totalen Systems nicht wünschen und muß es deshalb zu hindern suchen, weil es den übergeordneten Anspruch des göttlichen Gebotes grundsätzlich bestreitet, so kann der Christ im Osten dem totalitären Staat, den Gottes Vorsehung zugelassen hat, gehorchen, soweit ihm Gottes Gebot nicht im konkreten Fall anderes gebietet.

Was aber heißt es, heute als Christ im Westen zu leben? Auch für uns Christen im Westen gilt der Satz: Suchet der Stadt Bestes! Was aber heißt das für uns im Westen? Es ist eine naheliegende, aber unrichtige Konsequenz aus dem Bisherigen, zu sagen, sie seien beide gleich gottlos, der praktische Atheismus des Westens wie der theoretische des Ostens; beide Systeme, die um unsere Parteigängerschaft werben, befänden sich in jener Nacht, in der alle Katzen grau sind; der Osten habe die soziale Gerechtigkeit und vergewaltige die Freiheit, der Westen habe die Freiheit und sündige gegen die soziale Gerechtigkeit. Das Verhältnis ist damit nicht richtig geschildert. Indem der Osten Recht und Freiheit verloren hat, hat er in Wirklichkeit auch die soziale Gerechtigkeit, um die es ihm einst ging, verloren. Er ist nicht sozialistisch in dem Sinne, wie der Sozialismus als Verheißung gemeint war. Er ist auch nicht auf dem Wege dahin, er bringt dem gedrückten Menschen nicht Recht und Freiheit. Der ganze Wandel der Verhältnisse, der für den Sozialismus auf dem Wege von *Marx* über *Lenin* zu *Stalin* eingetreten ist, kann nicht besser umschrieben werden als mit dem Satz eines Berichterstatters aus der Ostzone: „Die Arbeiterklasse ist heute bei uns der Todfeind des

Kommunismus“! Die rechte Bußfertigkeit im Westen kann nicht darin bestehen, daß wir Unterschiede vergessen oder bagatellisieren, die noch bestehen. Daß hier im Westen noch die Rechtsbasis für den einzelnen Menschen besteht, von der *Luther* einmal gesagt hat, daß sie wichtiger sei als das tägliche Brot, daß noch Freiheit der Persönlichkeit in dem vorhin beschriebenen Sinne als Unabhängigkeit von der Willkür eines anderen Menschen besteht, daß jedem von uns seine Selbstverantwortung noch nicht grundsätzlich bestritten wird, daß um soziale Besserung noch frei gerungen werden kann, das alles sind Unterschiede, die uns die 4. Bitte des Vaterunsers als göttliche Gaben schätzen lehrt. Wir können uns dieser Unterschiede nicht rühmen, aber wir wären undankbar gegen Gottes Geduld, die sie uns noch gelassen hat, wenn wir sie leugnen und nicht achten würden. Darum können wir nicht wünschen, daß der Osten über den Westen Herr wird. Wenn Gott es zulassen wollte, hätten wir kein Recht, dagegen zu murren; es wäre ein verdientes Gericht über den Schindluder, der bei uns mit seinen guten Gaben getrieben wird. Wir hätten dieses Gericht in Buße hinzunehmen, aber wir haben es nicht herbeizuführen. Seine Drohung soll uns vielmehr anhalten, es durch besseren Gebrauch dieser Gaben abzuwenden. Die Frage, die heute aber unter uns erhoben wird, ist, ob wir uns gegen das drohende Gericht wehren dürfen, indem wir den Westen verteidigen. Wir werden an das Beispiel des *Jeremias* erinnert, der die Verteidigung Jerusalems gegen *Nebukadnezar* als sündiges Sich-Wehren gegen Gottes Gericht verurteilte. Wir fragen dagegen: Wer von uns hätte heute die prophetische Vollmacht, denen, die für die Verteidigung des Westens verantwortlich sind, mit dem Einspruch des *Jeremias* in den Arm zu fallen? Sind wir nicht auch sonst mit Recht ständig beschäftigt, uns gegen allerlei Uebel (Krankheit, Verbrechen usw.) zu wehren, die wir als Gericht anzunehmen haben, wenn unser Wehren erfolglos bleibt?

Indem wir uns dagegen wehren, daß der Osten über den Westen Herr wird, bejahen wir allerdings den Westen; aber wir bejahen ihn nur so, daß wir die Gaben bejahen, die uns hier durch Gottes Geduld noch gegeben sind. Wir bejahen nicht den Mißbrauch, der bei uns mit ihnen getrieben wird. Wir bejahen nicht den Westen total, nicht den Westen, wie er ist; wir wünschen nicht, daß der Westen so bleibe, wie er ist. Wir werden als Christen mit unerbittlicher Kritik gegen den Westen, wie er ist, stehen, aber kein Satz dieser Kritik wird uns auf den Weg nach Osten führen, den „kommunistischen“, das heißt totalitären Osten als Heilmittel und Ausweg empfehlen. Darum wird uns auch nicht jedes Mittel und jeder Bundesgenosse in der Verteidigung des Westens recht sein. Darum wird kein Satz unserer Kritik am Osten uns auf den Weg zum Faschismus

führen und uns den Faschismus als Abwehrmittel recht sein lassen. Der westliche Politiker wird zum Beispiel das Vorhandensein *Francos* in seine Kalkulationen einbauen müssen, aber er wird, wenn er Christ ist, die Greuel des spanischen Faschismus so wenig nachträglich rechtfertigen wie die antikommunistischen Greuel *Hitlers*. Was sollen wir sagen, wenn wir soeben in einer christlichen Zeitschrift die Sätze lesen: „Hat man nicht gerade im Falle Spaniens immer nur auf die Splitter hingestarrt ohne den Balken sehen zu wollen, den es rechtzeitig aus seinem Auge entfernt hat? Wo stünde Westeuropa heute, wenn Spanien 1936 eine kommunistische ‚Demokratie‘ geworden wäre?“⁵ Diese Sätze, die eine weitverbreitete Argumentation ausdrücken, sind der Skandal des heutigen Christentums, den der Christ im Osten zu büßen bekommt. Mit Recht hat *Georges Bernanos* in einem seiner nachgelassenen Aufsätze⁶ aufgefordert, wir sollen uns einmal vorstellen, wie wohl ein siegreicher *Mussolini* im Vatikan — und wir fügen hinzu: ein siegreicher *Hitler* bei protestantischen Kirchenleitungen in Deutschland — geehrt worden wäre!

Aber auch hier freilich besteht ein gewichtiger Unterschied zwischen dem nicht-totalitären Westen und dem totalitären Osten: um den Osten zu bejahen, muß ich ihn total bejahen, als System bejahen gerade in dem, was ich als Christ nicht bejahen kann, was Entstellung des Staates, Aufhebung des Rechtes, Entwürdigung des Menschen ist. Diejenige Bejahung des Westens, von der wir sprechen, ist nicht die Bejahung eines Systems (nicht leider, sondern zum Glück hat der Westen dem Osten keine „Idee“ entgegenzustellen, was so oft bedauert wird), nicht Bejahung eines *Laissez-faire*-Liberalismus, des Kapitalismus, der sozialen Ungerechtigkeit, der Nationalismen, der Rüstungsprofite, des Kolonialsystems, des halben und ganzen Faschismus in Spanien und Südkorea, sondern es ist Bejahung der Möglichkeiten, die wir noch haben, gegen diese Uebelstände anzukämpfen und eine wirkliche Besserung anzustreben, nicht aber sie gegen andere und noch schlimmere Uebelstände einzutauschen. Was wir am Westen verneinen, sind Uebel, für die man von uns jedenfalls keine Bejahung erzwingt, die wir als Uebel unbehindert anprangern dürfen und die nicht so sehr aus einem System als aus der Natur des sündigen Menschen folgen und die darum nicht den Westen

als solchen verneinenswert machen, so wenig ein Franzose seine französische Kultur und Lebensweise deswegen für nicht mehr verteidigungswert halten würde, weil in ihr auch der „Montmartre“ ein kaum wegzudenkendes Moment ist.

Es gilt diesen Tatbeständen ins Gesicht zu sehen. Von ihnen her haben unsere Politiker recht, wenn sie es als eine ihnen mit dem Wahlmandat übertragene Aufgabe ansehen, dafür zu sorgen, daß der Osten nicht Herr über uns wird. Sie haben das Recht, dafür von uns Unterstützung zu verlangen und darin nicht sabotiert zu werden. Die Frage, die uns heute besonders quält, ist aber, ob zu den rechten Mitteln der Verteidigung auch die militärischen gehören. Die Bedrohung ist auch eine militärische, sie wird darum auch militärisch abgeriegelt werden müssen. Dagegen wird grundsätzlich nichts zu sagen sein, falls denn die Kirche mit ihrer relativen, bedingten und begrenzten Rechtfertigung des Schwertgebrauches von jeher recht gehabt hat. Jeder, der heute zur Kriegsdienstverweigerung entschlossen ist, wird daran zu erinnern sein, daß Aufrüstung und Kriegsgefahr ihn nicht nur vor die Frage stellen, was er selbst als Einzelter tun werde und wozu er sich selbst von Gott berufen sehe, sondern auch vor die andere Frage, was er denn den verantwortlichen Politikern, was er *Truman* und *Attlee* Auge in Auge als ihre Verantwortung in der gegenwärtigen Weltsituation vorhalten würde, und ob er wirklich meine, sie Auge in Auge zu einem Unterlassen der Rüstung rufen zu können. (Dabei wird freilich das Groteske dieser Weltsituation gerade daran deutlich, daß auch bei der Führung des Ostens vermutlich nicht so sehr Aggressionsabsichten als vielmehr Angst vor Einkreisung und Intervention — eine allerdings im sowjetischen Weltbild programmatisch verankerte und nicht nur durch die westlichen Maßnahmen hervorgerufene Angst — der eigentliche Antrieb ist, der zur Aufrüstung und Aggression treibt.) Für uns Deutsche konkretisiert sich das in der umstrittenen Frage der Remilitarisierung. Die Gründe, die für und gegen sie sprechen, legt uns unsere Presse täglich vor. Gewichtige Stimmen (*M. Niemöller*, *Reinhold Schneider*) rufen aber darüber hinaus uns als Christen auf, endlich jedem Vertrauen auf das Schwert, jedem Griff nach den Waffen grundsätzlich zu entsagen und die Entwaffnung Deutschlands als ein uns von Gott gegebenes Zeichen anzunehmen und durchzuhalten.

⁵ *Orientierung*, *Katholische Blätter für weltanschauliche Information*, Zürich, 31. Juli 1950, S. 150. Das heißt also: was auf unserer Seite an Greueln geschieht, ist der Splitter, was auf der feindlichen Seite geschieht, ist der Balken! Das ist nicht ein journalistischer Lapsus, sondern ein Symptom dafür, wie bei solcher Geisteshaltung die Bergpredigt auf den Kopf gestellt werden muß.

⁶ *Dokumente*, 1950, 3. Heft, S. 241: „Wenn nicht Millionen und aber Millionen von Katholiken mit ihren Bischöfen und

Priestern über den Abessinienkrieg, über die Verwendung von Giftgasen, die francoistische Säuberung in Spanien, über die Abschachtung von Verwundeten und Gefangenen ihre Lügen verbreitet hätten, dann würden wir heute nicht erleben, daß Leute aus Polen zurückkommen und uns aus Angst, den Reaktionären Wasser auf die Mühlen zu leiten, erzählen, dort sei alles in Ordnung.“ ... „Kann man sich vorstellen, wie heute das Prestige eines siegreichen *Mussolini* beim Vatikan und damit auch bei der gesamten Christenheit aussehen würde!“

Wir werden diesem Ruf mit keinem tagespolitischen Argument das Ohr verschließen dürfen. Er wird uns dazu dienen müssen, daß wir nicht, wie es so oft in der Christenheit geschehen ist, unbesehen unser Heil bei den Waffen suchen. Aber es erscheint mir fraglich, ob wir nicht, wenn wir alles dies bedacht, doch auch die militärische Verteidigung des Westens werden bejahen müssen. Das Friedenswort der *Berliner Synode* vom April 1950 ist damit weder überholt noch unwirksam. Auch die Verpflichtung der Kirche zur Fürbitte und Fürsprache für den gewissensmäßigen Kriegsdienstverweigerer fällt damit nicht weg; denn sie ist nicht, wie einige meinen, davon abhängig, ob die gesamte Kirche selbst einen Krieg als unrechtmäßig verwirft. Die Kirche regiert nicht das Gewissen des Einzelnen, und sie tritt darum schützend vor ihr einzelnes Glied, auch wenn sie seine Entscheidung nicht als ganze mit vollziehen kann. Wir werden aber den Kriegsdienstverweigerer und jeden, der heute von der Kirche ein Zeugnis gegen Aufrüstung und Remilitarisierung fordert, fragen müssen, ob er auch den anderen diese Freiheit des Gewissens läßt, ob er also sich klar ist, daß verschiedene Entscheidungen in dieser Frage unsere Gemeinschaft in der Kirche nicht sprengen können.

Es ist kürzlich der wichtige Satz gesagt worden, daß es für Europa zwei Gefahren gäbe, den Kommunismus und den Antikommunismus. Die Gefahr eines antikommunistischen Einsatzes der Kirche, wie er heute vielfach gefordert wird, besteht darin, daß er die erste Aufmerksamkeit auf das Negative, auf die Abwehr, auf das Nein zum Kommunismus lenkt. Damit werden die Schäden des Westens gedeckt, statt aufgedeckt. Die Erneuerung der antibolschewistischen Front, die uns 1933 schon *Hitler* eingetragen hat, ist ein Akt der Unbußfertigkeit und bereitet die Faschisierung vor. Uns sollte das, was wir positiv zu tun haben, mehr bewegen als das, wogegen wir uns mit negativen Maßnahmen zu wehren versuchen! Die Flüchtlingsfrage ist ein deutliches Beispiel dafür: wir rufen heute der Welt zu, daß sie ein Weltproblem sei und für uns Deutsche allein nicht lösbar, was richtig ist; aber wir rufen es der Welt zu, bevor wir selbst alles getan haben, was wir tun könnten. Es geht weder von unseren Regierungen noch von unseren Parlamenten und Parteien noch auch von der Kirche der starke Impuls der Solidarität, des Miteinandertragens aus, der diejenigen, die noch einmal davongekommen sind, und diejenigen, die Pech gehabt haben, in einem Schicksal und einem Opfer zusammenschließt. Der natürliche

Mensch steht immer im Aberglauben an die negativen Maßnahmen, der Christ erkennt die rechte Ordnung unseres Tuns; er weiß, daß nur das Positive heilen kann. Wenn der große Eifer, den manche Christen heute in der Abwehr des Kommunismus entwickeln zu müssen glauben, sich auf das Richtete, was positiv bei uns im Westen geschehen müßte, würde auch die Abwehr christlich glaubwürdiger werden.

Dem soll es dienen, wenn wir zum Schluß in einigen Punkten uns die Verantwortung, in der wir als Christen im Westen stehen, klarmachen:

1. Es gehört zur Verantwortung der Kirche und des Christen, daß wir die irdischen Güter, die Gott uns noch gelassen hat, schätzen und andere schätzen lehren. Wie wir die Kinder bitten und danken lehren für das tägliche Brot, so müssen Recht und Freiheit im Staatsleben als Güter, die zu unseres Lebens Nahrung und Notdurft gehören, uns Inhalt der Bitte und des Dankes sein. Zu der Schuld, die unsere evangelische Christenheit in Deutschland vor 1933 auf sich geladen hat, gehört, daß sie in der damaligen Krise der Demokratie und des Rechtsstaates zur Schätzung dieser Güter nicht genügend angeleitet, ja, weithin sich am Madigmachen der Demokratie und der Errungenschaften des liberalen Freiheits- und Rechtsbegriffes eifrig beteiligt hat, daß sie den uns deutschen Menschen so liegenden Aberglauben an Subordinationsverhältnisse gepflegt, statt an der Erziehung zu einem gesellschaftlichen Leben in Koordinationsverhältnissen sich beteiligt hat. Dieses Madigmachen ist heute schon wieder unter uns im Gange, da wir uns doch noch des unerhörten Wunders erfreuen, daß wir noch einmal ein staatliches Leben in Wahrung von Recht und Freiheit aufbauen dürfen, statt geradenwegs von der Hitlerschen Entwürdigung in die Stalinsche zu geraten.

2. Es gehört zu dieser dankbaren Schätzung, daß wir uns keine Illusionen mehr über das machen, was jeder Totalitarismus bedeutet⁷. Die rechte Unparteilichkeit des Christen besteht nicht darin, das, was drüben geschieht, zu verharmlosen, Urteile darüber als interessierte westliche Hetze hinzustellen und zu meinen, es sei schon nicht so schlimm. Es ist so schlimm. Aber es ist freilich ein Unterschied zwischen einer Aufklärung, die uns und den anderen die guten Gründe zur Ablehnung des östlichen Systems klarmacht, und der Hetze, der jedes Mittel recht ist, um Haß zu entfesseln. Politiker und Generäle sind schwer von der irrigen und durch viele Kriegserfahrung längst widerlegten Meinung freizumachen, es

⁷) Wir haben absichtlich die Besonderheiten des östlichen Totalitarismus als eines kommunistischen nicht berührt. Nicht die sozialistische Gesellschaftsform als solche, auch nicht die materialistische Weltanschauung der Kommunistischen Partei verursachen die schwere Problematik des Menschen in den Ostblock-Staaten, sondern erst die totalitäre Herrschaftsweise

der Parteiführung. Die umstrittene Frage, wie weit diese allerdings notwendig mit jenen anderen beiden Faktoren zusammenhänge und aus ihnen folge, kann hier offen bleiben. Vgl. dazu meinen Vortrag „Die Frage des Evangeliums an den Marxismus“, in *Unterwegs*, 1950, 6.

sei der Haß ein unentbehrliches Mittel, um einen entschlossenen Widerstandswillen zu mobilisieren. Schon gingen durch unsere Zeitungen die Greuelmeldungen von den Grausamkeiten der Nordkoreaner, während nur ganz verschämt in einigen Zeitungen zu Beginn des Koreakonfliktes die kleine Notiz durchrutschte, daß zum Beispiel in den zwei Tagen nach Beginn des nordkoreanischen Angriffs von der südkoreanischen Regierung nicht weniger als 2000 Menschen wegen Spionageverdachts liquidiert worden seien. Es wird auf beiden Seiten mit furchtbarem Unrecht gekämpft, und wir werden mehr darauf bedacht sein müssen, daß das Unrecht auf unserer Seite verhindert werde, als es durch die angeblichen und wirklichen Greuel der Gegenseite zu rechtfertigen. Um es für die Gegenwart mit einem Beispiel aus der Vergangenheit deutlich zu sagen: der Christ im Westen verliert, was ihm anvertraut ist, wenn er sich dazu verleiten läßt, Hitler weiß zu machen, um Stalin schwarz zu machen.

3. Es wird darum in der kommenden Entwicklung sehr von dem Einsatz der christlichen Menschen abhängen, ob der Westen der Gefahr entgeht, im Kampf gegen den östlichen Totalitarismus selbst totalitär zu werden und also bei der Verteidigung der Freiheit die Freiheit selbst zu verlieren. Solange wir dem Denken in der Freund-Feind-Kategorie widerstehen, solange wir uns nicht unter das Gebot der totalen Feindschaft, der totalen Konsequenz stellen lassen, solange wir die wenigen Fäden, die uns mit Menschen und Institutionen der östlichen Welthälfte verbinden, nicht im Namen der politischen Konsequenz abschneiden lassen, solange wir die Unbefangenheit des Christen nicht mit der Brille des Parteigängers vertauschen, so lange tun wir der westlichen Welt den Dienst, den sie braucht, um nicht unter das Gesetz des Gegners zu geraten und am Ende des Kampfes genau das verloren zu haben, worum der Kampf ging.

4. Ein Gespräch über die Gefahren eines antikomunistischen Einsatzes der Kirche schloß Karl Barth kürzlich mit dem schönen Satz: Der Antikommunismus sei ein Produkt der Angst, das Wichtigste aber, das die Kirche heute im Westen verkündigen könne, sei: „Fürchtet Euch nicht!“ Der Christ ist der Mensch, dem von seinem neuen Herrn

das Leben unverlierbar geschenkt ist. Alles, was an Schrecken der Zukunft ausgemalt werden kann, hat also für ihn keinen letzten Schrecken mehr. Die Angst lebt vom letzten Schrecken. Was ist ein letzter Schrecken? Der letzte Schrecken droht mit dem Verlust dessen, was das Leben lebenswert macht; er droht, daß man die Zukunft nicht mehr werde aushalten können, daß nur Verzweiflung unser Schicksal und Selbstmord unser letzter Ausweg sei. Der Herr sorgt für seinen angekauften Sklaven. Niemand kann ihn aus seiner Hand reißen. Was auch kommen mag: einen letzten Schrecken kann es für uns nicht bedeuten. Der Christ versteht aber die Angst seiner Mitmenschen. Er versteht sie erstens deshalb, weil er sie selbst kennt. Wen von uns beschliche sie nicht auch, wenn er auf Grund des Erlebten, des Hungers, der Bombennächte, der Verhaftungen, der Höllenstunden im Graben, der erfrorenen Kinder und vergewaltigten Frauen an das denkt, was im Schoße der Zukunft verborgen sein kann. Wir sind von der Angst nur so frei, daß wir immer wieder von ihr befreit werden, und so, daß sie uns keinen letzten Schrecken mehr einjagen kann, solange wir den Blick nicht auf das Kommende, sondern auf den Kommenenden und Gegenwärtigen, auf Christus richten. Der Christ versteht die Angst zweitens auch deshalb, weil er weiß, daß *extra Christum*, außerhalb des Evangeliums nichts anderes als der letzte Schrecken übrigbleibt. Er versteht, daß der Mensch außer Christus heute nur noch mit Leichtsinn und Selbstbetäubung oder, wie es der Marxist versucht, mit einem verkrampften Optimismus sich die Angst verheimlichen, aber ihr nicht enttrinnen kann. Er sieht ihn am Tor der Zukunft die düsteren Worte *Mahomets* lesen, die Wilhelm Raabe an den Anfang seines „Abu Telfan“ gestellt hat: „Wenn ihr wüßtet, was ich weiß, so würdet ihr viel weinen und wenig lachen.“ Er bezeugt dagegen die Wirklichkeit des neuen Lebens unter der Herrschaft Christi. Er bezeugt in seinem Reden und Tun, auch in der Gelassenheit, Versöhnlichkeit und Entschiedenheit seines politischen Handelns die Umkehrung dieses Satzes durch die Auferstehung Jesu Christi: „Wenn ihr wüßtet, was ich weiß, ihr würdet auch im Jahre 1950, auch zwischen Ost und West, auch im Westen und im Osten mehr lachen und nicht so viel weinen!“

Was zur Remilitarisierung gesagt wurde, soll dazu dienen, die Frage zu dem zu machen, was sie ist, nämlich zu einer echt politischen. Wird sie als solche verantwortlich bedacht, dann wird sie freilich im heutigen Augenblick und unter den heutigen Umständen verneint werden müssen. Der Verfasser möchte keinen Zweifel darüber lassen, daß nach seiner Meinung angesichts der heutigen Lage des deutschen Volkes (eben erst überwundene militaristische Mentalität, ungestaltete Demokratisierung des Staatsapparats und der Gesinnung, ungelöste soziale und Flüchtlingsprobleme, Zweiteilung Deutschlands, fehlende Gleichachtung des deutschen Volkes als Nachwirkung der Hitlerzeit, besonderer Aggressionsverdacht gegen jedes deutsche Militär) der deutsche Beitrag zur Verteidigung des Westens nicht in der Aufstellung militärischer Einheiten bestehen kann, wenn nicht der Schaden für alle Beteiligten größer sein soll als der Nutzen.

Die Ereignisse in Europa

Albanien

10. Januar: In einer Festsitzung anläßlich des fünften Jahrestages des Bestehens der Volksrepublik beschließt die Nationalversammlung einstimmig ein Gesetz zum Schutze des Friedens.

Belgien

5. Januar: Außenminister Paul van Zeeland übermittelt dem Vorsitzenden des Ständigen Rats der Außenministerstellvertreter der Atlantikpaktstaaten, Charles M. Spofford, einen Vorschlag, die amerikanische Waffenhilfe für die europäischen Partner des Atlantikpakts zu einem gemeinsamen Fonds zu vereinigen und eine zentrale Behörde mit der Verteilung dieser Mittel zu beauftragen.
10. Januar: Der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General Dwight D. Eisenhower, führt Besprechungen mit der Regierung über den Beitrag Belgiens zur Verteidigung Westeuropas. Kronprinz Baudouin unterzeichnet ein Dekret, durch das er den Oberbefehl über Teile der belgischen Streitkräfte General Eisenhower überträgt.

Bulgarien

7. Januar: Der bisherige Innenminister, Roussi Christoff, übernimmt das neugebildete Ministerium für Ernährung und Versorgung. Zum neuen Innenminister wird Georgi Tschankoff-Wesselinoff ernannt.

Dänemark

12. Januar: Der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General Dwight D. Eisenhower, führt Besprechungen mit der Regierung über den Beitrag Dänemarks zur Verteidigung Westeuropas.

Deutschland

2. Januar: Der erste Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. Hans Böckler, teilt Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer mit, daß die Gewerkschaften zur Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes alle gewerkschaftlichen Mittel einsetzen würden. Am 3. Januar beschließen Vorstand und Beirat der Industriegewerkschaft Eisen und Metall, die Arbeiter und Angestellten der eisenverarbeitenden Industrie zur Arbeitsniederlegung am 1. Februar aufzufordern, wenn das Mitbestimmungsrecht nicht bis zu diesem Termin verwirklicht werde. Am 5. Januar teilt der erste Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau mit, daß

auch im Bergbau am 1. Februar gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen ergriffen würden. Am 11. Januar heißt es in einem im Anschluß an eine Besprechung zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und Dr. Böckler herausgegebenen Kommuniqué, daß versucht werden solle, schnellstens eine befriedigende Lösung der Schwierigkeiten zu finden.

Vertreter der *Union Fédéraliste Interuniversitaire* und der *Föderalistischen Europäischen Jugend* beschließen auf einer Tagung in Freiburg, eine „Föderalistische Front der jungen Europäer“ zu gründen. Diese Vereinigung, deren Gründung für März in Mailand vorgesehen ist, soll dazu beitragen, die zahlreichen europäischen Vereinigungen zu überwinden.

3. Januar: Der bayerische Ministerpräsident, Dr. Hans Ehard, stellt dem Landtag Joseph Schwalber (CSU) als neuen Kultusminister und Rudolf Zorn (SPD) als neuen Finanzminister vor.

Der Staatspräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, erklärt bei einem Empfang anläßlich seines 75. Geburtstages, das deutsche Volk werde auf der Seite der Sowjetunion stehen, wenn Angreifer einen neuen Krieg entfesseln sollten.

4. Januar: Der zu einem Besuch in Deutschland weilende Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Westunion, der britische Feldmarschall Montgomery, trifft in Bonn mit Bundeskanzler Dr. Adenauer, Staatssekretär Walter Hallstein und Ministerialdirektor Herbert Blankenhorn zusammen.

In Bonn konstituiert sich unter Vorsitz von Vizekanzler Franz Blücher ein interministerieller Wirtschaftsausschuß, welcher die Verwendung der Rohstoffe in allen Bereichen der Wirtschaft kontrollieren und für eine geeignete Vertretung der deutschen Interessen bei den internationalen Körperschaften für die Rohstoffverteilung sorgen wird. An der Sitzung nehmen die Bundesminister Ludwig Erhard, Wilhelm Niklas, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Alfred Hartmann, Geheimrat Wilhelm Vocke und Präsident Karl Bernard von der Bank deutscher Länder teil.

7. Januar: In den Ländern Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bremen werden Landesverbände der Deutschen Sozialen Partei gegründet.

In Hannover wird der Landesverband „Nationale Rechte, Sammlungsbewegung aller national gesinnten Deutschen“ gegründet.

8. Januar: Bundeskanzler Dr. *Adenauer* erklärt vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, eine Viermächtekonferenz dürfe nicht mit einer Einigung auf Kosten Deutschlands endigen.

In Hamburg konstituiert sich der Zentralrat der Juden in Deutschland.

9. Januar: Zwischen der Bundesregierung und Vertretern der Alliierten Hohen Kommission werden Besprechungen über die Verteidigungsfrage aufgenommen, an denen auf deutscher Seite der Beauftragte der Bundesregierung für die Unterbringung der Alliierten Besatzungstruppen, Theodor *Blank*, die ehemaligen Generale Hans *Speidel* und Adolf *Heusinger*, Oberregierungsrat Ernst *Ostermann* und Graf Johann Adolf *Kielmannsegg* teilnehmen.

Der bayerische Ministerpräsident, Dr. Hans *Ehard*, betont in seiner Regierungserklärung im Landtag, die Regierung werde, wenn nötig, die Stellung Bayerns mit gemeinsamen Kräften verteidigen, weil sie die Erhaltung der föderalistischen Grundplanung der Bundesrepublik für notwendig erachte. Andererseits werde Bayern dem Bund die Treue halten. In einem Schreiben an den Landtag teilt der Ministerpräsident mit, daß er das Verkehrsministerium mitübernehme und Ministerialdirigent *Brunner* mit der Führung der Geschäfte des Ministeriums beauftragt habe.

Der Südbadische Landtag nimmt das Landesgesetz über die Wahlen zum Badischen Landtag an, nachdem vorher die Oppositionsparteien, SPD, FDP und KPD, den Sitzungssaal verlassen haben.

Der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Heinrich *Weitz*, erklärt in Düsseldorf im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich, das Problem sei sehr einfach zu lösen, wenn endlich durch Aenderung der bisherigen Ländergrenzen lebensfähige Länder geschaffen würden und Rheinland-Pfalz aufgeteilt würde. Durch die Pfalz könne Bayern finanziell gesunden und Hessen finanziell übergesunden, wenn es die zu ihm gehörenden Teile von Rheinland-Pfalz zurückerhalte. — Gleichzeitig fordert der Vorsitzende des Finanzausschusses des Bundesrates, Dr. Werner *Hilpert*, auf einer Pressekonferenz in Wiesbaden eine Neuordnung der Ländergrenzen, um das Problem des Finanzausgleichs zu lösen. Die Länder Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Niedersachsen müßten von fremder finanzieller Hilfe unabhängig werden. Am 10. Januar erklärt der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter *Altmaier*, hierzu, Finanzausgleich und territoriale Neugliederung Deutschlands seien zwei grundsätzlich verschiedene Dinge. Artikel 106 des Grundgesetzes erkenne die Existenz steuerschwacher Länder an.

10. Januar: Der hessische Ministerpräsident, Georg August *Zinn*, kündigt in seiner Regierungserklärung vor dem Landtag eine Verwaltungsreform, Maßnahmen zur Lösung des Heimatvertriebenen-Problems, eine Schulreform, Abschluß der Entnazifizierung sowie die Schaffung eines Ausführungsgesetzes für den Sozialisierungsartikel der hessischen Verfassung an. Außer den in Artikel 41 der hessischen Verfassung festgelegten Sozialisierungsmaßnahmen für die eisen- und stahlerzeugende Industrie, den Bergbau und das

an Schiene und Oberleitung gebundene Verkehrswesen seien keine weiteren Maßnahmen vorgesehen. Der Landtag spricht der Regierung mit 44 Stimmen der SPD gegen 11 Stimmen der FDP bei 20 Enthaltungen der CDU und des BHE sein Vertrauen aus.

11. Januar: Der Landtag von Württemberg-Baden wählt den bisherigen Ministerpräsidenten Dr. Reinhold *Maier* (DVP) mit 53 Stimmen der SPD und DVP bei 37 Enthaltungen der CDU und Deutschen Gemeinschaft und 1 Stimme für den bisherigen Wirtschaftsminister Hermann *Veit* erneut zum Ministerpräsidenten. Die vom Landtag mit 54 von insgesamt 87 abgegebenen Stimmen bestätigte Regierung hat folgende Zusammensetzung: Ministerpräsident: Dr. Reinhold *Maier* (DVP); stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister: Dr. Hermann *Veit* (SPD); Innenminister: Fritz *Ullrich* (SPD); Kultusminister: Pfarrer Gotthilf *Schenkel* (SPD); Finanzminister: Dr. Karl *Frank* (der DVP nahestehend); Landwirtschaftsminister: Friedrich *Herrmann* (DVP); Arbeitsminister: David *Stetter* (SPD); Justizminister: Reinhold *Maier* (DVP).

Der Vorsitzende des Freiheitsbundes e. V., Theodor *Kögler*, gibt einen „Deutschen Neutralitätsausweis“ heraus, dessen Inhaber registriert werden sollen. Die vier Besatzungsmächte sollen aufgefordert werden, diesen Neutralitätspaß anzuerkennen.

Der Stellvertreter des französischen Planungskommissars, Etienne *Hirsch*, und Staatssekretär Walter *Hallstein* sowie weitere französische, niederländische und deutsche Sachverständige führen in Bonn Besprechungen über den Abschluß der Schumanplanverhandlungen.

Das neue Berliner Abgeordnetenhaus wählt den bisherigen Stadtverordnetenvorsteher Otto *Suhr* (SPD) einstimmig zum Präsidenten.

12. Januar: Der britische Hohe Kommissar, Sir Ivone *Kirkpatrick*, erklärt vor dem Ueberseesklub in Hamburg in einer Rede, Deutschland müsse sich heute endgültig entscheiden, ob es sich den westlichen Nationen anzuschließen wünsche oder nicht. Deutschland müsse alle Anstrengungen unternehmen, um sich die Freundschaften zu erhalten, die für seine Existenz notwendig seien. Alle Europäer müßten sich heute darüber im klaren sein, daß ihre Probleme Weltprobleme seien. Der Gedanke an eine sogenannte europäische „Dritte Macht“ sei völlig abzulehnen. Ein gemeinsames Verteidigungssystem und eine gemeinsame Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas würden sich vermutlich als schnellste und wirksamste Mittel zum Zusammenschluß Europas erweisen.

13. Januar: Zwischen deutschen und alliierten Sachverständigen finden Vorbesprechungen über den Abschluß von vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und den Besatzungsmächten in Bonn statt.

Der amerikanische Hohe Kommissar, John J. *McCloy*, erklärt in einem Interview mit AP in Frankfurt, die Verteidigung Deutschlands hänge von der deutschen Bereitschaft zur Zusammenarbeit ab. Der Gedanke, daß Deutschland zur westlichen Völkergemeinschaft gehöre, sei in Deutschland vorherrschend.

Der britische Hohe Kommissar, Sir Ivone *Kirkpatrick*, erklärt in Kiel auf einer Pressekonferenz, er sei bereit, alle Demontagen nach Abbau der Dortmund-Hörder 10 000-Tonnen-Schmiedepresse, die im Hinblick auf bestimmte Verteidigungspläne in Großbritannien gebraucht werde, für beendet zu erklären. Die Verantwortung für die Außenpolitik werde voraussichtlich noch im Januar auf die Bundesrepublik übertragen werden. Er hoffe, daß die Insel Helgoland bald wieder an die Bewohner zurückgegeben werden könne.

14. Januar: Bundeskanzler Dr. *Adenauer* nennt auf dem Landesparteitag der CDU Westfalens in Bielefeld fünf Voraussetzungen, die für ein erfolgreiches Zusammengehen der Bundesrepublik mit dem Westen zur Erhaltung des Weltfriedens notwendig seien: 1. Alle freien Völker müßten ihre politische und militärische Kraft zur Sicherung ihrer Freiheit einsetzen; 2. das Besatzungsrecht müsse durch ein Vertragsrecht ersetzt und die Alliierte Hohe Kommission in eine Botschafterkonferenz umgewandelt werden; 3. Gleichberechtigung des deutschen Verteidigungskontingentes mit den anderen Partnern; 4. Die Bundesrepublik müsse von den Alliierten beim Aufbau ihrer Verteidigungsbereitschaft finanzielle Unterstützung erhalten, um auch ihren hohen sozialen Verpflichtungen gerecht werden zu können; 5. die Viererkonferenz dürfe nicht zum Schaden Deutschlands enden.
15. Januar: In der Deutschen Demokratischen Republik beginnt eine Prüfung aller Parteimitglieder und -anwärter der SED.

Bundeskanzler Dr. *Adenauer* verliest auf einer Pressekonferenz in Bonn eine von allen Parteien — mit Ausnahme der KPD — gebilligte Erklärung der Bundesregierung, in welcher die Bedingungen für eine Wiedervereinigung Deutschlands genannt werden. (Wortlaut der Erklärung auf S. 3716 dieser Folge.) Anschließend erklärt der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob *Kaiser*, der Vorschlag von Ministerpräsident Otto *Grotewohl* zur Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates sähe als ersten Schritt die Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung vor und erst dann die Vorbereitung für freie gesamtdeutsche Wahlen. Diese Reihenfolge entspreche der kommunistischen Taktik. Wenn es ehrlich um eine freie und nicht um eine kommunistische Einheit Deutschlands gehe, dann müßten freie Wahlen zur Nationalversammlung an der Spitze aller Aktionen stehen.

Kirchenpräsident Martin *Niemöller* erklärt in Frankfurt a. M., der stellvertretende Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto *Nuschke*, habe ihm am 12. Januar in Berlin erklärt, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik habe den guten Willen, mit der Bundesrepublik zu einer Einigung zu kommen. Niemöller gibt bekannt, daß nach einer Zusammenkunft zwischen dem früheren niedersächsischen Minister Dr. Günther *Gereke*, dem Leiter des Nauheimer Kreises, Professor Ulrich *Noack*, dem früheren Bundesinnenminister Dr. Gustav *Heinemann* und ihm in Wiesbaden am 22. Dezember 1950 eine Entschließung entworfen worden sei. Dieser Appell, der zu einer Unterschriftensammlung für eine

Ablehnung der Remilitarisierung auffordere, werde an führende Organisationen und alle Parlamentarier des Bundesgebietes versandt werden.

Frankreich

7. Januar: Der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General Dwight D. *Eisenhower*, trifft in Paris ein und nimmt Besprechungen auf mit dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Westunion, Feldmarschall Viscount *Montgomery*. In einer Ansprache über den französischen und britischen Rundfunk weist General Eisenhower darauf hin, daß er keine Wunderpläne mitgebracht habe. Er glaube jedoch an den Mut und Lebenswillen Europas. Es gebe nichts, was die Völker der atlantischen Gemeinschaft nicht erreichen könnten, wenn sie einig und bereit seien. Am 8. Januar führt General Eisenhower Besprechungen mit Mitgliedern der französischen Regierung, in deren Verlauf Verteidigungsminister Jules *Moch* die Unterstellung der französischen Besatzungstruppen in Deutschland und Oesterreich (drei Divisionen) unter den Oberbefehl des Generals Eisenhower bekanntgibt.

General Charles *de Gaulle* appelliert in einer Rede in Nîmes an die Vereinigten Staaten, Europa unter keinen Umständen aufzugeben. Die amerikanische Hilfe könne jedoch die Europäer nicht von der Verpflichtung entbinden, in erster Linie selbst für ihre Verteidigung zu sorgen. Man solle die seltsamen Pläne, die Kontingente der einzelnen Nationen in kleinsten Einheiten zu verteilen, den Mathematikern zurückschicken. Eine Armee schlage sich in erster Linie für das eigene Land und unter dem Kommando ihrer eigenen Führer; in anderer Form könne sie keine Kampfkraft besitzen.

10. Januar: Der Ministerpräsident billigt einen von Landwirtschaftsminister Pierre *Pflimlin* vorgelegten Plan zur Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Märkte Europas. Ein interministerieller Ausschuß wird gebildet, der die Grundlagen für geplante internationale Verhandlungen festlegen soll.
12. Januar: Der Ministerrat der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC) erörtert in Paris das französisch-britisch-amerikanische Abkommen über die Bildung zentraler Verteilungsbehörden für kriegswichtige Rohstoffe. Der Vorsitzende des Rates, Dr. Dirk U. *Stikker*, wird beauftragt, mit den drei Regierungen Verhandlungen über die Zusammenarbeit zwischen den geplanten Behörden und der OEEC sowie über die Wahrung der Interessen der in den Verteilungsbehörden nicht vertretenen Mitgliedstaaten der OEEC zu führen.
14. Januar: Der mit der Prüfung der Möglichkeiten zu einer übernationalen europäischen Agrarbehörde beauftragte Sonderausschuß der Konsultativversammlung des Europarats erzielt nach dreitägiger Sitzung in Straßburg keine Einigung. Der britische Abgeordnete David *Eccles* wendet ein, daß die Landwirtschaft ein wesentliches wirtschaftliches Element auch der nicht föderalistisch eingestellten europäischen Länder sei. Man könne deshalb nicht gut eine Zusammenlegung durchführen, an der sich diese Länder nicht beteiligen können. Der Ausschuß vertagt sich auf den 26. Februar.

Der kanadische Premierminister, Louis St. Laurent,

trifft zu einem zweitägigen Besuch in Paris ein. Er führt am 15. Januar Besprechungen mit Ministerpräsident René *Pleven* und Außenminister Robert *Schuman*. In einem danach veröffentlichten Kommuniqué wird bekanntgegeben, daß insbesondere die koreanische Frage und die Probleme der atlantischen Verteidigung besprochen wurden.

Großbritannien

2. Januar: In einer Note an den Vorsitzenden des Atlantikrats, Paul van Zeeland, teilt die Regierung mit, daß sie die für die Verteidigung Westeuropas vorgesehenen britischen Truppen dem Kommando des Obersten Alliierten Befehlshabers in Europa, General Dwight D. *Eisenhower*, unterstellt hat. Am 13. Januar trifft General Eisenhower auf seiner Rundreise durch Westeuropa in London ein. Er beginnt am 15. Januar Besprechungen mit Verteidigungsminister Emanuel *Shinwell*.

4. Januar: Der Vorsitzende des Rates der Außenministerstellvertreter der Atlantikpaktstaaten, Charles M. *Spofford*, sagt in einer Ansprache vor der amerikanischen Handelskammer in London, die Regierungen der Atlantikpaktstaaten müßten nun den Rahmen der Organisation mit militärischer Stärke ausfüllen. Die amerikanische Hilfe könne ihre Anstrengungen nur unterstützen, nicht aber ersetzen. Das Widerstreben einiger Regierungen, sich der Gefahr eines Angriffs bewußt zu werden, habe die fatale Tendenz heraufbeschoren, anderen bei den Rüstungsanstrengungen den Vortritt zu lassen.

In London beginnt unter dem Vorsitz von Premierminister Clement R. *Attlee* eine Konferenz der Ministerpräsidenten des Commonwealth. Die Teilnehmer sind: Clement R. *Attlee* (Großbritannien), Louis St. *Laurent* (Kanada), Robert C. *Menzies* (Australien), Sidney G. *Holland* (Neuseeland), Jawaharlal *Nehru* (Indien), D. S. *Senanayake* (Ceylon), Sir Godfrey *Huggins* (Südrhodesien) und Innenminister Dr. T. E. *Dönges* (Südafrikanische Union, als Vertreter des Premierministers). Am 8. Januar trifft der pakistanische Premierminister, Liaquat Ali *Khan*, ein, der der Konferenz ferngeblieben war, bis die Premierminister sich zu einer informellen Besprechung der Kaschmir-Frage bereit erklärt hatten.

11. Januar: In London konstituiert sich die Verteidigungsproduktionsbehörde des Atlantikpakts, deren Bildung auf der Brüsseler Tagung des Atlantikrats am 19. Dezember beschlossen wurde. Es wird beschlossen, einen Koordinator für die westeuropäische Aufrüstung zu bestimmen. Dazu ernannt am 15. Januar der Ständige Rat der Außenministerstellvertreter den amerikanischen Industriellen William R. *Herod*.

12. Januar: Die Premierminister des Commonwealth geben nach Abschluß ihrer Londoner Konferenz in einem Kommuniqué bekannt, daß sie Uebereinstimmung erzielt haben über die Notwendigkeit einer befriedigenden Lösung der Probleme Ostasiens, eines baldigen Friedensvertrages mit Japan, einer Sicherung des Mittleren Ostens als lebenswichtiger Verbindungslinie des Commonwealth, der weiteren wirtschaftlichen und militärischen Stärkung Westeuropas und einer engeren Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Roh-

stoffversorgung. In einer besonderen Deklaration erklären die Premierminister den Willen der Länder des Commonwealth, für den Frieden und die Verständigung zu arbeiten und jederzeit zu Verhandlungen bereit zu sein. Sie stellen fest, daß man versuchen müsse, einen freien Meinungs austausch mit der Sowjetunion und der Chinesischen Volksrepublik zustande zu bringen. Eine Beendigung der Feindseligkeiten in Korea müsse unter Wahrung der Grundsätze der Vereinten Nationen erreicht werden. Die Länder des Commonwealth seien gewillt, sowohl untereinander als auch mit den Vereinigten Staaten und anderen befreundeten Nationen eng zusammenzuarbeiten und die Ziele der Vereinten Nationen zu unterstützen. Sie seien entschlossen, unterentwickelte Gebiete durch wirtschaftliche und finanzielle Hilfe zu fördern, wozu der Colombo-Plan den ersten praktischen Schritt darstelle. Solange die Gefahr eines Angriffskrieges bestehe, müßten sie ihre Verteidigung mit äußerster Kraft ausbauen. — Nach Abschluß der Konferenz setzt ein Teil der Premierminister seine informellen Besprechungen über den Kaschmir-Streitfall fort.

15. Januar: In einem Kommuniqué wird bekanntgegeben, daß die informellen Besprechungen über Kaschmir zwischen dem indischen Premierminister, Jawaharlal *Nehru*, und dem pakistanischen Premierminister, Liaquat Ali *Khan*, in Gegenwart mehrerer anderer Premierminister des Commonwealth zwar eine Annäherung der gegenseitigen Standpunkte, aber keine Einigung erbracht haben. Die Premierminister geben der Hoffnung Ausdruck, daß Indien und Pakistan im Interesse einer schnellen Beilegung des Konflikts den auf der Konferenz gegebenen Anregungen Beachtung schenken werden.

Italien

5. Januar: Der Ministerrat beschließt, zunächst drei italienische Divisionen dem Kommando des Obersten Alliierten Befehlshabers in Europa, General Dwight D. *Eisenhower*, zu unterstellen.

13. Januar: Ministerpräsident Alcide de *Gasperi* erklärt vor dem Senat, Italien könne keine „Brücke“ zwischen Ost und West bilden, wie das verschiedentlich vorgeschlagen worden sei, denn es wolle nicht neutral bleiben. Der Senat billigt die Außenpolitik der Regierung mit 161 gegen 92 Stimmen.

Niederlande

11. Januar: Der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General Dwight D. *Eisenhower*, führt Besprechungen mit der Regierung über den Beitrag der Niederlande zur Verteidigung Westeuropas.

Norwegen

7. Januar: Verteidigungsminister Jens Christian *Hauge* führt in Oslo mit dem dänischen Verteidigungsminister, Harald *Petersen*, Besprechungen über die Nordeuropa betreffenden Fragen der atlantischen Verteidigung.

13. Januar: Der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General Dwight D. *Eisenhower*, führt Besprechungen mit der Regierung über den Beitrag Norwegens zur Verteidigung Westeuropas.

Oesterreich

15. Januar: Der Chef der ECA-Mission in Oesterreich, Clyde N. King, erklärt seinen Rücktritt. In einer Abschiedsbotschaft stellt er fest, daß die wirtschaftliche Lage des Landes sich dank der großen Anstrengungen des Volkes und der Regierung seit 1948 bedeutend gebessert habe. Oesterreich werde jedoch auch 1951 und 1952 noch amerikanische Hilfe brauchen.

Schweden

11. Januar: König *Gustaf VI.* eröffnet mit einer Thronrede die neue Sitzungsperiode des Reichstags. Er kündigt an, daß Schweden seine Verteidigung ausbauen werde, da es in Zukunft vor ernste Schwierigkeiten gestellt werden könne. Das in der gleichen Sitzung eingebrachte Jahresbudget sieht bei einem Gesamtaufwand von 5,7 Milliarden Kronen Ausgaben von 1,2 Milliarden für die Rüstung vor.

Sowjetunion

1. Januar: Die Regierung überreicht den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten vom 30. Dezember datierte, gleichlautende Noten, in denen sie sich mit der Aufnahme vorbereitender Besprechungen für eine Konferenz des Rates der Außenminister der vier Mächte einverstanden er-

klärt. In den Noten betont die Sowjetregierung, daß sie vor allem die Frage der Entmilitarisierung Deutschlands als wichtigstes Problem für die Wahrung des internationalen Friedens erörtern möchte. Ferner wird erneut festgestellt, daß die Regierungen der Westmächte in Westdeutschland eine reguläre Armee aufstellen, daß dagegen alle Behauptungen über eine angebliche Wiederaufrüstung in Ostdeutschland von Anfang bis Ende erfunden seien. Das Verhalten der Westmächte stehe in offenem Widerspruch zu den Verpflichtungen, die sie in bezug auf die Entmilitarisierung Deutschlands übernommen haben.

5. Januar: Die Botschafter Frankreichs und Großbritanniens überreichen der Sowjetregierung Noten ähnlichen Inhalts, in denen ihre Regierungen die in den Noten vom 15. Dezember erhobene sowjetische Beschuldigung zurückweisen, daß ihre Haltung in der Frage der Wiederbewaffnung Deutschlands eine Bedrohung des Friedens darstelle. In beiden Noten wird betont, daß nur die Politik der Sowjetunion die anderen Nationen gezwungen habe, alle Möglichkeiten der Verstärkung ihrer Sicherheit zu erwägen. Die Nationen Westeuropas seien selbst bestrebt, das Wiederaufleben eines aggressiven Militarismus in Deutschland zu verhindern; die Sowjetunion habe jedoch damit begonnen, in ihrer Besatzungszone militariserte deutsche Einheiten aufzustellen.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

Afrika*Südafrikanische Union*

1. Januar: Der neue Generalgouverneur, Dr. Ernest G. Jansen, wird vereidigt. Er löst G. Brand van Zyl ab, dessen Amtszeit am 31. Dezember abließ.

Amerika*Vereinigte Staaten*

3. Januar: Der am 7. November 1950 gewählte 82. Kongreß tritt zu seiner ersten Sitzung zusammen. Vizepräsident Alben W. Barkley und der Sprecher des Repräsentantenhauses, Sam Rayburn, fordern die Kongreßmitglieder zu überparteilicher Zusammenarbeit in der Zeit des Nationalen Notstands auf.

In einer auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz abgegebenen Erklärung zur sowjetischen Antwortnote vom 30. Dezember betreffs Viermächtebesprechungen stellt Außenminister Dean Acheson fest, die sowjetische Note gehe nicht auf den Vorschlag der Westmächte zur Abhaltung einer allgemeinen Konferenz ein. Eine weitere Klärung der sowjetischen Haltung sei erforderlich, bevor man annehmen könne, daß die Sowjetunion zur Diskussion der wichtigsten internationalen Probleme bereit sei.

5. Januar: Der republikanische Senator Robert A. Taft erklärt in einer außenpolitischen Rede vor dem Senat, der Präsident habe nicht das Recht, amerikanische Truppen ohne Zustimmung des Kongresses nach Europa zu entsenden. Die Vereinigten Staaten sollten nicht Nationen ihre Unterstützung aufdrängen, die

sich nicht einmal selbst verteidigen wollen. Auch sollten sie nicht die Führung beim Aufbau einer internationalen Armee übernehmen, denn eine solche Politik bringe einen Krieg näher. Am 9. Januar wendet sich Senator Taft bei einer Rede vor dem Nationalen Presseclub in New York gegen die Unterstellung, daß seine Haltung Isolationismus bedeute. Er sei dafür, der Sowjetunion klarzumachen, daß ein Angriff auf Europa den Krieg mit den Vereinigten Staaten bedeuten würde, doch dürfe man ihr nicht zu Lande entgegentreten, wo sie ungleich stärker sei.

6. Januar: Präsident Harry S. Truman unterzeichnet das Gesetz über außerordentliche Rüstungsausgaben in Höhe von 20,1 Milliarden Dollar.

8. Januar: Präsident Harry S. Truman führt in seiner jährlichen „State of the Union“-Botschaft vor dem Kongreß aus, die Bedrohung durch den Kommunismus gefährde alle Nationen gleichermaßen; niemand dürfe deshalb in egoistischer Weise für sich allein Schutz suchen. Die Vereinigten Staaten hätten als stärkstes Mitglied der Gemeinschaft der freien Nationen die Verpflichtung, voranzugehen, wenn der Bedrohung der Freiheit entgegengetreten werden müsse. Das Aktionsprogramm der Vereinigten Staaten umfasse drei Hauptpunkte: die Fortsetzung der Wirtschaftshilfe, die in großem Umfange zur Zurückdrängung des Kommunismus beigetragen habe; die Intensivierung der militärischen Hilfe, insbesondere zur Verteidigung Europas; weitere Versuche zur friedlichen Lösung internationaler Streitigkeiten. Er be-

schließt seine Rede mit der Feststellung, daß Freiheit und Gerechtigkeit noch teurer seien als der Friede.

12. Januar: Präsident Harry S. *Truman* übermittelt dem Kongreß die jährliche Wirtschaftsbotschaft, in der er die Bereitstellung von 140 Milliarden Dollar im Verlaufe des laufenden und des nächsten Rechnungsjahrs und eine wesentliche Erhöhung der Produktionskapazität fordert.

Nach mehrtägigen Verhandlungen wird ein Abkommen zwischen Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten über die internationale Verteilung kriegswichtiger Rohstoffe bekanntgegeben. Das Abkommen sieht die Bildung eines zentralen Verteilungsamtes in Washington, bestehend aus Vertretern der drei Mächte, vor, dem eine Reihe von Ausschüssen für die einzelnen Rohstoffe, bestehend aus Vertretern der wichtigsten Produzenten- und Konsumentenländer, zur Seite stehen soll.

15. Januar: Präsident Harry S. *Truman* legt dem Kongreß das Budget für das Rechnungsjahr 1951/52 vor, das Ausgaben in Höhe von insgesamt 71,5 Milliarden Dollar vorsieht. Davon sollen 41,4 Milliarden für die Verteidigung und 7,5 Milliarden für die Auslandshilfe verwendet werden. Der Präsident kündigt an, daß neue Steuererhöhungen zur Deckung dieser Ausgaben beantragt werden sollen. In einer Pressekonferenz teilt der Präsident mit, daß eine Verlängerung der Tätigkeit der Marshall-Plan-Verwaltung (ECA) über den 30. Juni 1952 hinaus sich als notwendig erweise. Die Wirtschaftshilfe an andere Staaten werde jedoch in Zukunft hauptsächlich für die Erhöhung ihrer Verteidigungsbereitschaft verwendet werden.

Asien

Japan

10. Januar: Ministerpräsident Shigeru *Yoshida* erklärt vor dem Club der Auslandspresse, die Frage der Wiederaufrüstung Japans müsse reiflich überlegt werden, weil gewisse Länder eine lebhaft Furcht vor der Wiederaufstellung japanischer Armeen hätten und weil die Kosten einer Wiederaufrüstung das ganze Wirtschaftsprogramm umstoßen würden.

Korea

1. Januar: Chinesische und nordkoreanische Truppen beginnen einen Großangriff und erzwingen den Durchbruch auf Seoul, das sie am 3. Januar besetzen. Im Mittelabschnitt der Front brechen am 4. Januar chinesisch-nordkoreanische Kräfte durch und erreichen am 8. Januar die Stadt Wonju.
2. Januar: Die südkoreanische Regierung verläßt Seoul und erklärt Pusan zur provisorischen Hauptstadt.
11. Januar: Alliierte Gegenangriffe halten den chinesischen Vormarsch bei Wonju auf und gewinnen am 15. Januar die Stadt Osan zurück.

Nepal

8. Januar: Das Parlament beschließt, dem in Indien im Exil lebenden König *Tribhubana Bir Bikram* Shah die Rückkehr auf den Thron zu gestatten. Es weist den Ministerpräsidenten, Maharadja *Mohan Schamschir Jung Bahadur Rana*, an, sein Kabinett durch Hinzuziehung von Volksvertretern zu erweitern. In

einer Proklamation gibt der Ministerpräsident daraufhin die Umwandlung Nepals in eine konstitutionelle Monarchie und die Ausschreibung von Wahlen innerhalb der nächsten zwei Jahre bekannt.

Persien

13. Januar: Finanzminister Gholam Hussein *Furuhar* erklärt seinen Rücktritt. Zu seinem vorläufigen Nachfolger wird Unterstaatssekretär Abdul Baghi *Schoaei* ernannt.

Tibet

1. Januar: Der *Dalai-Lama*, der im Dezember die Hauptstadt Lhasa infolge der Bedrohung durch chinesische Truppen verlassen hatte, trifft mit seiner Regierung in der Stadt Yatung, nahe der indischen Grenze, ein.

Vietnam

5. Januar: Französische Truppen eröffnen eine Gegenoffensive. Gegen geringen Widerstand der sich zurückziehenden Viet-minh-Truppen wird am 7. Januar der Posten Tanmai an der chinesischen Grenze wieder besetzt.
13. Januar: In Peking wird ein Interview mit dem Führer der Viet-minh-Bewegung, *Ho Tsch Minh*, veröffentlicht, in dem er feststellt, daß das von der Viet-minh-Bewegung kontrollierte Gebiet nun eine lange gemeinsame Grenze zur „demokratischen Welt“ hat. Wenn die Vereinigten Staaten in Indochina intervenierten, würden sie das gleiche Schicksal erleiden wie in Korea.
14. Januar: Die Viet-minh-Truppen beginnen eine neue Offensive gegen die Verteidigungslinie nördlich Hanoi. Die französischen Truppen halten ihre Stellungen.

Organisation der Vereinten Nationen

3. Januar: Vor dem Politischen und Sicherheitsausschuß der Vollversammlung erstattet der indische Delegierte Sir Benegal N. *Rau* den Bericht der Waffenstillstandskommission für Korea. Darin wird festgestellt, daß die Chinesische Volksregierung die Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen abgelehnt hat. Der amerikanische Delegierte Warren R. *Austin* erklärt, die Vereinten Nationen müßten jetzt entscheiden, wie die Prinzipien ihrer Charta gewahrt werden können.
11. Januar: Der kanadische Außenminister, Lester B. *Pearson*, legt dem Politischen und Sicherheitsausschuß der Vollversammlung im Namen der Waffenstillstandskommission für Korea einen neuen Waffenstillstandsplan vor. Darin sind vorgesehen: Sofortiger Waffenstillstand, der von keiner Seite zur Vorbereitung neuer Angriffshandlungen benutzt werden darf; Verhandlungen über die Wiederherstellung des Friedens; schrittweise Räumung Koreas durch alle nicht-koreanischen Truppen und Durchführung freier Wahlen; eine Konferenz zwischen Großbritannien, den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und der Chinesischen Volksrepublik über die Lösung aller ostasiatischen Probleme, einschließlich der Vertretung der Volksrepublik bei den Vereinten Nationen. Der Ausschuß billigt am 13. Januar den Waffenstillstandsplan mit 50 gegen 7 Stimmen und beschließt, ihn sofort der Chinesischen Volksregierung zu übermitteln und sie um Stellungnahme zu ersuchen.

Bücher und Broschüren

Ausbildung und Berufsauffassung im öffentlichen Dienst. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Tagung des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten vom 10. und 11. Juni 1949 mit Abhandlungen von Dr. Walter Labs, Gladbeck und J. O. Roach, London. Frankfurt am Main, Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e. V.; 1950. 71 S.

Ausländische Investitionen in Deutschland. Foreign Investment in Germany. Vollständige Textausgabe mit Register nach dem Stande von Mitte November 1950. Rhein-Main-Bank früher Dresdner Bank. Akkreditierte Außenhandelsbank. 96 S.

Diese Broschüre enthält den Text des Abkommens der Alliierten Hohen Kommission über ausländische Investitionen in Deutschland vom 15. Juni 1950, eine Zusammenstellung der Allgemeinen Genehmigungen der Bank deutscher Länder, der Direktiven der Alliierten Bankkommission sowie verschiedener öffentlicher Bekanntmachungen im deutschen und englischen Wortlaut.

Balances of Payments 1939—1945. United Nations Publications Sales No. 1947. II. 1. Geneva; 1948. 207 S. Bericht über den Aufbau der Volkspolizei in der sowjetischen Besatzungszone (Stand: Sommer 1950). Erstattet vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen in Bonn. 20 S.

Bibliographie fédéraliste 640 Ouvrages Choisis No. 1. „Publications Bibliographiques“ du Bureau d'Etudes de L'Union Fédéraliste Inter-Universitaire, Paris; 1950. 87 S.

Bituminous Coal Annual. Washington, Bituminous Coal Institute. A Department of the National Coal Association. 1950. 200 S.

Dieser nunmehr dritte Bericht des Institutes, umfaßt die gesamte Kohleproduktion der Vereinigten Staaten mit Ausnahme des in Pennsylvania geförderten Anthrazits. Er gibt in zahlreichen Statistiken, graphischen Darstellungen und Schaubildern einen wirklich umfassenden Einblick in alle Fragen, die direkt und indirekt mit dem Kohlenbergbau zusammenhängen. Darüber hinaus findet der Leser auch statistisches Material über die Energieerzeugung, die Produktion anderer Mineralien und die Erzeugung flüssiger und gasförmiger Brennstoffe.

Deutschland im Wiederaufbau. Ein Tätigkeitsbericht der Bundesregierung. Herausgegeben von dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn. VII, 120 S.

Der Bericht gibt ein Bild von den Arbeiten der Bundesregierung im vergangenen Jahr, wobei die Abschnitte über den Wohnungsbau und das Flüchtlingsproblem besonders beachtenswert erscheinen.

Die Kriegsgefangenen und Vermissten in Rheinland-Pfalz. Ergebnisse der Registrierung in der Zeit vom 1. bis 11. März 1950. Kleine Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz Heft 12. Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz. 24 S.

Die Probleme der deutschen Zahlungsbilanz gegenüber der Europäischen Zahlungsunion. Bericht, vorgelegt vom Bundesminister für den Marshallplan; Bonn. November 1950. 31 S.

Die Weltwirtschaft Ende 1950. Kiel, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; 1950. 90 S. Preis: DM 5.—.

Displaced Populations. Welfare, Assistance and Problems in Germany Today. Collection of Articles concerning Refugees, Expellees and Displaced Persons, reprinted from recent issues of the *Information Bulletin*, monthly magazine of the Office of the U. S. High Commissioner for Germany. Frankfurt, Office of the US High Commissioner for Germany; 1950. 45 S.

Dritter Bericht der Deutschen Bundesregierung über die Durchführung des Marshallplanes. 1. April 1950 bis 30. Juni 1950. Erstattet vom Bundesminister für den Marshallplan, Bonn; 1950. 96 S.

Grosse, Franz: Die Neuordnung der deutschen Bergbauwirtschaft. Herausgegeben von der Industriegewerkschaft Bergbau. Druck: Ferdinand Kamp, Bochum. 45 S.

Die Broschüre enthält einen Vortrag, den der Verfasser auf der 3. Generalversammlung der Industriegewerkschaft Bergbau am 1. Dezember 1950 in Hannover gehalten hat. Die Ausführungen geben die Auffassungen der IG. Bergbau zu Fragen der Neuordnung der deutschen Bergbauwirtschaft und zur Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer wieder.

Implementation of Full Employment Policies. Report No. 1. Measures taken in the Second Half of 1949 by various countries for the purpose of achieving full employment. U. N. Publ. Sales No.: 1950. II. A. I. Lake Success, New York, United Nations Department of Economic Affairs; V, 52 S. Preis \$ 0.40, Stg. 3/—, swf. 1.50.

Dieser erste Bericht einer Reihe von halbjährlich geplanten Veröffentlichungen enthält eine Analyse der Antworten von 21 Ländern auf eine Umfrage des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zur Frage der Vollbeschäftigung. Er erstreckt sich auf die zweite Hälfte des Jahres 1949. Die Antworten der Länder sind in fünf verschiedene Gruppen aufgeteilt. Hierzu sind besonders repräsentative Antworten folgender Länder veröffentlicht: Norwegen, Großbritannien, Kanada, Schweiz, Vereinigte Staaten und Belgien.

Külz, Helmut R.: Die Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone. Kleine Schriften für den Staatsbürger. Herausgegeben vom Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten in Frankfurt am Main. Heft 10. Frankfurt am Main: Wolfgang Metzner Verlag; 1950. 59 S.

Lüdde-Neurath, Walter: Regierung Dönitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches. Göttinger Beiträge für Gegenwartsfragen. Völkerrecht - Geschichte - Internationalpolitik. Heft 2. Herausgeber: Institut für Völkerrecht an der Universität Göttingen. Göttingen, „Musterschmidt“ Wissenschaftlicher Verlag; 1950. 168 S. Preis: DM 4.60.

Der Verfasser, der seit September 1944 Adjutant des ehemaligen Oberbefehlshabers der Kriegsmarine war, berichtet hier über das Zustandekommen und die Tätigkeit der letzten deutschen Regierung, deren Bestehen am 23. Mai 1945 durch die Gefangennahme in Flensburg ein Ende gesetzt wurde. Das Buch stellt die Bemühungen der Regierung Dönitz heraus, möglichst viele deutsche Soldaten und Zivilisten im Osten vor dem Zugriff der Russen zu retten und auf welche Schwierigkeiten sie in diesem Bemühen stieß. Seine Darstellung belegt der Autor durch eine Reihe von Dokumenten, die im Anhang im Wortlaut veröffentlicht sind und deren Kenntnis zum Verstehen dieser verhältnismäßig kurzen, aber ereignisreichen Spanne deutscher Geschichte erforderlich scheint.

Lukaschek, Hans: Die deutschen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Bedeutung für Europa. Ein Vortrag gehalten in Genf am 13. Februar 1950 vor den „Nouvelles Equipes Internationales“. Herausgegeben vom Bundesministerium für Vertriebene. 19 S.

Oesterreichisches ERP-Handbuch. Die grundlegenden Dokumente des Europäischen Wiederaufbaus. Wien, Verlag für Geschichte und Politik; 1950. 416 S.

Pfeiffer, Gerhard: Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft der Niederlande. Kieler Studien. Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Herausgegeben von Professor Dr. Fritz Baade. Heft 14. Kiel, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; 1950. VII, 87 S. und 5 Schaubilder. Preis: DM 4.50.

Diese mit im allgemeinen schwerer zugänglichen statistischen Übersichten ausgestattete Studie macht den Leser mit den Nachkriegsproblemen der niederländischen Wirtschaft vertraut. Aus der Schrift geht hervor, daß das Land sein immer noch bestehendes Zahlungsbilanzdefizit nur mit Hilfe von Marshall-Plan-Mitteln decken konnte. Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß weniger die Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze vordringlich ist; vielmehr liegt die Aufgabe darin, diese Arbeitsplätze in solchen Wirtschaftszweigen zu schaffen, die innerhalb der europäischen Wirtschaft einer ökonomisch richtigen Arbeitsteilung entsprechen.

Proceedings of the American Society of International Law at its Forty-Fourth Annual Meeting Held at Washington, D. C. April 27—29, 1950. Published by The Society, Washington; 1950. XV, 312 S.

Report on Plants Scheduled for Removal as Reparations from the Three Western Zones of Germany. Januar 1949. Industrial Advisory Committee. Economic Cooperation Administration. XIII, 77 S.

Hierbei handelt es sich um die Veröffentlichung von Berichten mehrerer amerikanischer Untersuchungskomitees, die sich im Zusammenhang mit dem Artikel 115-f des Auslandshilfegesetzes von 1948 mit den deutschen Reparationen befassen und in denen Empfehlungen für Beibehaltung oder Aufhebung der Demontagen zum Nutzen des Europäischen Wiederaufbauprogramms enthalten sind.

Report to the Economic and Social Council on Statistics of Narcotics for 1949 and the Work of the Board in 1950. Issued in compliance with the Terms of the Geneva Opium Convention, signed on 19 February 1925, and the Convention for limiting the Manufacture and regulating the Distribution of Narcotic Drugs, signed at Geneva on 13 July 1931, as amended by the Protocol of 11 December 1946. Permanent Central

Opium Board. United Nations Publications Sales Number: 1950. XI. 10. Geneva, United Nations; 1950. 62 S. Diese Veröffentlichung berichtet über die Erzeugung, den Handel und den Verbrauch von Narkotika in einer Anzahl von Ländern. Es ist hier für derartige Drogen umfassendes statistisches Material zusammengetragen worden, wie es sonst kaum in solcher Fülle und Geschlossenheit zur Verfügung stehen dürfte.

Ueberreiter, Kurt: A Statistical Postwar Survey on The Natural Sciences and German Universities. Library of Congress. European Affairs Division (1950). 31 S. und 12 Taf.

Vacher's Parliamentary Companion. September-October 1950. No. 882. Published Bi-Monthly. London, Westminster House; 1950. 128 S. Preis: 2 Shillings and 6 Pence.

Wedekind, C. v.: Abendland und Morgenland. Spannungsfeld gestern und morgen. Münster i. Westf.—Berlin—Bad Godesberg, Edwin Runge Verlag; 1950. 108 S.

Wirtschaftsalmanach der Frankfurter Rundschau 1950. Frankfurt a. M., Druck- und Verlagshaus; 1950. 127 S.

Zweiter Weltfriedenskongreß. Warschau 16.—21. XI. 1950. Dokumente und Berichte. Herausgegeben vom Polnischen Informationsbüro Berlin. 41 S.

Texte und Dokumente

La Constitution Syrienne. In: La Documentation Française. Notes et Études Documentaires. Nr. 1413 vom 20. Dezember 1950.

Neue Zeitschriften

Hannover zwischen den Messen. Ausgabe: Januar 1951. Herausgegeben von der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG., Hannover-Messegeleände.

Mit dieser Messe-Zeitschrift wird eine lockere Folge von Veröffentlichungen begonnen, die über die laufenden Messeveranstaltungen in Hannover berichtet und die ein Bindeglied zwischen Ausstellern und Einkäufern, zwischen Hannover und den Gästen aus aller Welt sein soll.

Jenseits der Oder. 1. Jahrgang 1950, Heft 1—2. Herausgeber: Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft E. V. Zur Förderung des deutsch-polnischen Kultur- und Wirtschaftsaustausches. Düsseldorf. Preis: mtl. 1 Heft DM —.30. Diese neue Zeitschrift ist den Zielsetzungen der Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft gewidmet, das deutsche und polnische Volk durch friedliche Verständigung einander näher zu bringen. Die vorliegenden ersten Hefte enthalten in allgemein verständlicher Art Beiträge über alle Gebiete des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens des neuen Polens.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Karl Cornides, Wien; Erika Feldmann, Verden/Aller; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt a. M.; Dr. Walther Hofer, Zürich, Gastdozent Berlin; Boris Meissner, Hamburg; Herbert Rehbein, Frankfurt a. M.; Fritz Steppat, München; Dr. Erwin Weghorn, Frankfurt a. M.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Eschersheimer Landstraße 86, Telefon 58083

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers

Copyright: 1951 by Europa-Archiv

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt a. M. GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar vom Verlag zu beziehen. Einzelpreis jeder Folge DM 2.—, ö. S. 6.—, Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10.50, ö. S. 25.— und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.—, ö. S. 100.—, sfr. 38.— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste.

Deutsche Ausgabe: Verlag Europa-Archiv, Oberursel bei Frankfurt a. M. Auslieferung: Carl Fr. Fleischer, Frankfurt a. M.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12. Auslieferung: Zentralgesellschaft für buchgewerbliche und graphische Betriebe Inh. Rob. Mohr, Wien 1.

Ausgabe für die Beneluxländer und die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzbodenweg 80, Basel. Auslieferung: H. R. Sauerländer & Co., Aarau